



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die transformative Kraft von Immigration für das Zielland

Die Provinz Québec

Verfasserin

Hannah Dorothea Elisabeth Satlow

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im August 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 236 346

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Romanistik Französisch UniStG

Betreuer: o. Univ. Prof. Dr. Georg Kremnitz

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Forschungsfrage.....	1
1.2. Methodik & Aufbau	4
1.3. Begriffsklärung	5
1.4. Theoretische Kontextualisierung	5
1.4.1. Steuerbarkeit von Immigration	6
1.4.2. Sprachpolitik.....	7
2. Anfänge der Migration	9
2.1. Ausgangssituation – Landnahme – Landaufteilung	10
2.2. Migrationspolitik für Nouvelle France.....	12
2.3. Anglophone Zuwanderung	14
2.4. Weitere Entwicklung	18
3. Das aktuelle Selektionssystem	21
3.1. Vorarbeiten in kleinen Schritten.....	21
3.2. Québec auf dem Weg zum eigenen Punktesystem.....	29
3.3. Mechanismen	33
3.3.1. Obergrenze	34
3.3.2. Kategorisierung	34
3.3.3. Punktesystem.....	39
4. Zielsetzungen	43
4.1. L' enjeu démographique	44
4.2. L'enjeu économique	51
4.3. L'enjeu linguistique	54
4.4. L'ouverture vers le monde	60
4.5. Veränderungen.....	67
5. Kritik	73
6. Fazit und Ausblick.....	79

7. Literaturverzeichnis	83
8. Anhang	89
8.1. Québecer Raster	89
8.2. Gesamtkanadischer Raster	91
8.3. Abbildungsverzeichnis	93
8.4. Résumé	94
8.5. Kurzzusammenfassung	105
8.6. Abstract	106
8.7. Curriculum Vitae	108
8.8. Danksagung	109

Die einzige Konstante im Universum ist Veränderung.
(Heraklit von Ephesos)

1. Einleitung

Die Idee, dass wir in einer schnelllebigen Zeit - verbunden mit immer rascher auf einander folgenden Veränderungen - leben, erzeugt bei uns wohl kaum Erstaunen. Allein die sich durch technologische Neuerungen wandelnde Kommunikationskultur haben die meisten in den letzten Jahren persönlich erfahren. Die anscheinend in immer geringeren zeitlichen Abständen folgenden Neuerungen bringen eine gewisse Gelassenheit mit sich. Wurden die ersten Telefone vielleicht noch als revolutionärer Umbruch empfunden, so gehören neue „features“ eines Handys wie Kamera, mp3-player und touchscreen nach nur wenigen Monaten zum Standard des täglichen Lebens.

Die Abgeklärtheit gegenüber Veränderungen trifft aber nicht auf alle Bereiche unseres Lebens zu. Manches schafft es sogar über Jahrzehnte, fast Jahrhunderte „frisch“ und aufregend zu bleiben, so dass die emotionalen Wogen leicht und gerne hoch gehen. Dann überlagern gefühlsbetonte Ausbrüche den Zugang für logische Argumentationen. So ein Thema ist Migration und damit verbundene Bereiche. Jede der westlichen Industrienationen hat in den letzten hundert Jahren seiner Geschichte mit einer Form von Migration zu tun gehabt und dennoch ist es ein Thema, dem wohl keine Gesellschaft mit Gelassenheit begegnet.

1.1. Forschungsfrage

Wanderbewegungen sind kein neues, sondern vielmehr ein der Menschheit intrinsisches Phänomen. Die Geschichte der Menschheit kann nur im Zusammenhang mit der Bedeutung von Migration gesehen werden, denn eigentlich waren Menschen schon immer in Bewegung auf der Suche nach besseren Chancen oder um negativen Situationen zu entkommen (vgl. Castles/Miller 2009⁴: 2). Dennoch ist Sesshaftigkeit die dominante Lebensform. Die Statistiken sprechen dafür, dass dies so bleiben wird. Die absoluten Zahlen von Migrierenden sind in den letzten Jahren zwar stetig angestiegen, aber auch die Weltbevölkerung befindet sich im

Wachstum. Die relativen Zahlen unterstreichen, dass Migration eigentlich ein Ausnahmephänomen ist: die Vereinten Nationen nehmen an, dass lediglich ca. 3% der Weltbevölkerung jährlich migrieren. (vgl. United Nation)

Außer Frage steht, dass sich in den letzten Jahrhunderten die Migrationsbewegungen verändert haben. Moderne Migrationsbewegungen sind vielschichtig und hochkomplex. Es handelt sich um ein Zusammenwirken vieler Komponenten, die durch Schlagworte wie Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kultur umrissen werden. Durch die enge Verknüpfung der vielen Faktoren sind die Einflüsse auf Migrationsströme und die Konsequenzen, die sie mit sich bringen, schwierig zu analysieren und vorherzusagen. Auswirkungen von Wanderbewegungen lassen sich sowohl für die Länder und Gesellschaften von denen sie ausgehen als auch für die, in denen die Migrierenden aufgenommen werden feststellen (vgl. Castles/Miller 2009⁴: 7). In diesem vielschichtigen Themenbereich interessiert mich besonders die Reaktion von Gesellschaft auf Migration und vor allem, wie Politik als repräsentative Führung von Gesellschaft damit umgeht.

In meiner Arbeit möchte ich deshalb politische Maßnahmen und Aktivitäten beleuchten, die sich mit den Auswirkungen von Migration beschäftigen und zeigen, wie die transformative Kraft von Migration gelenkt und genutzt wird.

Im Diskurs von Migration und Entwicklung ruht der geographische Fokus meist auf den Ländern, die auch im Zentrum des Entwicklungsdiskurses und der Entwicklungszusammenarbeit liegen. Migration ist immer verbunden mit der Suche nach einer verbesserten Lebenssituation und bedeutet demnach für die meisten „Gebiete des Südes“, in denen schwierigen sozioökonomischen Verhältnisse herrschen, dass sie überwiegend Herkunftsländer von Auswandernden sind. Die Konsequenzen von Migration sind aber wie gesagt genauso in Ländern, die überwiegend Aufnahmeländer sind, zu finden. Mit einem solchen, einem klassischen Zielland von Migration, beschäftige ich mich in dieser Arbeit: Kanada, bzw. die kanadische Provinz Québec. Kanada hat nicht nur eine über hundert Jahre lange Tradition der Aufnahme von Einwandernden sondern zusätzlich ist der überwiegende Teil der Bevölkerung das Resultat von mehrfachen Einwanderungswellen. Kanada ist auch heute noch ein begehrtes Zielland und nimmt im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl einen hohen Prozentsatz an Migrierenden auf. Die Einstellung der

kanadischen Politik hat im letzten Jahrhundert einen Wandel erlebt. Interessant ist besonders die Einstellung zu Immigration in den letzten 50 Jahren, weil in diesem Zeitraum Zuwanderung als solche nicht in Frage gestellt, sondern ihr eine wichtige Rolle in der Entstehung und Entwicklung des Landes zuerkannt, sie als Bestandteil der Gesellschaft und ihres Voranstrebens angesehen wird. Weiters wird versucht, die Migrationsströme nach Kanada zu lenken und zu formen. Dies geschieht überwiegend durch politische Maßnahmen, weshalb ich von politisch gesteuerter Migration spreche.

Zu den Maßnahmen der kanadischen Regierung gehörte auch, dass in den 1970er Jahren für die Provinzen die Möglichkeit geschaffen wurde, Immigrationspolitik mit zu bestimmen. Québec hat diese Chance als erste Provinz ergriffen und seine Kompetenzen durch insgesamt vier Verträge am weitesten von allen Provinzen ausgebaut. Insofern lässt sich heute von einer Sonderstellung der Provinz Québec sprechen. Hinzu kommt, dass Québec in dem überwiegend anglophonen und offiziell bilingualen Kanada als einzige offizielle Sprache Französisch hat. Zusätzlich ist die Geschichte dieser Provinz im Hinblick auf Migration wohl die längste, denn das Territorium gehörte zu den ersten Siedlungsgebieten Kanadas. Heute gehört Québec neben Britisch-Kolumbien und Ontario zu den Provinzen mit der größten Einwanderung. Zuwanderung wird von der Provinzregierung gewünscht, gefördert aber auch zu lenken versucht. All diese Faktoren machen aus Québec eine facettenreiche Beispielregion.

Menschen die in verschiedenen kulturellen Traditionen aufgewachsen sind, bringen bei der grenzüberschreitenden Migration Teile dieser als Neuerung in das Zielland mit. Besonders beachtet werden dabei die wirtschaftlichen Implikationen und gesellschaftlichen Konsequenzen. Die kanadische Regierung sowie die Québecer Provinzregierung sind sich der Möglichkeiten von Veränderungen durch die Aufnahme und Integration von Leuten unterschiedlicher Herkunft bewusst. Ein Indiz dafür ist, dass bereits die ersten Einwanderungsbestimmungen Ende des 19. Jahrhunderts angaben, gewisse Ziele zu verfolgen, wie etwa die Besiedelung der Prärie zu fördern und eine starke Nation zur Verteidigung gegen den südlichen Nachbarn zu formen. Ich gehe davon aus, dass das Bewusstsein für mögliche Veränderungen in der Gesellschaft und das Anstreben einer gewissen Umgestaltung sich auch heute in der Immigrationspolitik Kanadas widerspiegelt. Das Ziel dieser

Arbeit ist es zu beschreiben, welche Bereiche der Entwicklung Québecs im Fokus der Immigrationspolitik liegen und der Frage nach zu gehen, welche Veränderungen in Québec von politischen Akteuren durch gezielt gesteuerte Immigration angestrebt wurden.

1.2. Methodik & Aufbau

Die Spuren, die die lange Immigrationstradition Kanadas hinterlassen haben, fließen auch noch in die aktuelle Diskussion mit ein. Deshalb steht am Anfang dieser Arbeit ein Blick auf historische Eckpunkte. Diese zeigen einerseits die unterschiedlichen Strategien und Einstellungen der ursprünglich frankophonen bzw. anglophonen Gebiete. Gerade für die Provinz Québec spielt die historische Einstellung zu Immigration auch eine Rolle in der Politik des 20. Jahrhunderts, da erst ab den 1960er Jahren ein grundlegendes Umdenken im Zusammenhang mit Zuwanderung stattfand. Andererseits können klare Absichten schon bei den Rekrutierungen von Migrierenden ab dem 17. Jahrhundert erkannt werden. Hinzu kommt, dass Kanada in den letzten hundert Jahren einen gravierenden Wandel auch auf der Ebene der Einwanderungsgesetzgebung vollzogen hat. Ein kurzer Blick auf die Phase vor der Entstehung des aktuellen Systems hilft dessen Bedeutung genauso wie einige Aspekte der derzeitigen Zielsetzungen zu verstehen.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Analyse der aktuellen Situation und den Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Dazu beleuchte ich zuerst die Entstehung des gegenwärtigen Systems sowie die wichtigsten Selektionsmechanismen und arbeite damit heraus, welche Angelpunkte für die Lenkung von Veränderungen geschaffen wurden. Von großer Wichtigkeit ist hierbei auch die Kompetenzverteilung zwischen Kanada und Québec. Einerseits waren dies die ersten Elemente einer Québecer Einwanderungspolitik und kündigte somit auch die veränderte Einstellung hinsichtlich Migration an. Andererseits kann auch hierbei gezeigt werden, welche Strategien die Provinzregierung verfolgte. Durch den Vergleich von Berichten, Strategiepapieren und Dokumenten zur Planung von Immigration, die in den letzten Jahrzehnten von Ministerien und regierungsnahen Organisationen erstellt wurden, werde ich dann analysieren, welche Kernbereiche und zentrale Thematiken hinsichtlich Immigration vor allem sich in Québec verändert haben.

Durch den Fokus auf Québec werden die Geschichte und Entwicklung der anglophonen Gebiete nur dann berücksichtigt, wenn sie die frankophone beeinflussen oder um die Besonderheit Québecks im Gegensatz zum restlichen Kanada herauszustreichen.

1.3. Begriffsklärung

Migration steht allgemein als Überbegriff für Wanderbewegungen der unterschiedlichsten Art. Genaue Definitionen von Migration und Migrierenden variieren je nach Organisation bzw. Institution oder Staat (vgl. Castles/Miller 2009: xviii). In dieser Arbeit beziehe ich mich nur auf internationale Migration, also nationalstaatliche Grenzen überschreitende Wanderbewegungen. Da der geographische, nationalstaatliche bzw. regionale Fokus auf Kanada bzw. Québec liegt, schließe ich mich der dort vorherrschenden Definition an.

Immigrants : Personnes ayant le statut d'immigrant reçu au Canada, ou l'ayant déjà eu. Un immigrant reçu est une personne à qui les autorités de l'immigration ont accordé le droit de résider au Canada en permanence. Certains immigrants résident au Canada depuis un certain nombre d'années, alors que d'autres sont arrivés récemment. (Statistique Canada)

Der zentrale Ansatzpunkt, ist das Bestreben nach dauerhafter Ansiedlung der Einwandernden, das durch die Behörden genehmigt wird. Beim Antragstellen ist außerdem noch der Grund für den Aufenthaltswunsch entscheidend, weil sich danach die zu erfüllenden Auflagen richten. Ist die Einreise jedoch genehmigt, spielen die Beweggründe keine Rolle mehr und Immigrierende aller Kategorien genießen die gleichen Rechte und haben die gleichen Pflichten.

1.4. Theoretische Kontextualisierung

Die hohe Komplexität von modernen Migrationsströmen trägt dazu bei, dass im Allgemeinen nur schwer überschaubar ist, durch welche Einflüsse sie gelenkt sind. Überlegungen welche *push* bzw. *pull* Faktoren gerade auf diesen Strom wirken, können helfen die Bewegungen besser zu verstehen. Im politischen Bereich ist das Verständnis von Immigration jedoch nur ein erster Schritt. In Zeiten, in denen sich die

meisten Nationalstaaten durch zu starke Einwanderung meist bedroht fühlen, wird viel mehr die Steuerbarkeit von Migrationsflüssen zum Thema.

Wie Québec seinen Zuzug steuert, ist in großen Zügen durch die gesamtkanadische Einwanderungspolitik geregelt. In der Politik der Provinz geht es also um noch präzisere Faktoren, wenn es um Immigration geht, als die bloße Steuerung. Wie ich noch zeigen werde, spielt die Sprache eine sehr zentrale Rolle in dieser kanadischen Provinz. Die durch Immigration erzeugte Diversität wurde besonders historisch als Bedrohung der französischen Kultur und Sprache gesehen. Dies ist einer der Gründe, warum Immigration in Québec bis heute auch noch sprachliche und sprachpolitische Komponenten trägt.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich die beiden Bereiche der theoretischen Kontextualisierung.

1.4.1. Steuerbarkeit von Immigration

Die Frage und Wichtigkeit der Steuerung von Migration ist eng mit der Idee der Nationalstaaten verbunden, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts in Europa entstehen. Das Ziel von Einwanderungspolitik ist laut Meissner „[...] Menschen aus sozialen, humanitären und wirtschaftlichen Gründen zur Einwanderung zu zulassen.“ (Meissner 1994: 17) „Zulassen“ impliziert, dass aktiv gehandelt wird, also dass der Staat bestimmt, wer sein Territorium betreten darf, darauf verweilen darf und wer nicht. Dies ist eine der Kernaufgaben des Nationalstaates: über seine Grenzen wachen und verfügen. In die entsprechende Autorität vertraut auch die Bevölkerung. In diesem Sinne hat auch der Staat in historischer Perspektive immer eine wichtige Rolle bei der Entstehung, Steuerung und Formung eingenommen. Überlegungen zur Steuerung ergaben sich aus den Zielsetzungen des Staates wie demographische oder wirtschaftliche Bedürfnisse und humanitäre Solidarität (vgl. Bös 1997: 61). Bei modernen Migrationsströmen werden aber durch mehrere Faktoren, die komplexe vernetzt sind, beeinflusst. Es haben sich zum Teil sehr stabile Strukturen aus einer großen Zahl von Beziehungen ergeben. Akteure sind zum Beispiel Migranten und ihre sozialen Kontakte, sowohl im Herkunftsland als auch in der Aufnahmegesellschaft sowie private und staatliche Organisationen bzw. Institutionen. Der Nationalstaat ist dementsprechend nur mehr ein Teil dieser

Netzwerke und kann ihre Lenkung also auch nur zum Teil beeinflussen. Er wird aber sehr wohl auf vielen Ebenen von den Migrationsströmen und Netzwerken beeinflusst (vgl. a.a.O: 93). Aus der Perspektive eines Nationalstaates wirkt das Zusammenspiel her unausgeglichen, weil der Staat auf viel mehr Ebenen betroffen ist, als er scheinbar die Migrationsbewegungen beeinflussen kann. Dies kann auch zu entscheidenden Änderungen in der Einwanderungspolitik führen. Wenn politische Maßnahmen zur Lenkung nicht wie angestrebt greifen und die Einflussnahme scheinbar gering ist, kann gestaltende Politik kippen und überwiegend zu Kontrolle werden. Einer der entscheidenden Aspekte, der diese Reaktion verstärkt, ist wenn der Bedarf an internationaler Immigration in einem Land gedeckt ist. (vgl. Guiraudon / Joppke 2001: 1)

1.4.2. Sprachpolitik

Für Sprachpolitik ist der Rahmen der Aktionen durch ihre Definition gesteckt. Bei einer weiten Auslegung des Begriffes werden etwa „alle politisch motivierten Eingriffe in die sprachlichen Belange“ (Bochmann et.al. 1993: 1) eingeschlossen. Ein wichtiger Aspekt ist festzuhalten, was unter Politik und in weiterer Folge politischen Maßnahmen verstanden wird. Diesbezüglich möchte ich für die vorliegende Arbeit einen relativ engen Rahmen ziehen. Zentral für die Beantwortung meiner Forschungsfrage sind die Aktionen von politischen Akteuren. Der stärkste politische Akteur in der Provinz Québec ist die Provinzregierung und auf ihren Maßnahmen liegt der Fokus dieser Arbeit.

Schmidt (1998: 46) setzt den Beginn der modernen Sprachpolitik in Québec mit der *Révolution Tranquille*, die in den 1960er Jahren stattfand. Dies ist u.a. die Periode in der auch das Québecer Selbstbewusstsein verstärkt zu Tage tritt, wie das Motto „Maîtres chez nous!“ (Cardin/Couture 1997²: 276) unterstreicht. Das Selbstbewusstsein bringt auch eine Abgrenzung von der anglophonen Sprechergruppe. Diese war zwar in Québec in der Minderheit, hatte aber die Mehrheit der wirtschaftlich wichtigen Unternehmen, wie etwa den Bergbau und die Wasserkraftwerke, über (vgl. a.a.O.: 275). Auf der sprachlichen Ebene war wohl der deutlichste Ausdruck des gewonnenen Selbstbewusstseins, Französisch zur offiziellen

Sprache zu erklären. Damit distanzierte sich Québec von der offiziellen Zweisprachigkeit Kanadas.

Der Fokus dieser Arbeit ist jedoch noch enger, denn das zentrale Thema ist Einwanderung. Immigration bringt immer auch eine linguistische Diversifizierung. Wie damit auf Seiten der politischen Führung umgegangen wird, soll der sprachpolitische Aspekt dieser Arbeit zeigen. Für die in Québec gewählten Maßnahmen trifft folgender Aspekt von Sprachenpolitik zu: „[...] die Befähigung möglichst vieler Menschen zu einer größeren Souveränität im Umgang mit der Sprache, vor allem in der öffentlichen Kommunikation als Voraussetzungen für eine effektivere Beteiligung an der Öffentlichkeit.“ (Bochmann et.al.: 1993: 15) Wie ich im Kapitel „Zielsetzungen“ zeigen werde, sind hier die zentralen Punkte und Argumente der Sprachpolitik Québecs im Besonderen im Zusammenhang mit der Französisierung der Neuankommenden angesprochen.

2. Anfänge der Migration

Seit nun schon mehr als 400 Jahren hinterlassen Einwandernde aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt ihre Spuren auf dem Territorium des heutigen Kanadas. Doch selbst als die Europäer begannen den weißen Fleck auf ihren Landkarten zu erkunden, handelte es sich nicht um unbekanntes Gebiet, sondern um die Heimat mehrerer Völker. Die heute gebräuchlichsten Bezeichnungen für die ersten Bewohner sind gleichzeitig Selbstbezeichnungen. Besonders die Benennung *Première Nation* - *First Nation* oder auch *peuple autochtone*, *Autochtones* bzw. *Aboriginal Peoples* soll auf ihren Status als ursprüngliche Bevölkerung Kanadas hinweisen. Zusammengefasst werden mit diesen Begriffen Angehörige unterschiedlicher Indianerstämme und Inuit (vgl. Hoerder 2003). Die Gesellschaft Kanadas besteht also von Anfang an aus Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Im soziologischen wissenschaftlichen Diskurs will man dieser Vielfalt gerecht werden. Darum bestehen gerade dort Bemühungen zu differenzierter Analyse und Begrifflichkeit. Es soll möglichst keine implizite Hierarchisierung auf Grund der ethnischen Herkunft entstehen. Zumindest in der Einwanderungs- und Akkulturationsforschung sollte vermieden werden, dass gewisse Gruppen eine Sonderrolle einnehmen. (vgl. a.a.O.)

Da Québec im Zentrum des Interesses liegt, folgt die vorliegende Arbeit nicht dem Anspruch der Gleichbehandlung der unterschiedlichen ethnischen Gruppen, sondern setzt explizit den Schwerpunkt auf die frankophone Geschichte und Entwicklung. Speziell im historischen, einleitenden Teil hilft eine Einteilung der Bevölkerung dem Überblick. Dabei folge ich der linguistischen Kategorisierung in Frankophone, Anglophone und Allophone, auch wenn bei dieser zusammenfassenden Gruppierung gewisse Aspekte, wie etwa die Heterogenität der Gruppen, außer Acht gelassen werden. (vgl. a.a.O.)

Im folgenden Teil liegt das Augenmerk auf den ersten französischsprachigen Zuwandernden, der ersten Migrationspolitik im frankophone Territorium und den daraus resultierenden Konsequenzen vor allem mit Hinblick auf die Einstellung zu Immigration. Um die Besonderheiten zu verdeutlichen, stelle ich den französischen Strategien die ersten Schritte der Immigration und Migrationspolitik der englischsprachigen Zuwandernden gegenüber. Der Vergleich dieser beiden Gruppen,

die sich ja als die Gründungsnationen Kanadas sehen, zeigt die konträren Strategien und Folgen hinsichtlich Immigration sowie auch gemeinsame Ziele, deren Spuren sich auch noch in der aktuellen Politik und Diskussion wiederfinden.

2.1. Ausgangssituation – Landnahme – Landaufteilung

Im 16. Jahrhundert kamen die ersten Europäer nach Kanada, deren ersten Erkundungen sich nach und nach auch in Landnahmen erweiterten. Die ersten dieser Gruppe, die sich vom europäischen Festland an die Ufer des neuen Kontinentes vorwagten, waren baskische Fischer. Sie dehnten in den Sommermonaten ihre Fischereireviere bis an die Küste Neufundlands aus. (vgl. Cardin / Couture: 27)

An der fischreichen Atlantikküste, nur etwas südlicher, war es auch, wo die ersten Einwandernden aus Europa, aus dem britischen und französischen Königreich sesshaft wurden. Ab 1600 versuchten Franzosen, allen voraus Jacques Cartier, an unterschiedlichen Orten Siedlungen zu errichten. Wenn auch viele, der in den ersten Jahren errichteten Siedlungen, nicht lange bestehen blieben, so konnten die französischen Pioniere doch bald erfolgreich Fuß fassen. Das Gebiet, das sie nach und nach besiedelten, umfasst die heutigen kanadischen Provinzen Nova Scotia, New Brunswick und Prince Edward Island, zu manchen Zeiten auch die südwestlichsten Teile von Québec und nördliche Gebiete des US-amerikanischen Bundesstaates Maine (vgl. Mathieu 1991: 48f). Heute wird dieses Gebiet mit den Namen *Maritime Provinces*, *Provinces maritimes* bezeichnet. Im 17. und vor allem 18. Jahrhundert wurde der Ausdruck *Akadien* (*Acadia*, *Acadie*) verwendet. Dieser Name wird meist mit den französischen Wurzeln der ersten Einwanderer dieser Landteile in Verbindung gebracht und somit auch mit französischer Kultur. (vgl. Hoerder 2003)

Von der Atlantikküste ausgehend drangen die französischen Siedler dem St. Lorenzstrom folgend weiter nach Westen vor. In den ersten Jahrhunderten war der Fluss nicht nur wegweisend für die weitere Erforschung des Gebiets, sondern entwickelte sich zu einem Hauptverkehrsmittel. „Au XVIIe siècle, la route, c'est la route d'eau [...] les relations sociales ou commerciales ne se font que par le fleuve.“ (Trudel 1971: 85) Bereits 1608 siedelte Samuel de Champlain auf dem Gebiet der Stadt Québec. Dies war die erste erfolgreiche dauerhafte Siedlung

außerhalb Akadiens und bedeutet daher den Anfang der heutigen Provinz Québec. Ende des 17. Jahrhunderts, Anfang des 18. Jahrhunderts erreichte die Eroberung der französischen Krone, und damit das Gebiet der *Nouvelle France*, die größte Ausdehnung auf dem Nordamerikanischen Kontinent. (vgl. Mathieu1991: 97)

Die Erweiterung des Territoriums und die Errichtung von Siedlungen waren aber nicht die einzigen Herausforderungen, die es in den ersten Jahrhunderten zu meistern galt. Entscheidend war auch der Umgang mit den neuen Lebensumständen. Hier spielte vor allem die Anpassung an die klimatischen Bedingungen eine Rolle. Die eiskalten, schneereichen Winter genauso wie die fast tropischen, d.h. heißen und schwülen Sommer waren den ersten Siedlern fremd und bereiteten ihnen sogar lebensbedrohliche Schwierigkeiten. Den ersten Winter in der Siedlung Québec überlebte etwa nur ein Teil der Bevölkerung (vgl. Trudel 1971: 79). Es galt aber nicht nur zu überleben, sondern auch ein neues Leben zu gestalten.

Politik und Verwaltung sollte sich nach dem Vorbild des Mutterlandes Frankreich richten: ein feudales System sollte entstehen. „*Seigneurs* erhielten am Fluß Land zugeteilt und sollten dort abhängige *habitants* ansiedeln. Die Bereitschaft letzterer, sich als *coureurs du bois* in der Wildnis selbständig zu machen, verhinderte die Entwicklung dieses Systems.“ (Hoerder 2003) In der sozialen aber auch wirtschaftlichen Entwicklung Quebecs lassen sich aber Spuren dieser Gesellschaftsordnung bis ins 20. Jahrhundert verfolgen. Dazu gehört zum Beispiel die Dominanz der Oberhäupter der Katholischen Kirche.

Als wirtschaftlicher Faktor nahm anfangs der Handel eine wichtige Rolle ein. Durch den Kontakt mit den *Premières Nations* stand v.a. auch der Pelzhandel im Vordergrund (vgl. Cardin / Couture 1997: 28). Der Kontakt war jedoch nicht nur auf den friedlichen Austausch von Waren beschränkt. Der florierende Handel rief auch die Konkurrenten auf den Plan. Dies waren einerseits andere Stämme der Ersten Nationen, aber auch andere Siedlergruppen aus Europa.

Am bedeutendsten auch für die weitere Entwicklung war die Konkurrenz mit der britischen Krone. Die Briten waren nämlich nicht nur Rivalen im Handel, sondern auch auf der territorialen Ebene. Hinzu kam, dass Streitigkeiten und Kriege, die zwischen dem französischen und dem britischen Königshaus auf dem europäischen Festland stattfanden, sich auch in den Kolonien auswirkten. Die größten

französischen Gebietsverluste an die Briten in der Neuen Welt wurden in „*Old Europe*“ besiegelt und so ging *Nouvelle France* in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach und nach in britische Hand über. Hierbei ist vor allem der *traité de Paris* zu erwähnen, der das Ende des Siebenjährigen Krieges in den Überseegebieten markierte und durch den weite Gebiete Nordamerikas, die unter französischer Herrschaft gestanden hatten, an Großbritannien fielen. Die französische Bevölkerung wurde teilweise vertrieben, überwiegend aus dem Gebiet Akadiens, wo die britischen Eroberer auch mit besonderer Härte gegen die frankophone Bevölkerung vorgehen. Der Verlust Akadiens und die damit verbundenen Vertreibungen bedeuteten für die französischen Kolonien, dass ihr Kernland auf die heutige Provinz Québec reduziert war. Eine Besiedlung fand aus strategischen Gründen vor allem entlang des St. Lorenzstroms statt. Dieses Gebiet war recht fruchtbar und der Fluss erleichterte den Binnenverkehr, was besonders für den Handel wichtig war. (vgl. Hoerder 2003)

2.2. Migrationspolitik für Nouvelle France

Im Folgenden werde ich ein historisches Beispiel der Migrationspolitik präsentieren, anhand dessen sich nicht nur politische Lenkung und Einflussnahme auf Migration sehr gut verdeutlicht lässt, sondern auch Implikationen und Konsequenzen, die bis in die Gegenwart reichen, sowie der Unterschied zu den anglophonen Provinzen deutlich erkennbar ist.

Zu den im vorangegangenen Unterkapitel erwähnten Herausforderungen kamen für *Nouvelle France* auch demographische Schwierigkeiten hinzu. Die ersten europäischen Bewohner Kanadas waren Pioniere, Siedler, Soldaten, Händler, Bauern, Angehörige der Katholischen Kirche – überwiegend Männer. Auf den Mangel an Frauen in *Nouvelle France* wird zurückgeführt, dass die Entwicklung der Kolonie nur schleppend voran ging. Anzeichen dafür waren, dass Teile des eroberten Landes unbenutzt blieben sowie, dass die Bevölkerung, vor allem im Vergleich zu den britischen Kolonien, nur langsam wuchs. Der enge Fokus allein darauf, die Kolonie wirtschaftlich erfolgreich zu machen, hatte die sozialen Aspekte eher ausgeblendet. In der Mitte des 17. Jahrhunderts stagnierte nun die ökonomische Entfaltung zunehmend. Der französische König Louis XIV. wollte dies ändern. In nur

einem Jahrzehnt, zwischen 1663 und 1673, sandte er mehrere hundert Frauen im heiratsfähigen Alter in die Gebiete der Neuen Welt. Die Überfahrt wurde bezahlt und sie erhielten noch zusätzliche Ausstattung. Da vom König gesandt, wurden sie als „*les Filles du Roi*“ (Mathieu 1991: 65) bezeichnet. Louis XIV verfolgte demnach eine aggressive Migrationspolitik um dem demographischen Ungleichgewicht Herr zu werden. Dies stellte sich als „eine der zukunftsweisendsten sozio-ökonomischen Entscheidungen“ (Harzig 2004: 93) für Québec heraus. Der in den folgenden Jahren stattfindende Bevölkerungsaufschwung lässt sich aber nicht ausschließlich auf die Einwanderungspolitik zurückführen. Damit Hand in Hand ging nämlich auch eine gezielte Familien- und Beschäftigungspolitik. Sie beinhaltete beispielsweise, dass Jagd- und Pelzhandelsprivilegien verweigert wurden um die Niederlassung der Männer zu fördern. Weiters wurden Prämien an verheiratete Männer und Familienväter gezahlt (vgl. Hébert). Die Maßnahmen zeigten schnell Erfolg. Schon Ende des 17. Jahrhunderts war das Geschlechterverhältnis in *Nouvelle France* annähernd ausgeglichen. Zur Immigration war eine stark gestiegene Geburtenrate hinzugekommen. Dies „war auch der treibende Motor hinter der weiteren Entwicklung: durch die Erschließung von immer mehr Land für die Nachkommen wurde die Zukunft von New France auf eine landwirtschaftliche Basis gestellt.“ (Harzig 2004: 93f) Man hatte also nicht nur ein Wachsen der Bevölkerung erreicht, sondern auch Motivation für eine weitere Steigerung geschaffen.

Diese historische Episode lässt einige Punkte erkennen, die für die weitere Entwicklung von Québec von großer Bedeutung sind. Québec wird bis ins 20. Jahrhundert die „landwirtschaftliche Basis“ behalten und erst im Zuge der *Révolution Tranquille* eine umfassende Industrialisierung und Modernisierung erleben. Dies ist ein Unterschied zu den anglophonen Provinzen, die schon früher eine industrialisierende Entwicklung vollzogen haben. Die unterschiedliche Entwicklung führte zu einem Auseinanderdriften der zwei Gründernationen. Die englische Vorstellung der Entwicklung Kanadas folgt dem Fortschritts – und Modernisierungsparadigma. Die Wirtschaft und Gesellschaft Québecs blieb jedoch lange agrarisch und durch die Katholische Kirche geprägt und wurde von den anglophonen Bewohnern als skeptisch, oder gar feindlich gegenüber Fortschritt und Modernisierung eingestuft. Ihre Darstellung ist also hinderlich für die Erzählung der kanadischen Geschichte als dem Fortschritt und der Modernisierung verschriebene Entwicklung. (vgl. a.a.O: 87f)

Die weiteren Punkte beziehen sich auf Einwanderung. Einerseits handelt es sich hier um ein sehr deutliches Beispiel für politisch gelenkte Immigration. Der Impuls ging ja vom König also der politischen Führung aus. Weiters wurde durch die Migrationspolitik von Louis XIV. ein klares Ziel verfolgt: ein ausgeglicheneres demographisches Verhältnis zwischen Frauen und Männern. Es ist anzunehmen, dass die demographischen Schwierigkeiten nicht alleine ausschlaggebend waren. Vielmehr dürfte die dahinterstehende Motivation gewesen sein, dass der Erfolg von *Nouvelle France* und besonders auch die wirtschaftliche Leistung der Kolonie auf dem Spiel stand. Doch auch im 20. Jahrhundert werden demographische Schwierigkeiten als eine der Hauptgründe für die Öffnung der Gesellschaft Québécois hinsichtlich Immigration angeführt.

Andererseits handelte es sich um Immigrantinnen aus dem französischen Königreich. Wenn sie auch aus unterschiedlichen sozialen Milieus kamen, so stammten sie doch alle aus einer sehr ähnlichen kulturellen Tradition (vgl. Mathieu 1991: 65). Trotz Einwanderinnen blieb die Québécois Bevölkerung also relativ homogen und war erst im 20. Jahrhundert mit Diversität verstärkt konfrontiert. Es ist anzunehmen, dass diese erst späte Entwicklung verstärkt hat, dass die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung bis heute ein brisantes, viel diskutiertes und von der Provinzregierung immer wieder bearbeitetes Thema ist.

Ferner ist interessant, dass durch diesen massiven Zuzug auch die Bevölkerungsstruktur sehr rasch geändert wurde. Nach nur einem Jahrzehnt war das Bevölkerungswachstum vor allem durch eine hohe Geburtenrate gesichert. Weitere Immigration schien für die nächsten Jahrhunderte eigentlich nicht nötig. Auch hier tritt wieder ein Unterschied zu den anglophonen Gebieten zu Tage. Wie im Folgenden gezeigt, erlebten diese ihre größten Immigrationswellen im 19. Jahrhundert.

2.3. Anglophone Zuwanderung

Ich spreche von anglophoner Zuwanderung, obwohl es sich nur zum Teil um englischsprachige Migrierende handelte. Es geht jedoch um Migration in überwiegend anglophone Gebiete, die zumeist von der britischen Führungsschicht gefördert wurde.

Einer der größten Unterschiede der britischen Siedler im Vergleich zu den frankophonen Bewohnern Kanadas liegt in der großen Heterogenität dieser Gruppe. Auch bei den frankophonen Siedlern handelte es sich nicht um eine homogene Entität, aber es wird eine gemeinsame Identität angestrebt. Die Unterschiede zwischen den anglophonen Siedler waren größer und prägender für die Gruppe, so dass sie sich erst im 20. Jahrhundert als Einheit definieren. Eine entscheidende Rolle spielte für die ersten Siedler auch die Situation und Politik im Herkunftsland, sowie das kulturelle Verständnis. So können die ersten anglophonen Einwanderer nach ihrer Herkunft in Schotten, Waliser, Iren und Engländer getrennt werden. (vgl. Hoerder 2003)

Wie ich im folgenden Teil zeige, wurde die Heterogenität durch Immigration noch verstärkt. Ein wichtiges Ereignis für die Migrationsgeschichte der anglophonen Bevölkerung ist die Unabhängigkeit der dreizehn nordamerikanischen Kolonien. Für Loyalisten, die weiter treu zur britischen Krone standen, war Kanada nun das naheliegendste Zufluchtsgebiet. Sie wurden bei ihrer Ankunft großzügig unterstützt, weil genau diese Gruppe im Einklang sowohl mit innen- wie auch außenpolitisch Bestrebungen stand. Da es sich um anglophone Zuwandernde handelte, hoffte man mit ihrer Hilfe etwa dem Ziel der Anglizierung der Region näher zu kommen (vgl. Harzig 2003). Andererseits distanzierten sie sich durch das Verlassen der jetzt unabhängigen Gebiete von diesen und passten so zu den Abgrenzungsambitionen *Lower Canadas*. „Das Land nördlich des 49. Breitengrades braucht Menschen um es soziokulturell und politisch gegen die südlichen Nachbarn zu verteidigen.“ (Harzig 2004: 105)

Doch nicht nur Amerikaner britischer Abstammung verließen nach der Unabhängigkeit ihre bisherigen Siedlungsgebiete, sondern „auch *Dutch-Americans* and *Jewish-Americans*“ (Hoerder 2003). Darüber hinaus ließen sich auch Splittergruppen der verbündeten Kämpfer in Kanada nieder. So etwa ein Teil der hessischen Truppen (vgl. a.a.O.). Indianerstämme hatten ebenfalls auf der Seite der loyalen Briten gekämpft, wie zum Beispiel eine Gruppe von Irokesen, die nach 1776 nach Kanada zog (vgl. Bumsted 1992: 173). Mit diesen Migrationsströmen kamen auch vermehrt Personen nicht europäischer Herkunft nach Kanada, denn auch loyale freie Schwarze flüchteten nach der Unabhängigkeit, besonders in die Region um Halifax. Zum Teil waren auch Sklaven von ihren Besitzern mit nach Kanada gebracht

worden, die spätestens ab 1833, als die Sklaverei im britischen Reich abgeschafft wurde, zu freien Menschen wurden (vgl. a.a.O: 169 f). Die Heterogenität hat sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts so sehr erweitert, dass Hoerder (2003) die Gruppe als „multiethnisch“ ansieht.

Eine weitere prägende Phase für die anglophonen Gebiete ist die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, weil die großen Zuwanderungswellen die vielfältige Zusammensetzung der Bevölkerung noch zusätzlich verstärkte.

1867 schlossen sich die Atlantikprovinzen mit Québec und Ontario zu einem Herrschaftsgebiet (*dominion*) zusammen, dem sich nach und nach auch Gebiete weiter westlich anschlossen. Fünf Jahre später trat auch die westlichste Provinz, *British Colombia - la Colombie-Britannique*, dem inzwischen als Konföderation geregelten Bündnis bei (vgl. McNaught 1988: 126f). Das Ziel des Zusammenschlusses war die Einheit Kanadas zu fördern. Die kaum besiedelten Präriegebiete schienen jedoch eher die (räumlich) Trennung von Ost und West zu betonen (vgl. Hoerder 2003). Hauptsächlich zwei Projekte sollten in den nächsten Jahrzehnten den Abstand zwischen Pazifik- und Atlantikregion verringern. Einerseits wurde die Verbindung verkehrstechnisch durch den Bau der transkontinentalen Eisenbahn verbessert. Andererseits wurde, einhergehend mit dem Bau auch die Besiedlung der Präriegebiete, vor allem entlang der Eisenbahnlinie, vorangetrieben. Beide Vorhaben standen in engem Zusammenhang mit der Immigrationspolitik Kanadas. Der Eisenbahnbau ließ den Arbeitskräftebedarf so stark ansteigen, dass er nicht durch heimische Arbeiter gedeckt werden konnte. Somit wurden neue Leute gerne als Arbeiter in Kanada aufgenommen (vgl. Cardin/Couture 1997: 86f). Dies war auch die Zeit, in der sich immer klarer erkennen ließ, „daß Einwanderung und ökonomische Entwicklung eng miteinander verknüpft waren.“ (Harzig 2003) Die Besiedlung der Prärie lässt sich hauptsächlich in die Kategorie der demographischen Zielsetzungen von Migration einordnen. Angestrebt wurde die Bevölkerung dieser Regionen zu erhöhen. Dieses Bestreben fordert eine andere Art der Zuwanderung als zuvor, die überwiegend durch ökonomische Absichten bestimmt war. „Kanada brauchte nicht einzelne Männer als proletarische Wanderarbeiter, sondern ansiedlungsbereite Familien für den agrarischen Sektor [...]“ (Hoerder 2003). Eine andere Zielsetzung zielt also auch auf andere migrierende Gruppen ab. Aus den Beispielen der anglophonen Zuwanderung können also drei

unterschiedliche Zielsetzungskategorien betreffend Immigration abgeleitet werden. Erstens kann Zuwanderung politisch motiviert sein, wobei sowohl innen- als auch außenpolitische Absichten verfolgt werden. Zweitens spielen ökonomische Faktoren, wie Arbeitskräftemangel, oft eine zentrale Rolle. Probleme wie zu geringes Bevölkerungswachstum gehören zu der dritten Kategorie: demographische Gründe für Immigration.

Wie die angeführten Beispiele aus der Zuwanderungsgeschichte beider Gründernationen gezeigt haben, steht nur selten einer dieser Faktoren allein. Auch wenn in der Argumentation vordergründig eine der Kategorien angeführt wird, handelt es sich meist um ein Zusammenspiel von mehreren Gründen aus unterschiedlichen Bereichen.

Wie der Vergleich der Zielsetzungen anglophoner und frankophoner Politik erkennen lässt, besteht eine sehr große Ähnlichkeit bei den Kategorien. Bei beiden finden sich offenkundig demographische und ökonomische Ziele. Der Unterschied besteht jedoch in der Umsetzung des Angestrebten. Dies zeigt sich besonders deutlich im Umgang mit den demographischen Schwierigkeiten. Beide Gruppen strebten, allerdings zu unterschiedlichen Zeiten, ein starkes Bevölkerungswachstum an. In den mehrheitlich französischen Gebieten hieß die Lösung „*Filles du Roi*“, und stärkte zumindest die linguistische Homogenität der Bevölkerung Québécois. Die Strategie der britischen Regionen beinhaltete die Immigration von Menschen sehr unterschiedlichen (sozialen und kulturellen) Hintergrunds. Die bereits erwähnte Verstärkung der Heterogenität, die hierdurch entstand, führte aber auch dazu, dass schon früh der Umgang mit kultureller Vielfalt ein zentrales Thema in der Gesellschaft wurde. Dies könnte mit einer der Gründe sein, warum die meisten Teile Kanadas einen scheinbar leichteren Umgang mit der plurikulturalistischen Realität haben, die ab dem 20. Jahrhunderts einsetzt, als etwa Québec.

Aus dem Vergleich wird auch die entscheidende Rolle der Rahmenbedingungen sichtbar. Zu dem Zeitpunkt, als die junge kanadische Konföderation ihre Präriegebiete zu besiedeln suchte, konnte der Bedarf an Ansiedlungswilligen nicht mehr durch Einwanderung aus Großbritannien gedeckt werden. Darum wurden mehr und mehr auch Personen anderer Nationalitäten angeworben (vgl. Hoerder 2003). Dies zeigt auch, dass Immigrationspolitik an Grenzen stößt, denn gewisse Faktoren können auch durch politische Maßnahmen nicht geändert werden.

2.4. Weitere Entwicklung

Bereits 1794 wurde in *Lower Canada* ein Gesetz erlassen, das sich mit Immigration befasste. Zu dieser Zeit betraf es die Migrierenden aus den Gebieten der dreizehn Kolonien. Es sah vor, „dass Beamte die politische, soziale und ökonomische Eignung der Siedlerfamilien aus den USA zu überprüfen hätten.“ (Harzig 2003) Die Idee, Immigrierende nach gewissen Gesichtspunkten auszuwählen, lässt sich also schon Ende des 18. Jahrhundert in der kanadischen Immigrationsgesetzgebung finden. Sie hat sich bis heute gehalten und stellt eine Besonderheit des aktuellen kanadischen Einwanderungssystems dar.

Harzig (2003) sieht in diesem Gesetz von 1794 bereits die erste Reaktion auf die Angst vor den „*public charges*“, die die Neuankommenden verursachen könnten. Nach Kanada Einwandernde erhielten in der ersten Zeit staatliche Unterstützung, die je nach Periode oder Grund der Immigration variierte. Es wurde jedoch erwartet, dass die Eingewanderten sich möglichst bald selber versorgten und zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitrugen. Somit sollten die öffentlichen Kosten, also Kosten die Neuankommende bei ihrer Einreise verursachen und vom Staat getragen werden mussten, möglichst gering gehalten werden. Dieser Ansatz findet sich auch noch heute im migrationspolitischen Diskurs (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 7). In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewann die Diskussion um öffentliche Kosten besonders an Brisanz, als Kanada durch die Iren, die vor der Hungersnot in Europa flohen, erfuhr, wie hohe öffentlichen Kosten zum Beispiel für medizinische Hilfsmaßnahmen entstehen konnten.

Die Befürchtungen, dass Immigration auch negative Effekte, wie zum Beispiel hohe Kosten für den Staat, mit sich bringt, wurden dadurch bestätigt. Dies ist aber nur einer der vielen Aspekte, die nach und nach ein negatives Bild von Immigration erzeugten, sie in Frage stellten und Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik führten. Hinzu kam zum Beispiel auch, dass die kanadische Wirtschaft zur Jahrhundertwende einen leichten Rückgang verzeichnete. Da die Eisenbahn fertig gestellt war, ging der Bedarf an Arbeitskräften sehr stark und rasch zurück. Die Anwerbe- und Rekrutierungsmaßnahmen wirkten aber immer noch und die Zahl der Einwandernden stieg weiter. Sie erreichte ihren Höhepunkt 1914, als durch restriktive Einwanderungsgesetze bereits gegengesteuert wurde. Die Städte, die während des Baus der Eisenbahn gewachsen oder gar entstanden waren,

hatten nach der Jahrhundertwende mit immer deutlicher werdenden sozialen Problemen zu kämpfen. Ein Sündenbock war schnell gefunden, denn die „sichtbare Präsenz von fremd erscheinenden, scheinbar nicht assimilierbaren Menschen“ (Harzig 2004:112) war in den Jahren davor merklich gestiegen. So suchte man die Schuld bei den in den letzten Jahren Zugewanderten. Die Lösung schien in einer restriktiven Einwanderungspolitik zu liegen. Die Diskriminierung und Einwanderungsbeschränkung auf Grund der nationalen Herkunft fand immer stärker Eingang in die Gesetze. Zu den erschwerenden Bedingungen, wie einer Kopfsteuer, um chinesische Arbeiter abzuschrecken, oder die Bestimmung, dass die Einreise auf direktem Wege geschehen musste, wodurch die Zahl der indischen Mitbürger gering gehalten wurde, reihten sich immer mehr Deportationsgründe. Diese konnten gruppenspezifische, sich also auf gewisse Gruppen oder Nationalitäten beziehen, aber auch persönliche sein. Letztere bezogen sich auf individuelle Merkmale, wie Krankheiten und Geisteszustand aber auch auf das soziale Verhalten.

Diese Haltung sollte nach dem zweiten Weltkrieg bestehen bleiben. Erst Anfang der 1950er Jahre wurden manche der auf rassistischer Selektion basierenden Einwanderungsgesetze abgeschafft. Damit waren die ersten Schritte in Richtung des gegenwärtigen Migrationssystems gesetzt.

3. Das aktuelle Selektionssystem

Das heutige Einwanderungssystem Kanadas basiert auf den Gesetzen und Gesetzesänderungen, die in den 1960er und 70er Jahren in Kraft getreten sind. In dieser Zeit kristallisierte sich auch die neue, veränderte Einstellung der kanadischen Regierung heraus, die grundsätzlich bis heute anhält: Immigration nach Kanada ist ein Privileg. Diesem Gedanken ist inhärent, dass nicht alle, die eine Einreise nach Kanada wünschen, aufgenommen werden. Nur wer gewisse Kriterien erfüllt, kann immigrieren. Dementsprechend bezeichne ich die existierenden Regelungen als Selektionssystem. Das wohl bekannteste Instrumentarium hierfür ist das Punktesystem. Skeptische bis ablehnende Kommentare über die geltenden Regelungen gibt es unzählige. Hoerder formuliert spitz und treffend: „Mit einem grundlegenden Gesetz von 1967 [...] wurde ein Punktesystem geschaffen, um aus den Antragstellern die der kanadischen Gesellschaft genehmen herauszufiltern.“ (Hoerder 2003)

Im folgenden Abschnitt liegt der Fokus jedoch nicht auf kritischen Stimmen, sondern es sollen die Ausgangslage und die Entstehung der entscheidenden Gesetze von 1967 und 1976 beleuchtet werden. Im Weiteren werden die unterschiedlichen Kategorien, Mechanismen und Einteilungen des Systems erklärt.

3.1. Vorarbeiten in kleinen Schritten

Ab Ende des Zweiten Weltkrieges kann in Kanada ein Umdenken beobachtet werden. Der Gewinner des Krieges war auf dem nordamerikanischen Kontinent zu finden und auch die kanadische Wirtschaft profitierte davon. Harzig sieht als einen „der Schlüsselbegriffe für die Kontextualisierung der Migrationspolitik“ (Harzig 2004: 202) das Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaft übte ab den 1950er Jahren vermehrt Druck aus, die Einwanderungsregelungen zu ändern, weil der Arbeitskräftebedarf stetig stieg. Zusätzlich kam auch die Wirtschaft vor allem in Nord- und Westeuropa, die „traditional immigrant source countries“ (Green / Green 1995: 1011), wieder in Schwung, womit sich ein wirtschaftlicher push-Faktor der Emigration aus diesen Ländern verringerte.

Die zweite wichtige Komponente war das internationale, politische Engagement. Kanada war maßgeblich an der Gründung der Vereinten Nationen beteiligt und fühlte sich selbstbewusst als internationale Vermittlermacht (vgl. Harzig 2003). Zu dieser Rolle standen besonders die noch geltenden und nach ethnischer Herkunft selektierenden Einwanderungsgesetze im großen Gegensatz. Anfang der 1960er wurde dies auch auf innenpolitischer Ebene erkannt. Es war, „[...] für die außenpolitisch auf Ausgleich und Gleichberechtigung ausgerichtete Macht kaum mehr möglich, eine als (offen) rassistisch auszulegende Einwanderungspolitik zu betreiben.“ (Harzig 2004: 202)

Einwanderungsregelungen mit rassistisch diskriminierenden Aspekten wurden 1962 zum Teil aufgehoben oder abgeschwächt (Gerke 2003: 265). Dies sind jedoch nur vorsichtige erste Schritte, denn bezüglich des Familiennachzugs bereits früher Eingewanderter existierte weiter eine Länderhierarchie folgend der Idee der *nations préférées* - *preferred nations*. Die reservierte Haltung bezüglich Immigration lässt sich auch aus weiteren Elementen der Regelungen ablesen. Den Einwandernden begegnete man mit einer gewissen Erwartungshaltung. Bevorzugt wurde, wer hauptsächlich auf Grund seiner Herkunft gute Aussichten auf eine erfolgreiche Niederlassung versprach sowie genügend Geldmittel nachweisen konnten, um die erste Zeit zu überbrücken, ohne dem Staat zur Last zu fallen (vgl. Harzig 2004:214). Ziel war also eine rasche Anpassung bei möglichst geringer Belastung für Staat und Gesellschaft. Da dies nicht mehr an „Rasse“ und Hautfarbe gemessen werden sollte, wurden Kriterien wie (Aus-) Bildung und Qualifikation herangezogen, aber auch die Gesundheit und verübte Straftaten spielten eine Rolle. Die kanadische Gesellschaft sollte durch neue Ankommende nicht gefährdet werden. (vgl. Gerke 2003: 265)

Um den Arbeitskräftewünschen der boomenden kanadischen Wirtschaft nachzukommen und die gewollte Immigration zu fördern, wurden weitere Einwanderungsprogramme errichtet, die stark von wirtschaftlichen Interessen gelenkt waren. Programme fanden sich in dieser Zeit besonders für Migrierende, die im Handel tätig waren, ein Gewerbe ausübten, oder in der Landwirtschaft arbeiteten. (vgl. Harzig 2004 : 214)

Diesen ersten gesetzlichen Schritten folgten bald weitere Anzeichen für Veränderung auf politischer Ebene. Dazu zählte die Rede von René Tremblay, dem damals für Einwanderungsfragen zuständigen Minister, vor dem Unterhaus im August 1964.

Tremblay sprach die Verwaltung im Inland, den Ausbau der auswärtigen Büros, die für die Auswahl der Einwandernden zuständig waren, an, so wie das Ziel, ein verbessertes Bild der Situation von Neuankommenden in Kanada nach außen vermitteln zu wollen. Auch wenn Harzig (2004: 215) zu Recht kritisiert, dass die Rede nicht viele neue Ideen enthält, so zeigt sie doch, dass die Gestaltung von Einwanderungspolitik mehr zum Thema wird. Dass Tremblay vor dem Unterhaus spricht, deutet auch an, dass die Immigrationsthematik einer breiten Masse zugänglich gemacht wurde.

Das Gesetz beschäftigt sich überwiegend mit der vereinfachten Handhabung von Einwanderung durch Ausschlusskriterien und der Kompetenzverteilung der zuständigen Stellen (Gerke 2003: 265). Als zusätzliche Stelle, an die sich Einwandernde wenden können, wenn sie Schwierigkeiten bei der Einreise nach Kanada hatten, wurde die *Commission de l'appel de l'immigration (CAIS)* - *Immigration Appeal Board (IAB)* ins Leben gerufen. Sie war als von „behördlichen Entscheidungsträgern unabhängige Instanz“ (Harzig 2004: 206) gedacht. Die Praxis der ersten Jahre zeigte jedoch, dass die Hilfestellungen kaum einen Schutz für Einwandernde mit sich brachten (vgl. a.a.O.). Deshalb war die CAIS-IAB immer wieder Ausgangspunkt für Kontroversen in Zusammenhang mit Einwanderung.

1965 wurde der aus Toronto kommende Anwalt Joseph Sedgewick mit der Begutachtung des Vorgehens der CAIS-IAB in einigen Fällen beauftragt. Sein Bericht bezieht sich aber nicht nur auf die kontroversen Deportationsentscheidungen. Sedgewick fordert außerdem mehr Kompetenz für die CAIS-IAB. Auch hier kann kritisiert werden, dass Sedgewicks Beobachtungen nicht viel Neues in die Diskussion einbringen (vgl. a.a.O.: 216). Es handelt sich jedoch um einen weiteren kleinen Schritt, da durch die Ratschläge eine Prioritätensetzung erfolgt.

Sedgewick rät in seinem Bericht auch die Öffentlichkeit mehr in die Diskussion bezüglich Einwanderung mit einzubeziehen. Diesen Rat versuchte der zuständige Minister Jean Marchand zu befolgen und setzte somit einen weiteren kleinen Schritt in Richtung des heutigen Systems. 1966 erfolgte die Veröffentlichung eines Weißbuches. Ein *livre blanc* - *White Paper* wird als Strategie verwendet um die Position einer Regierung zu einem gewissen Thema publik zu machen. Das 1966 publizierte *Livre blanc sur l'immigration: la politique d'immigration du Canada* - *White Paper on Immigration Canadian Immigration Policy* erklärte nicht nur den Standpunkt

der Regierung, (vgl. Gouvernement du Canada 2010) sondern öffnete auch den Raum für eine breitere, öffentlichere Diskussion bezüglich Einwanderungspolitik. Die damit verknüpfte Diskussion „markierte [...] einen Wendepunkt in der Gestaltung von Einwanderungspolitik“ (Harzig 2004: 216). Einerseits resultierte sie in der Erarbeitung und der Einführung eines Punktesystems. Andererseits verfolgte Jean Marchand klar das Ziel Einwanderungspolitik publik zu machen und nicht mehr wie bisher möglichst vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Dies stellt auf alle Fälle einen „Demokratisierungsprozeß im einwanderungspolitischen Diskurs“ (a.a.O.) dar.

Die Regierungslinie, die im *livre blanc* zum Ausdruck kam, bewegte sich in einem zweipoligen Spannungsfeld zwischen Bewusstsein des Angewiesenseins auf Immigration für eine weitere positive Entwicklung Kanadas und eventuell möglichen negativen Auswirkungen von Einwanderung, die durch Kontrollmechanismen gering gehalten werden sollen.

Auf die Bedeutung und Notwendigkeit von Immigration wurde mit Blick auf mehrere Aspekte hingewiesen. Einer dieser Aspekte, der auch bei anderen (indirekt) eine Rolle spielt, war das nationale Interesse, dem Immigration dienen sollte. Die Interessen des kanadischen Staates sollten über denen anderer Länder, also internationalen Interessen, stehen, aber auch stärker als regionale Interessen beachtet werden. Hinzu kam, dass Immigration auch eine identitätsstiftende Bedeutung zugesprochen wurde. Migrationserfahrungen, die der Großteil der Bevölkerung entweder selbst gemacht hatte oder zumindest als einen Teil der Familiengeschichte aus nächster Nähe miterlebt hatte, sollten die Einheit des Landes stärken und auch der Abgrenzung vor allem gegenüber den USA zuträglich sein. „Nur wenn man das demographische und wirtschaftliche Wachstum aufrecht erhalten kann, und das eine ist nur durch das andere möglich, kann die Identität gegenüber dem mächtigen südlichen Nachbarn aufrechterhalten werden.“ (a.a.O: 218) Aber in diesem Zusammenhang werden auch zwei weitere Faktoren angesprochen: ökonomische und demographische. Wirtschaftliches Wachstum wurde als einer der Schlüssel für einen starken Staat angesehen. Gleichzeitig wurde damit auch für weitere Immigration argumentiert. Man ging nämlich davon aus, dass die notwendige ökonomische Entwicklung mit vermehrter Nachfrage an Arbeitskräften einhergehe. Der große Bedarf konnte allerdings nicht durch die bereits in Kanada ansässige Bevölkerung gedeckt werden. Es wurde in der Argumentation also wieder ein

Zusammenhang zwischen politischen und ökonomischen Zielen hergestellt. Innenpolitisch sollte ein stärkerer Zusammenhalt geschaffen werden, der dann die Macht des Staates nach außen zeigen sollte. Als Motor für diese Entwicklung wurde die Wirtschaft angesehen. Die demographischen Aspekte werden ebenfalls angesprochen: wirtschaftliches Fortkommen benötigt Bevölkerungswachstum. Da dies in den vorangegangenen Jahrhunderten, speziell in den britisch-kanadischen Teilen, durch Einwanderung erreicht worden war, kann dies Argumentationslinie auch als Befürwortung von Immigration gewertet werden.

Hinzu kamen auch Überlegungen hinsichtlich der kulturellen Vielfalt, die die Zuwanderung mit sich gebracht hatte. Kulturelle Diversität wurde als positiver Einfluss, als Bereicherung für die Gesellschaft propagiert. Es scheint, als versuche die Regierung aus der Geschichte zu lernen und vor allem einer Entwicklung wie dem rasanten Anstieg rassistischer Diskriminierungen zur Jahrhundertwende früh entgegen zu wirken. Problemen, die sich im dichten Nebeneinander von unterschiedlichen kulturellen Traditionen in den Großstädten bereits ankündigten, sollte dadurch präventiv entgegen getreten werden. Diese Argumente zeigen einerseits die Beachtung von weiteren Aspekten der sozialen und kulturellen Komponenten von Immigration. Andererseits wurde damit auch ein Bewusstsein geschaffen, dass durch Immigration auch Schwierigkeiten verstärkt werden könnten.

Bei den wirtschaftlichen bzw. sozialen Aspekten setzte also auch das Bewusstsein für die Kontrolle von Immigration ein. Die kanadische Gesellschaft hatte sich in den vorangegangenen Jahrzehnten verändert und bestand jetzt mehrheitlich aus einer industrialisierten, urbanen Bevölkerung. Um das wirtschaftliche Wachstum zu erhöhen waren auch technische Entwicklungen notwendig. Diesem gesellschaftlichen Wandel und den veränderten Bedingungen sollte sich auch die Immigration anpassen. Die bisher angestrebte Zuwanderung im landwirtschaftlichen Bereich hatte sich schon verringert und Migration war mehr und mehr ein urbanes Phänomen geworden (vgl. Harzig 2004: 218). Es galt, die veralteten Optionen der Wanderung mehr zu reduzieren und Migrationsströme verstärkt den Bedürfnissen des kanadischen Staates besonders im wirtschaftlichen Sinn anzupassen. Als eines der wichtigen Erfordernisse wurde Zuwanderung von (Hoch-) Qualifizierten gesehen. Im *livre blanc* kommt durchaus ein Bewusstsein dafür zum Ausdruck, dass die Anwerbung von hochqualifizierten Immigrierenden für eine langfristige Niederlassung

schwierig ist. Ein Mensch mit hoher Qualifikation in seinem Beruf wird von vielen Staaten gerne aufgenommen und hat dementsprechend die Möglichkeit der Auswahl des Ziellandes. Auch ist die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Migration für diese Gruppe vielleicht nicht im selben Maße gegeben wie für andere. Diese anderen Arbeitskräfte wurden aus wirtschaftlicher Sicht durchaus auch benötigt, waren aber leichter zu finden. Dementsprechend wurden Programme wie etwa *parrainage - sponsorship* entwickelt. (vgl. Erfurt / Amelina 2008: 27)

Während die Wirtschaft gerne die Zuwanderung mehr und mehr verstärkt gesehen hätte, wurde die soziale Realität im Auge behaltend und möglichen Problemen und Schwierigkeiten vorbeugend an eine Beschränkung der Immigration gedacht. Angeführt wurden vor allem die Kriterien *readily absorbed* und *adaptability*. Akzeptiert werden sollten demnach nur so viele neue Einwandernde, wie die Gesellschaft aufnehmen konnte und überwiegend Personen die zur Anpassung bereit sind. Auch wenn diese Erklärungen noch sehr an das Argument der Anpassungsfähigkeit an die kanadische Gesellschaft und das kanadische Klima erinnert, das Jahrzehnte lang die Immigration von nicht-weißer Bevölkerung verhindert hatte, wollte man sich gerade von dieser Argumentationslinie distanzieren. Das White Paper hatte zum Ziel „eine klare Absage an Diskriminierung wegen Rasse, Religion und Farbe.“ (Harzig 2004: 217)

Diese Politik bedeutet keinesfalls ein Aufheben des Verbots der Einreise aus anderen Gründen. Gerade der *prohibited class* kommt sogar „detaillierte Aufmerksamkeit“ (a.a.O: 219) zu. Als Lösung *ultima ratio* bespricht das Weißbuch auch die Kompetenzen des Staates hinsichtlich Deportation. Jedoch um Willkür und Kontroversen im Fall von Deportation möglichst gering zu halten, sollten die Kompetenzen CAIS-IAB genauer analysiert und das Einspruchsrecht verbessert werden. (vgl. a.a.O: 218)

Das White Paper thematisierte zwar wichtige Punkte, war in seinen Ausführungen aber wenig konkret. Dies war wohl einer der Hauptgründe, warum es im Anschluss nicht zu neuen Einwanderungsgesetzen kam, sondern zunächst weitere Konkretisierungsarbeiten durchgeführt wurden. Eine veränderte gesetzliche Basis trat erst zehn Jahre später in Kraft.

Es wurde allerdings eine Möglichkeit geschaffen, die Öffentlichkeit in den Diskurs ein zu binden. Hierfür war zu einem Großteil das nach der Veröffentlichung des *livre blanc* ins Leben gerufene *comité mixte spécial du Sénat et de la Chambre des communes* - *Special Joint Committee of the Senate and the House of Commons* verantwortlich. Die Aufgabe dieser Kommission war es die Meinung der Interessenvertreter zu hören, um sie dann in die weitere Diskussion mit einzubringen. Die Hintergründe der Repräsentanten waren weit gestreut. Es handelte sich um Akteure aus dem wirtschaftlichen Bereich, wie zum Beispiel Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, genauso wie um Gruppen mit überwiegend sozialen Interessen, wie Kirchenvertreter und Repräsentanten von ethnischen Gruppen, also Organisationen bereits früher Eingewanderter. Aber auch Politik und Medien waren in die Anhörungen eingebunden. (vgl. a.a.O: 219)

Nach Abschluss der Kommission bereitete eine Arbeitsgruppe dann den Schritt zur neuen Einwanderungsregelung vor. Sie überarbeitete vor allem die Kategorie derer, die nach Kanada einwandern dürfen und unter *admissible class* zusammengefasst sind. Ausserdem werden die Zusammensetzung und Kompetenzen des CAI geregelt. Diese Kommission sollte sich aus sieben bis neun Mitgliedern zusammensetzen und ein von der Einwanderungsbehörde unabhängiges Gremium bilden, an das sich Immigrierte wenden konnten, um gegen einen Deportationsbefehl in Revision zu gehen oder zu mindestens die Gründe, die zu ihrer Ausweisung geführt hatten, zu erfahren. Für die *admissible class* wurde eine Einteilung in drei Gruppen erarbeitet: erstens nahe Verwandte, zweitens unabhängige BewerberInnen und drittens entfernte Verwandte, der Kategorie der *nominated relatives*. Bei Letzteren ging man davon aus, dass bereits in Kanada lebende Angehörige beim „Eingliederungsprozeß“ behilflich sein würden und somit der Staat keine Maßnahmen ergreifen muss. Bei der Bewertung der KandidatInnen wurden diese Aspekte mit berücksichtigt.

1967 wird das von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet Punktesystem, jedoch auf der Basis der alten gesetzlichen Einwanderungsregelungen, eingeführt.

Das erneuerte System brachte einen erheblichen verwaltungstechnischen Mehraufwand, besonders für die CAIS-IAB, mit sich. Bereits Anfang der 1970er Jahre gab es eine Anhäufung von mehreren 10.000 Fällen, die noch behandelt werden mussten. Diesen Rückstau zu bewältigen und die besten

Verwaltungsmöglichkeiten zu finden, war das Ziel der 1970er. Die beste Variante implizierte für die kanadische Regierung vor allem eine effiziente und zeitgemäße Handhabung. Die Hoffnungen wurden in den neuen Minister Robert Andras gelegt.

[...] von dem neuen Minister Andras versprach man sich gestalterisches Handeln und Durchsetzungsfähigkeit. [...] Andras machte es sich zur Aufgabe, die Einwanderungspolitik grundsätzlich zu überholen, sein politisches Ziel war es, einen weitgehenden gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. (Harzig 2004: 223)

Der erste Schritt zur Schaffung dieses Konsenses und die Basis für eine breite Debatte auch in der Öffentlichkeit stellte ein *livre vert* - *Green Paper* dar. In vier Bänden stellten vom Ministerium beauftragte Experten Daten, Fakten und Optionen für die Gestaltung der Einwanderungspolitik zusammen. Den von Minister Andras angestrebten Zweck erfüllte das *livre vert*, denn es rief „die intensivste, breiteste alle gesellschaftlichen Gruppen erfassende Diskussion über Einwanderungspolitik“ (a.a.O.) hervor. Ein weiteres Mal wurde ein Ausschuss des Parlaments geschaffen und beauftragt, Anhörungen durch zu führen, um Anregungen sowie Kritiken der Bevölkerung zu sammeln. Die öffentliche Beteiligung war sehr groß. Es wurden „[...] 1800 Stellungnahmen von Individuen und Organisationen“ (a.a.O: 224) zur Kenntnis genommen.

Die Arbeit des Ausschusses wurde in ihrem Abschlussbericht zusammengefasst. Dieser wiederum stellte die Basis für das neue Einwanderungsgesetz, das *Loi sur l'immigration* - *Immigration Act* von 1976, dar. (vgl. a.a.O.)

Das Einwanderungsgesetz von 1976 beruht auf vier Eckpunkten. Erstens werden Prinzipien für die Einwanderung genannt. Sie beziehen sich einerseits auf die zu bevorzugende Art der Migration, nämlich „Förderung der Familienzusammenführung“ und „Bekenntnis zu humanitären Tradition des Landes“ (a.a.O: 225). Damit wurde den sozialen Aspekten von Migration Rechnung getragen. Andererseits wurde durch Formulierung von bestimmten Zielen das nationale Interesse unterstrichen. Es handelte sich dabei um die Ziele die schon vor mehr als zehn Jahren im *Livre blanc* - *White Paper* angesprochen worden waren: Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum (vgl. Gerke 2003, 266). Zweitens sah das Gesetz ein System der Planung und es Managements von Immigration vor. Besonders die Provinzen und das Parlament sollten zusammenarbeiten, aber auch die Öffentlichkeit sollte eingebunden werden. Der dritte Punkt war die Einteilung der

Immigrierende in Gruppen. Diese wichen leicht von den bis dahin geltenden Regeln ab. Aus der bisherigen Praxis lernend wurden viertens die Regeln reduziert, besonders für den Ausschuss und zur Kontrolle. Hinzu kam auch, dass der ministerielle Ermessensspielraum verringert wurde. (vgl. Harzig 2004: 225)

Die Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs ging 1976 von der Öffentlichkeit sehr wenig bemerkt von statten. Dem sollte aber nicht zu große Bedeutung zugemessen werden, da die öffentliche Beteiligung und das Interesse eher an der Diskussion rund um das *livre vert* und mit dem Parlamentsausschuss entscheidend war (vgl. Harzig 2004: 226). Deshalb sollte auch die geringe Beachtung des in Krafttretens des Gesetzes erst zwei Jahre später, 1978, keineswegs als Scheitern von Jean Marchands Bestreben nach mehr öffentlicher Beteiligung gewertet werden.

Beginnend mit dem *White Paper* legte die Regierung dar, dass Einwanderung nach Kanada kein Recht, sondern ein Privileg ist. Sie erkennt aber auch an, dass die Einwandernden Individuen mit Rechten sind. Dementsprechend sollten sie auch rechtliche Möglichkeiten – gerade auch im Fall der Deportation - haben und menschlich behandelt werden, auch weil davon ausgegangen wird, dass Kanada für seine weitere (wirtschaftliche) Entwicklung auf Immigration angewiesen ist. Darüber hinaus wird Einwanderung als ein identitätsstiftendes Element für den Staat, für die Einheit des Landes angesehen. Ferner wird das Bewusstsein für die Vielschichtigkeit von Migration und Einwanderungspolitik wie etwa für die ökonomische und demographische Notwendigkeit verstärkt und durch kulturelle, soziale, humanitäre erweitert.

3.2. Québec auf dem Weg zum eigenen Punktesystem

Migration ist ein Phänomen, das nicht nur die nationalstaatliche Ebene betrifft. Gerade durch die unterschiedliche Verteilung der Einwandernden in Kanada sind Provinzen und in weiterer Folge Städte in ungleicher Weise betroffen und haben somit auch oft voneinander abweichende Interessen. Im Einwanderungsgesetz von 1967 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Provinzen zusätzliche Abkommen bezüglich Einwanderung mit der föderalen Regierung abschließen können.

Die erste Provinz, die diese Chance ergriff und bis heute die meisten Abkommen abgeschlossen und ihre Kompetenzen am weitesten ausgebaut hat, ist Québec.

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Punkte der Abkommen zwischen der föderalen Regierung und der Provinzregierung Québec besprochen, um dann abschließend die derzeitige Kompetenzverteilung darzustellen.

Wie aus der geschichtlichen Einleitung hervorgeht, war das Interesse Québecks für internationale Einwanderung bis ins 20. Jahrhundert eher gering. Über viele Jahrzehnte hinweg war das Bevölkerungswachstum durch die hohe Geburtenrate gedeckt. Das demographische Argument für Einwanderung, das besonders in den letzten Jahren in westlichen Ländern immer wieder verwendet wird, kam hier nicht zu tragen. Einwandernden stand man skeptisch gegenüber, wenn man sie nicht sogar als Bedrohung für die lokale Kultur und Traditionen ansah.

In den 1960er Jahren machten sich jedoch Veränderungen in diesem Denken bemerkbar. Besonders für demographische Argumente wurde man wegen des starken Geburtenrückgangs zugänglicher. Immigrationsflüsse wurden als eine Möglichkeit erkannt, die demographischen Schwierigkeiten, die in den nächsten Jahrzehnten auf die Provinz zu kommen sollten, zu lösen oder hintan zu halten. (vgl. Kostov 2008)

Dies macht sich auch im Verhalten der Provinzregierung bemerkbar: 1968 richtete sie erstmals ein Québecer Ministerium für Einwanderung ein. Damit alleine konnte jedoch das Ziel, mehr Einwandernde nach Québec zu bringen nicht erreicht werden, sondern allenfalls der Bewusstseinsbildung innerhalb der Provinz geholfen werden. Daher ergriff Québec die Möglichkeit, mit Kanada zusätzliche Regelungen zu vereinbaren und schloss 1971 das erste Abkommen ab. Die unterzeichnenden Einwanderungsminister von Québec bzw. Kanada waren Marcel Cloutier und Otto Lang. Québec hatte von nun an die Chance in den auswärtigen Einwanderungsbüros der föderalen Regierung für Immigration nach Québec Werbung zu machen. Québec konnte in Botschaften eigenes Personal haben, das sich mit Immigration beschäftigte, sofern die jeweiligen Länder dies nicht ablehnten. Die Beamten sollten über Möglichkeiten und Facetten des Lebens in Québec informieren und Interessierte beraten. Die meisten Kontakte kamen mit Personen zustande, die sich für Migration nach Kanada nicht nur interessierten, sondern bereits von den zuständigen

kanadischen Stellen ausgewählt worden waren. Die Aufgabe der Auswahl der Einwanderenden lag nämlich im Kompetenzbereich der gesamtkanadischen Behörde. Die Autorität der Québecer Mitarbeiter war also recht beschränkt (vgl. a.a.O.) und bestand vor allem in Überzeugungsarbeit, um die Entscheidung der Immigranten wohin sie migrieren zu beeinflussen

Nur wenige Jahre später erarbeitete die Québecer Provinzregierung bereits neue Regelungen, die ihre Kompetenzen hinsichtlich Immigration erweitern würden. 1975 wurde zwischen den zuständigen Ministern Andras und Bienvenue ein Vertrag geschlossen, der nach ihnen kurz nur *l'entente Andras-Bienvenue* (*Andras/Bienvenue agreement*) bezeichnet wird. Der Unterschied zum vorherigen Abkommen liegt vor allem in der Aufgabenerweiterung der an den Botschaften tätigen Mitarbeiter. Die Québecer Beamten durften von da an auch Interviews mit KandidatInnen führen und konnten Empfehlungen an die *agents de visa - visa officers* geben, ob die BewerberInnen für die Einwanderung nach Kanada, insbesondere nach Québec, geeignet waren (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 23). Lag die letzte Entscheidung weiterhin bei Beamten der föderalen Regierung, hatte Québec damit eine – wenn auch eingeschränkte – Beraterrolle erhalten und konnte die Einwanderungsanträge durchsehen. Durch die entsprechenden Kommentare bestand auch die Möglichkeit, die Entscheidungen der zuständigen Mitarbeiter hinsichtlich der Auswahl zu beeinflussen.

Nur drei Jahre später, 1978, folgte bereits das nächste Abkommen zwischen Kanada und der Provinz Québec: *l'Entente portant sur la collaboration en matière d'immigration et sur la sélection des ressortissants étrangers qui souhaitent s'établir au Québec à titre permanent ou temporaire - Agreement with regard to cooperation on immigration matters and on the selection of foreign nationals wishing to settle either permanently or temporarily in Québec*. Besser bekannt ist es unter den Namen der Unterzeichnenden: Bud Cullen und Jacques Couture als *l'entente Cullen-Couture - Cullen/Couture agreement* (vgl. a.a.O.). Kanada folgte in diesem Vertrag der Idee der Québecer Provinzregierung, dass Québecer die Interessen ihrer Region besser kennen und räumte Québec eine Mitbestimmung im Auswahlprozess der Migranten im Ausland ein. Québec definierte eigene Selektionskriterien im Punktesystem, die leicht von den gesamtkanadischen abweichen. Sie galten für die Gruppe der Flüchtlinge und der unabhängigen Immigranten. Sollten Bewerber die

gesamtkanadischen Auswahlkriterien erfüllen, die Québecer jedoch nicht, so konnte ihnen die Einwanderung nach Québec verwehrt werden. Im entgegen gesetzten Fall, wenn die Québecer Kriterien, jedoch nicht die gesamtkanadischen erfüllt wurden, sollte die Immigration nach Québec gewährt werden. Die Betroffenen gaben aber eine Erklärung ab, sich in Québec und nicht im restlichen Kanada anzusiedeln.¹ (vgl. Kostov 2008)

Dieser Vertrag war nicht nur durch die größeren Kompetenzen der Québecer Mitarbeiter im Ausland prägend, sondern deshalb, weil er für mehr als 20 Jahre gelten sollte. Er wurde erst 1991 durch das bis heute gültige Abkommen abgelöst. *L'accord Canada-Québec relatif à l'immigration et à l'admission temporaire des aubains (Canada-Québec Accord relating to immigration and temporary admission of aliens)* wird kurz *l'Accord Canada – Québec (The Canada – Québec Accord)* oder wie schon die vorangegangenen Verträge nach den unterzeichnenden Parteien *l'accord Gagnon-Tremblay – McDougall (Gagnon-Tremblay – McDougall Accord)* bezeichnet. Dieses Abkommen brachte eine deutliche Erweiterung der Selektionskompetenzen Québecs. In den bisherigen Abkommen war die Mitbestimmung Québecs immer auf die ausländischen Institutionen beschränkt gewesen. Dies änderte sich grundlegend mit diesem Vertrag, denn die Zuständigkeiten wurden erstmals auch auf Angelegenheit innerhalb Kanadas ausgedehnt. (vgl. Gouvernement du Québec 1998)

Die wichtigsten vertraglichen Bestimmungen lassen sich auf drei Kernebenen zusammenfassen: erstens die Anzahl der Immigrierenden, zweitens ihre Auswahl und drittens die Siedlungs- und Aufnahmemaßnahmen.

Für all diese Punkte gilt, dass sie in die Kategorie der politischen Zielsetzungen fallen. Die Provinz wollte sich gegenüber der föderalen Regierung und für die eigene Bevölkerung als selbstbewusst und mächtig positionieren.

Die Höhe der Einwanderungszahlen spielt vordergründig für die demographische Argumentation eine wichtige Rolle. Québec kann die angestrebte Höhe der Einwanderungszahlen in Absprache mit der gesamtkanadischen Regierung bestimmen. Das vertraglich vereinbarte Ziel diesbezüglich ist, dass Québec den

¹ Kostov kritisiert besonders diesen Teil der Bestimmungen, da sie die in mehreren Gesetzen festgelegte Autorität der gesamtkanadischen Regierung stark beeinträchtigt. Weiters widerspricht die Beschränkung der Neuankommenden auf eine Provinz der Bewegungsfreiheit, der kanadischen Verfassung. (vgl. Kostov 2008)

Prozentsatz der Einwandernden aufnimmt, der dem Anteil der Québécois Bevölkerung im Vergleich zur gesamtkanadischen Bevölkerung entspricht. Um den speziellen demographischen Herausforderungen der Provinz Rechnung zu tragen wurde vereinbart, dass die Zahl um 5% jährlich überschritten werden kann. (vgl. a.a.O)

Die Kategorisierung der Immigrierenden obliegt weiterhin Kanada. Die Freiheiten bezüglich der Auswahl beziehen sich auf die Gruppe der Selbständigen und der Einwandernden aus humanitären Gründen. Québec ist jedoch auch nicht ganz frei in seiner Wahl. Einerseits besteht die Verpflichtung auch aus letztgenannter Gruppe anteilmäßig Personen aufzunehmen. Andererseits kann Kanada ein Veto gegen die von Québecer Seite ausgewählten Personen einlegen, allerdings nur, wenn durch die getroffene Auswahl ein Sicherheitsrisiko entstehen könnte. (vgl. Kostov 2008)

Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von Neuankommenden obliegen der Québécois Regierung. Sie erhält von der kanadischen Regierung für diese Leistungen eine monetäre Kompensation.

3.3. Mechanismen

Die drei grundlegenden Mechanismen des Systems, die schon mit dem Einwanderungsgesetz von 1976 festgelegt wurden, gelten bis heute. Sie haben jedoch im Laufe der Jahre gewisse Anpassungen erfahren, auf die ich im jeweiligen Abschnitt eingehe. Sie gelten für Immigrierende, die einen unbefristeten Aufenthaltstitel bekommen und in weiterer Folge, nach Erfüllung weiterer Auflagen, auch die kanadische Staatsbürgerschaft beantragen können. Die Erlaubnis der *résidence permanente* – *permanent residence* ist also bereits der erste Schritt auf dem Weg zu einem kanadischen Bürger. Für zeitlich begrenzt Einwandernde gelten andere Kriterien, die vor allem von dem Programm, in dessen Rahmen sie ihr Visum beantragen und dem Ziel ihres Aufenthalts, wie etwa Tourismus, Arbeit oder Studium, abhängig sind.

Wenn Québec auch größere Selbstbestimmung hinsichtlich der Immigration erhalten hat, so ist es dennoch an die gleichen Mechanismen gebunden. Die meisten Abweichungen bestehen beim Schema des Punktesystems.

3.3.1. Obergrenze

Die Obergrenze legt die maximale Anzahl derer, die nach Kanada einwandern dürfen fest. Dabei handelt es sich jedoch noch um eine genaue Zahl, sondern es wird eine Größenordnung festgelegt, ein Zielkorridor, der jährlich erreicht werden soll. (vgl. Gerke 2003: 271)

In letzter Zeit wurde dieser Wert von Jahr zu Jahr leicht angehoben und meistens erreicht. Kanada hat keine Schwierigkeiten die gesetzte Grenze zu erreichen, da meist mehr Personen einen Antrag auf Einreise stellen, als aufgenommen werden sollen (vgl. a.a.O: 273). Québec kann die genauen Zahl der auf sein Territorium Einwandernden selbst bestimmen. Die Anzahl muss jedoch von der föderalen Regierung genehmigt werden und ist durch einen Rahmen im Kanada-Québec Vertrag von 1991 festgelegt. Der Anteil der Einwandernden nach Québec sollte im gleichen Verhältnis zur gesamtkanadischen Einwanderung stehen wie die Bevölkerungszahl Québecks zu der Kanadas. (vgl. Gouvernement du Québec 1998)

3.3.2. Kategorisierung

Einwanderung nach Kanada erfolgt aufgeteilt in drei Hauptklassen. Diese entsprechen den Absichten, die Kanada bei der Auswahl der Immigrierenden verfolgt und stellen somit die drei wichtigsten Komponenten des kanadischen Immigrationsprogrammes dar, auch weil sie mit den grundsätzlichen Werten der kanadischen Gesellschaft übereinstimmen (vgl. Gouvernement du Canada 2002). Québec kann ebenfalls nur Einwandernde nach dieser Einteilung aufnehmen.

A. Catégorie de la famille – family class

Diese Kategorie entspricht der sozialen Komponente von Immigration.

Ziel ist die Familienzusammenführung zu fördern, besonders von Kernfamilien, also Ehepartner und abhängigen Kindern von kanadischen Staatsangehörigen oder Eingewanderten mit dauerhaftem Aufenthaltstitel. Ursprünglich ist diese Art der Zuwanderung zahlenmäßig unbegrenzt und die unmittelbaren Familienmitglieder können immigrieren, ohne durch das Punktesystem beurteilt zu werden. Für weiter entfernte Verwandte bestehen jedoch Beschränkungen und ihre Bewerbung wird

durch das Punktesystem bewertet. Um eine Zuwanderung auch für Mitglieder außerhalb der engen Kernfamilie zu erleichtern besteht die Möglichkeit, dass ein kanadischer Staatsbürger eine Patenschaft (*parrainage – sponsorship*) für die einwandernden Familienmitglieder eingeht und damit die finanzielle Verantwortung übernimmt (vgl. Gerke 2003: 273). Damit sollen etwaige öffentliche Kosten möglichst gering gehalten werden. Anfangs wird davon ausgegangen, dass die bereits in Kanada lebenden Familienmitglieder ihre nachziehenden Verwandten mindestens zehn Jahre unterstützen (vgl. Harzig 2004: 225f). Die Unterstützungspflicht hat sich jedoch im Lauf der Jahre verringert. So wurde sie bei Ehepartner mit den Änderungen von 2001 auf fünf und weiter auf drei Jahre reduziert. (vgl. Gouvernement du Canada 2002)

Die folgende Liste zeigt, welche Personen derzeit zur Immigration der Familienzusammenführung gezählt werden, sofern sie nicht in einer anderen Kategorie einreisen können (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 8).

- Ehepartner, Partner einer eingetragenen Partnerschaft
- Abhängige Kinder
- Kinder, deren Adoption vorgesehen ist
- Eltern und Großeltern sowie von ihnen abhängige Kinder
- Geschwister, Neffen, Nichten oder Enkelkinder vorausgesetzt, dass sie unverheiratete Waise und minderjährig, d.h. unter 18 Jahren, sind.
- Jeder Verwandte, wenn der Sponsor alleine in Kanada ist und keinen der oben angeführten Familienmitglieder hat, die er sponsert.

Die letzten Änderungen, die auch diese Kategorie betrafen, fanden 2001 statt. Es handelt sich dabei vor allem um kleine Anpassungen an die familiären Umstände und das veränderte Familienbild der modernen Gesellschaft. So wurde beispielsweise die Kategorie der Verlobten abgeschafft, und die Gruppe der Lebenspartner wurde erweitert, so dass auch homo- und heterosexuelle, zivile Partnerschaften gleichgestellt sind. Neu ist auch, dass die Verurteilung hinsichtlich Vergehen gegenüber der Familie (*certain crimes liés à la famille – specified family related*

crimes) oder der gerichtlich bescheinigte Rückstand von Alimenten die Möglichkeit für weiteres Sponsern ausschließt. (vgl. a.a.O.)

B. Réfugiés et cas assimilés – Refugees and Those in Refugee-like Situations

Diese Kategorie wird auch als Zuwanderung aus humanitären Gründen bezeichnet. Sie ist eine wichtige Säule der Einwanderungspolitik, weil dadurch der solidarischen Haltung Kanadas Ausdruck verliehen werden soll.

Zur Gruppe der Flüchtlinge gehören Personen, die durch die Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge deklariert werden. Zusätzlich werden auch Vertriebene und Verfolgte unter der Bezeichnung „ähnliche Fälle“ aufgenommen, die nicht den Schutz durch die Konvention genießen, sich aber in einer vergleichbaren Lage befinden (vgl. Gerke 2003: 274). Ob für gewisse Gruppen so eine besondere Situation vorliegt, wird vom Kabinett festgelegt (vgl. Harzig 2004: 226). Die grundsätzlichen Überlegungen sind, nicht nur nach Katastrophen, die Flüchtlingswellen nach sich ziehen, ein großes Kontingent aufzunehmen, sondern einen möglichst gleichmäßigen Zustrom zu ermöglichen (vgl. Green / Green 1995: 1015). Dem entsprechend werden Personen dieser Gruppe als Immigranten angesehen, d.h. auch hier gilt das Ziel, dass sich die Einwandernden dauerhaft in Kanada ansiedeln sollten (vgl. Harzig 2004: 236). Sie durchlaufen auch ein Auswahlverfahren mittels des Punktesystems, wobei Fluchtgründe und die vermeintliche Integrationsfähigkeit in die Gesellschaft mitberücksichtigt werden (vgl. Gerke 2003: 274). Wie streng und welche Auflagen zu erfüllen sind, hängt von der jeweiligen Untergruppe ab.

Ein interessanter Punkt ist, dass kanadische Bürger ihrer Solidarität mit Flüchtlingen Ausdruck verleihen können, weil es Patenschaftsprogramme gibt. Dabei erklären Organisationen oder private Personen schriftlich, für das Wohlergehen der Neuankommenden verantwortlich zu sein. Dies lässt sich von den Behörden jedoch nur schwer nachprüfen oder einfordern. Eine Patenschaft führt dazu, dass die Personen leichter nach Kanada einwandern können. Beispiele zeigen, dass dadurch wirklich der Solidarität Ausdruck verliehen werden kann. Die Unterstützung oder Verweigerung der Hilfe basiert aber meist nur auf Aspekten der Nationalität, könnte

so also gerade bei Ablehnung auch zu Diskriminierung auf Grund ethnischer Herkunft führen. (vgl. Harzig 2004: 237)

Besonders die massiven Flüchtlingswellen in den 1980er Jahren haben Aufnahmeländer vor neue Herausforderungen gestellt. Sie haben aber auch unterstrichen, dass Migrationsströme von vielen Faktoren beeinflusst werden und nur ein begrenzter Teil davon durch politische Maßnahmen des Ziellandes mitbestimmt werden kann. Die kanadischen Einwanderungsbestimmungen hinsichtlich Flüchtlingen und Personen in ähnlichen Fällen haben sich in den letzten 30 Jahren mehrmals gewandelt. (vgl. Harzig 2003, 2004: 236; Gouvernement Canada 2002) Aus diesen Veränderungen lassen sich meiner Meinung nach jedoch kaum Rückschlüsse auf die Zielsetzungen Kanadas ziehen. Darum behandle ich im weiteren nicht Veränderungen betreffend Migration aus humanitären Gründen, sondern stelle für eine möglichst vollständige Darstellung der Kategorisierung nur kurz die aktuelle Einteilung dar. Kanada geht davon aus, dass idealerweise auch Flüchtlinge als Immigranten außerhalb Kanadas ausgewählt werden. In wenigen Fällen kann der Antrag auf einen Flüchtlings- oder Flüchtlingsähnlichen Status auch innerhalb Kanadas gestellt werden. (vgl. Gouvernement Canada 2008a)

- Konventionsflüchtlinge (*réfugiés au sens de la Convention - Convention Refugees Abroad Class*): Die Gruppe der nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Flüchtlinge.
- Asylsuchende (*personnes de pays d'accueil - Country of Asylum Class*): Sie fallen nicht unter den Flüchtlingsbegriff der Genfer Konvention, befinden sich aber in einer ähnlichen Situation. Für sie ist keine staatliche Patenschaft vorgesehen.
- Personen gewisser Länder (*Personnes de pays sources – Source Country Class*): Zu dieser Gruppe gehören sowohl Konventionsflüchtlinge als auch Personen in flüchtlingsähnlichen Situationen, aus einem der Länder, das die von der kanadischen Regierung festgelegten Kriterien erfüllt, und somit in die Länderliste aufgenommen wurde.

Seit 2002 müssen alle in diesen Kategorien Einwandernden eine private oder staatliche² Patenschaft vorweisen. Diese bedeutet eine einjährige Unterstützung nach der Ankunft in Kanada. (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 14)

C. Immigration économique – Economic Class

Die wirtschaftliche Komponente hat zum Ziel, gut ausgebildete Arbeitskräfte und einwanderungswillige Geschäftsleute für eine Migration nach Kanada zu motivieren. (vgl. Gouvernement du Canada 2002)

Anfangs wurde diese Gruppe in Selbständige und Gewerbetreibende geteilt. In den 1980er Jahren wurde jedoch eine genauere Differenzierung und damit Untergruppen eingeführt (vgl. Gerke 2003: 274). Das Hauptmerkmal, das sich über die Jahre nicht verändert hat, ist, dass diese Gruppe durch das Raster des Punktesystems bewertet wird. Es gibt keine Möglichkeit für Patenschaften, allerdings können in manchen Bereichen zusätzliche Punkte gewonnen werden, um das Erreichen der Mindestpunkte zu erleichtern. So erhalten etwa Unternehmer oder Investoren bis zu 35 Punkte für Geschäftserfahrung (*experience dans l'affaires - business experience*). (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 17)

Nach wie vor findet eine grundsätzliche Zweiteilung statt: (vgl. a.a.O.)

- Travailleurs qualifiés – skilled Workers

Zusätzlich zu der Mindestpunktezahl muss eine mindestens einjährige, einschlägige Berufserfahrung vorgewiesen werden. Weiters benötigen sie entweder ausreichend finanzielle Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, oder eine bereits zugesicherte und von der zuständigen Behörde genehmigte Arbeitsstelle. (vgl. Gouvernement du Canada 2002)

- Gens d'affaires immigrants – Business immigrants

Dies Gruppe ist in drei weitere Kategorien unterteilt: Investoren, Unternehmer und Selbständige

Einwandernde der ersten beiden Gruppen müssen an objektiven Standards messbare Geschäftserfahrungen und Vermögenswerte vorweisen. Bei

² Die Art der Patenschaft ist von der Einteilung in eine der drei Kategorien abhängig. Jedoch widersprechen sich die Dokumente der kanadischen Regierung, für welche Gruppen staatliche Patenschaften bestehen.

Investoren handelt es sich derzeit um Vermögen in der Höhe von 800.000 CAD, wobei die Hälfte an die föderale Regierung geht, die es wiederum an die Provinzen weiterleiten. Das Geld wird nach fünf Jahren ohne Zinsen wieder zurückbezahlt (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 17). Es handelt sich hierbei also um einen Kredit für die Provinzen zu sehr günstigen Konditionen. Die Unternehmer müssen 300.000 CAD in Vermögenswerten vorweisen sowie mindestens ein Drittel eines kanadischen Unternehmens besitzen. Nach ihrer Ankunft sind sie verpflichtet, noch wenigstens ein Jahr aktiv im Management dieses Unternehmens beteiligt sein. (vgl. Gouvernement du Canada 2002)

In die Gruppe der Selbständigen werden Immigrierende eingeordnet, die nicht notwendigerweise einen wirtschaftlichen Beitrag für die Entwicklung Kanadas leisten. Sie sollen vielmehr das kulturelle, künstlerische oder sportliche Leben Kanadas bereichern. Bauer, definiert als Personen, die „[...] gèrent une exploitation agricole [...]“ - „[...] will manage a farm [...]“ können ebenfalls unter dieser Kategorie einwandern. (vgl. a.a.O.)

3.3.3. Punktesystem

Die Idee eines Punktesystems zur Bewertung der Immigrierenden wurde schon durch die Arbeitsgruppe im Anschluss an das Weißbuch erarbeitet und 1967 eingeführt. Es wurde im Gesetz von 1978 wieder verankert. (vgl. Harzig 2003)

Durch ein Raster werden gewissen Qualitäten und auch Qualifikationen mit Punkten bewertet. Es ist „[...] based on personal characteristics assessed to be associated with short-and-long-run adaption to the Canadian economy.“ (Green / Green 1995: 1009) Dazu gehören Alter, Sprachkenntnisse der offiziellen Sprache sowie Berufsausbildung und -erfahrung.

Zentral ist die Idee der objektiven, transparenten und nicht diskriminierenden Bewertung und in weiterer Folge die Auswahl der Migrierenden. Das anti-diskriminatorische Argument war besonders in den ersten Jahren von großer Bedeutung, weil es das Ziel, von einem auf ethnischen Merkmalen beruhenden System wegzukommen, unterstrich. Kritisiert werden kann jedoch, dass dies nur vordergründig stimmt. Da zum Beispiel hochqualifizierte Einwandernde bevorzugt

werden, aber der Zugang zu (Aus-) Bildung in den Ländern sehr unterschiedlich ist, dennoch die Gefahr der Diskriminierung – auch nach nationaler Zugehörigkeit, besteht.

Das Punktesystem soll auch als wirtschaftlicher Kontrollmechanismus fungieren, und unter anderem sicherstellen, dass der Anteil an verfügbaren Arbeitskräften in einer bestimmten Berufssparte nicht zu hoch ist. (vgl. Meissner 1994: 20)

Im Weiteren wird durch die Gegenüberstellung des kanadischen und des Québecer Rasters die unterschiedliche Schwerpunktsetzung analysiert. Herausgearbeitet werden nur die wichtigsten Aspekte, also die größten Abweichungen. Die gesamte Aufteilung der Punkte kann aus dem Raster im Anhang entnommen werden.³

Abweichungen zeigen sich schon beim Vergleich der maximalen und mindestens zu erreichenden Punktezahl. Im gesamt kanadischen Raster beträgt die volle Punktezahl 100, die Mindestpunktzahl variierte über die Jahre und lag zwischen 50 (vgl. Harzig 2004: 221) und 75 (vgl. Gouvernement Canada 2002). Zurzeit liegt die Grenze bei 67 Punkten (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 16). Québecs aktuelles Punktesystem sieht für alleine Einwandernde eine maximale Punktzahl von 107, für Immigrierende mit Familie bis zu 123 Punkte vor. Dementsprechend variiert auch die Mindestpunktzahl: 55 für Einzelpersonen, 63 mit Partner. Das Verhältnis von mindest zu maximaler Punktezahl lässt annehmen, dass die Erfüllung der Québecer Kriterien leichter ist. Dies passt in das Bild, dass Québec möglichst viele Immigrierende anziehen möchte.

Demographische Absichten, vor allem auch die Überalterung zu verlangsamen, werden ebenfalls durch das Raster unterstrichen. Erstens können für gleichzeitig einwandernde Kinder bis zu 8 Punkten erreicht werden. Zweitens werden die Punkte in der Alterskategorie anders bewertet, wobei Québec jüngeren Immigrierenden den Vorzug gibt. 18-35 Jährige erreichen dort die volle Punktzahl von 16 Punkten. In Kanada erhalten die 21- 49 Jährigen die meisten Punkte, allerdings nur 10.

Der Vergleich der Bewertung in der Kategorie Sprachkenntnis zeigt auch divergierende Interessen. Im Vordergrund steht für Québec wenig überraschend die Beherrschung des Französischen. Anders als in Kanada, wo die Wahl der ersten

³ Die im Folgenden verwendeten Zahlen stammen, so nicht anders angeführt, von den Quellen des Rasters (vgl. Gouvernement du Canada 2008 und Gouvernemetn du Québec 2009).

offiziellen Sprache dem Einwandernden obliegt, ist sie in Québec automatisch Französisch. Für Kompetenzen in der als erstes angegebenen Sprache werden in beiden Fällen maximal 16 Punkte vergeben. Durch Englischkenntnisse können in Québec jedoch höchstens sechs Punkte erreicht werden, wo hingegen Kompetenz der zweiten Sprache im gesamtkanadischen Schema mit bis zu acht Punkten bewertet wird.

Der größte Unterschied besteht in der Bewertung von Berufserfahrung und Anpassungsfähigkeit. Nach dem Québecer Schema werden insgesamt nur acht Punkte für ersteres vergeben, jedoch letzteres mit bis zu 42 Punkten bemessen. Im gesamtkanadischen Raster können bis zu zehn Punkte für Anpassungsfähigkeit erreicht werden, wobei zwei Mal fünf Extrapunkte möglich sind. Mit Berufserfahrung können maximale 21 Punkte erreicht werden. Québec legt also größeren Wert auf Anpassungsfähigkeit der Einwandernden und deren Partner. Dies passt in das Bild, dass Québec die Besonderheiten seiner Gesellschaft bewahren will. Neuankommende sollen also nicht zu stark neue Aspekte einbringen, sondern ihre Adaptation an das Québecer Leben wird sehr geschätzt.

4. Zielsetzungen

Wie in den vorangegangenen Kapiteln schon präsentiert, gibt es unterschiedliche Zielsetzungen, die bei einer Argumentation für Immigration im Vordergrund stehen können. 1991 veröffentlichte die Québecer Regierung ihre erste Stellungnahme, die sich ausschließlich mit dem Thema Migration in Québec auseinandersetzte: *Au Québec pour bâtir ensemble. Énoncé de politique en matière d'immigration et d'intégration*. In diesem Strategiepapier beschäftigte sich die Provinzregierung unter anderem mit den ihrer Meinung nach wichtigsten Aufgaben, die für die weitere Entwicklung Québecs bewältigt werden müssen, und wie diese durch Immigration beeinflusst werden können. Dabei definierte sie vier Bereiche von Herausforderungen (vgl. Gouvernement du Québec 1991). Für die Québecer Regierung sind die vier Kategorien nach wie vor die Kernbereiche der Immigrationspolitik und Entwicklung Québecs, sodass sie die 1991 getroffene Einteilung bis heute grundsätzlich nicht verändert hat. Im Laufe der Jahre wurde jedoch die verwendete Terminologie teilweise verändert. In den letzten Veröffentlichungen wurde besonders die Idee der Herausforderung noch mehr unterstrichen. 2008 (vgl. Gouvernement du Québec 2008) werden die Rubriken folgendermaßen bezeichnet: demographische Herausforderung (*l'enjeu démographique*), Herausforderungen wirtschaftlicher Natur (*l'enjeu en nature économique*), sprachliche Herausforderung (*l'enjeu linguistique*) und die Öffnung gegenüber der Welt (*l'ouverture vers le monde*).

Es handelt sich bei diesen vier Kategorien um Herausforderungen im doppelten Sinn. Auf der einen Seite geht es um Probleme, die auf die Québecer Gesellschaft in den nächsten Jahren zukommen bzw. sich in den letzten Jahren verstärkt haben und die ihren Ursprung in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte haben. Es sind dies typische Schwierigkeiten einer Gesellschaft einer Industrienation, wie sie in den meisten westlichen Ländern in den letzten Jahren zugenommen haben. Auf der demographischen Ebene steht hier an erster Stelle die Überalterung der Bevölkerung. Man geht weiters davon aus, dass gerade dadurch auch Konsequenzen für die Wirtschaft der jeweiligen Länder entstehen. Hier soll Immigration helfen, den Prozess zu verlangsamen und negative Folgen abzuschwächen. Auf der anderen Seite kann Immigration nicht nur negative Konsequenzen verringern, sondern Schwierigkeiten

verstärken. Um diese Art der Herausforderung handelt es sich vor allem im sprachlichen Bereich. Durch vermehrten Zuzug von nicht frankophoner Bevölkerung und der dadurch stärker spürbaren Mehrsprachigkeit der Gesellschaft werden die Befürchtungen, dass das Französische aus dem Alltag verdrängt werden würde, genährt. Genauso wie im sprachlichen Bereich können durch Migration und die dadurch gesteigerte kulturelle Diversität vermehrt Probleme im Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen auftreten. Dieser Entwicklung wird durch die Idee *ouverture vers le monde* Rechnung getragen. Die zweite Seite spricht also Herausforderungen an, die durch die Immigration erst vermehrt zu solchen werden und somit neue Aufgaben für die Gesellschaft und die Regierung bedeuten.

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Ansatzpunkte und Schwierigkeiten in den vier Kategorien, wie sie von der Quebecer Regierung präsentiert werden, dargestellt. Unterstrichen werden auch die Verknüpfungen und die gegenseitige Beeinflussung aus den jeweiligen Bereichen und besonders, welche Veränderungen in den letzten 20 Jahren auszumachen sind.

4.1. *L' enjeu démographique*

Wenn es um die demographischen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte geht, reiht sich Québec in die lange Reihe der Industrienationen mit ähnlichen Problemen. Nicht nur die Schwierigkeiten entsprechen denen anderer westlicher Nationen, sondern die Gegenüberstellung der Entwicklung zeigt auch annähernd identische Muster, und Kanada führt ebenfalls an, dass die Situation mit der in anderen Ländern vergleichbar ist (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 5). Die Entwicklung Québecks weist kleine Besonderheiten auf, auf die ich an der jeweiligen Stelle eingehe.

Als größte Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte wird die Überalterung der Bevölkerung gesehen. Die bereits seit den 60er Jahren erkennbaren Tendenzen sollen immer rascher steigen.

Zur Messung des steigenden Alters werden zwei Parameter herangezogen. Die erste Grundlage ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Für Gesamtkanada ist dieses in weniger als einem Jahrzehnt um mehr als ein Jahr gestiegen. 2001 lag es noch bei 37,1 Jahren und wird für 2008 bereits mit 38,8 angegeben (vgl. a.a.O: 4). Dabei

spielt auch die baby-boom Generation eine Rolle. „[...] the average age of residents tends to increase as baby boomers move through their life cycle and are not replaced by immigrants and their families. Population begins to dwindle, fostering a cycle that perpetuates itself. “ (a.a.O: 31)

Der zweite Anhaltspunkt für die Analyse der Überalterung ergibt sich aus dem Verhältnis unterschiedlicher Altersgruppen. Grundsätzlich wird hierbei die Gruppe der über 65Jährigen und die Gruppe der unter 15 Jährigen verglichen. Angegeben wird, wie viele Personen aus der ersten Gruppe auf 100 Personen der jungen Bevölkerung kommen. In Québec war 1996 der Anteil der unter 15 Jährigen noch größer als der der über 65 Jährigen, denn auf 100 „Junge“ kamen 63 „Alte“. Hochrechnungen für die ersten Jahrzehnte des neuen Jahrtausends geben jedoch eine drastische Veränderung an, da sowohl der Anteil der jungen Bevölkerung fallen als auch die Zahl der über 65Jährigen stark ansteigen wird. Wie groß der Wandel sein wird, hat auch eine geographische Komponente, denn für die unterschiedlichen Regionen Québecs werden signifikante Unterschiede prognostiziert. So wird der Rückgang der Gruppe der unter 15 Jährigen für die nächsten 30 Jahre mit Zahlen zwischen über 40% und 5,1% angegeben. Letzteres wird für Laurentides angegeben. Diese Region liegt nahe dem stärksten Zuzugsgebiet und dem größten Siedlungsbereich für Immigrierende: Montréal. Also selbst in begünstigten Gebieten, deren Bevölkerung besonders durch Immigration noch anwachsen wird, wird davon ausgegangen, dass die junge Bevölkerung in den nächsten Jahren stark zurückgeht. Für den gleichen Zeitraum wird das Anwachsen der Bevölkerung über 65 für ganz Québec mit bis zu 122% angenommen (vgl. CRI 2000: 17). Prognosen gehen davon aus, dass ab 2019 in Québec mehr Personen leben, die über 65 Jahre alt sind als unter 20 Jahren alt sind (vgl. Gouvernement du Québec 2004: 42).

Ein anderer Vergleich geht davon aus, dass es bereits 2026 fast doppelt so viele Personen über 65 Jahre wie unter 15 Jahre geben wird, wenn auf 100 der letzten Gruppe 178 Personen der ersten Gruppe kommen. In dieser Entwicklung übernimmt Québec eine Vorreiterrolle: „Selon les Nations Unies, c'est le rythme le plus rapide qui sera observé dans les pays industrialisés.“ (CRI 2000 : 17) Dies gilt auch im Vergleich mit dem übrigen Kanada. Während in Québec die Gruppe der Ältesten sich in nur 30 Jahren von 12% auf 24% verdoppeln soll, geht man davon aus, dass der

gleiche Prozess in Kanada 45 Jahre benötigen wird. (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 7)

Um spezifische Entwicklungen oder Veränderungen, die für gewisse Bereiche von großer Bedeutung sind, herauszustreichen, werden auch andere Altersgruppen verglichen. In Verbindung mit den wirtschaftlichen Überlegungen und Argumenten für Immigration ist vor allem der Vergleich innerhalb der aktiven Bevölkerungen von Interesse. Um Veränderungen für den Arbeitsmarkt vorhersehen zu können, werden die Jüngsten und die Ältesten der Arbeitskräfte verglichen. In der ersten Gruppe sind Personen zwischen 15 und 24 Jahren, in letzterer sind 55-Jährige bis 64-Jährige zusammengefasst. Vergleiche und Hochrechnungen hinsichtlich ihrer Entwicklung zielen vor allem darauf ab, die Veränderungen der Anzahl der Arbeitskräfte abzuschätzen. Rein auf demographischen Prognosen basierende Überlegungen gehen davon aus, dass 2026 nur mehr drei Personen in den Arbeitsprozess eintreten, allerdings vier Arbeitsplätze von Personen, die altersbedingt aus dem Arbeitsprozess ausscheiden ersetzt werden sollen (vgl. CRI 2000: 17f). Dies würde auf einen Mangel an Arbeitskräften hindeuten, bezieht aber andere wichtige Faktoren, wie etwa die Veränderungen der Arbeitswelt, nicht mit ein. Allerdings gehen auch die Prognosen aus dem Jahr 2007 von einem starken Altern der aktiven Bevölkerung aus, die weiter zu einem Rückgang der Arbeitskräfte führen wird (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 9). Dies könnte sogar einen Rückgang des Lebensstandards nach sich ziehen (vgl. a.a.O: 18).

Der Wandel der Bevölkerungsstruktur ist vor allem auf zwei Faktoren zurück zu führen: höhere Lebenserwartung und sinkende Geburtenrate. Das Augenmerk richtet sich auf letzteres, weil durch eine höhere Zahl an Geburten auf mehreren Ebenen positive Effekte für die Gesellschaft erreicht werden können. Dies ändert nichts daran, dass die steigende Lebenserwartung einen beachtlichen Einfluss auf das Altern der Bevölkerung hat. In den letzten Jahren hat sich die durchschnittliche Lebensdauer nämlich um fünf Jahre verlängert. 1980 betrug sie nur 75 Jahre und wird derzeit mit 80 Jahren und mehr angegeben. (vgl. a.a.O: 6)

Die Geburtenrate spielt gerade für Québec eine entscheidende Rolle, auch aus einer historischen Perspektive. Wie im geschichtlichen Kapitel gezeigt, war im 17. Jahrhundert die hohe Geburtenrate ausschlaggebend für die Entwicklung Québécois. Dies dürfte seine Spuren bis ins 20. Jahrhundert gezogen haben, denn die Provinz

galt noch bis in die 1950er und 1960er Jahre als sehr jung mit einer hohen Geburtenrate. Der Rückgang letzterer erfolgte dann aber umso rascher auch bedingt durch den Wandel der Gesellschaft, der während der *Révolution Tranquille* stattfand. Der drastische Rückgang ist in der folgenden Graphik ersichtlich.

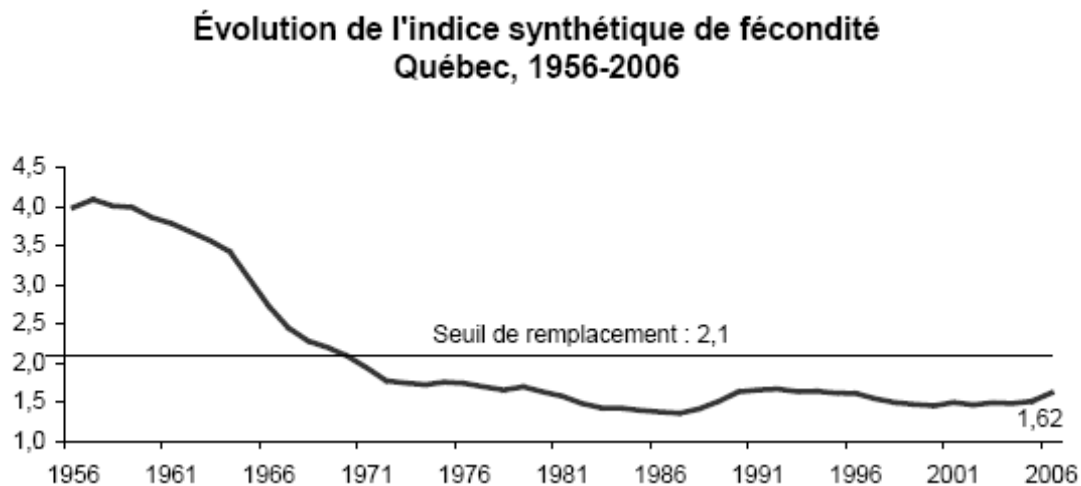


Abbildung 1: aus Gouvernement du Québec 2007: 7

Die magische Marke für die Geburtenrate liegt bei 2,1 Kindern pro Frau, denn so viele Geburten sind notwendig, um sicherzustellen, dass eine Generation durch die nachfolgende Generation ersetzt wird. Bereits seit den 1970er Jahren wird diese Marke in Québec nicht mehr erreicht, sondern liegt meist zwischen 1,4 und 1,7. Da sie seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr über 1,5 Kindern lag, stellt also die Geburtenrate von 1,62 im Jahr 2006 bereits einen leichten Anstieg dar. Es wird jedoch nicht davon ausgegangen, dass die steigende Tendenz weiter anhält. (vgl. a.a.O: 6)

Neben der Überalterung der Bevölkerung gibt es noch einen weiteren wichtigen Bereich, der auf der demographischen Ebene und im Zusammenhang mit Immigration diskutiert wird: das Bevölkerungswachstum. Auch dabei ist die Geburtenrate ein entscheidender Faktor. Zur Messung des Bevölkerungswachstums wird sie der Sterberate gegenüber gestellt. Ist letztere Rate höher als die der Geburten, so ist kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr vorhanden (vgl. a.a.O: 8). Dies ist zwar augenblicklich noch nicht der Fall, aber Prognosen aus dem Jahr 2002 gehen davon aus, dass er bereits zwischen 2022 und 2027 eintreten werde (vgl.

Gouvernement du Canada 2002). Die effektivste Variante, dies zu verhindern, ist die Erhöhung der Geburtenrate, weshalb die Québecer Regierung 1991 auch Maßnahmen in der Familienpolitik vorsah (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 8). Wie aber die Statistiken unterstreichen, haben diese Maßnahmen in den letzten 20 Jahren, wenn überhaupt, so nur sehr geringe Wirkung gezeigt, denn die Geburtenrate ist kaum gestiegen. Es ist auch nur schwer festzustellen, ob der Anstieg auf die familienpolitischen Maßnahmen zurückzuführen ist und wird in den analysierten Dokumenten nicht thematisiert. Es werden in den letzten Jahren auch keine explizit familienpolitischen Schritte mehr präsentiert (vgl. Gouvernement du Canada 2008; Gouvernement du Québec 2007).

Hauptsächlich verfolgt die Regierung den Lösungsweg, das Bevölkerungswachstum durch Immigration zu verstärken. Man geht sogar davon aus, dass in gut einem Jahrzehnt „[...] le solde migratoire sera donc tout probablement la seule source de croissance de la population québécoise.“ (Gouvernement du Québec 2007 : 12) Der Anteil der Immigrierenden am Bevölkerungswachstum ist in den letzten Jahre bis auf über 50% gestiegen wie auch die Grafik verdeutlicht.

**Part de la croissance de la population attribuable au solde migratoire
1985 à 2006**

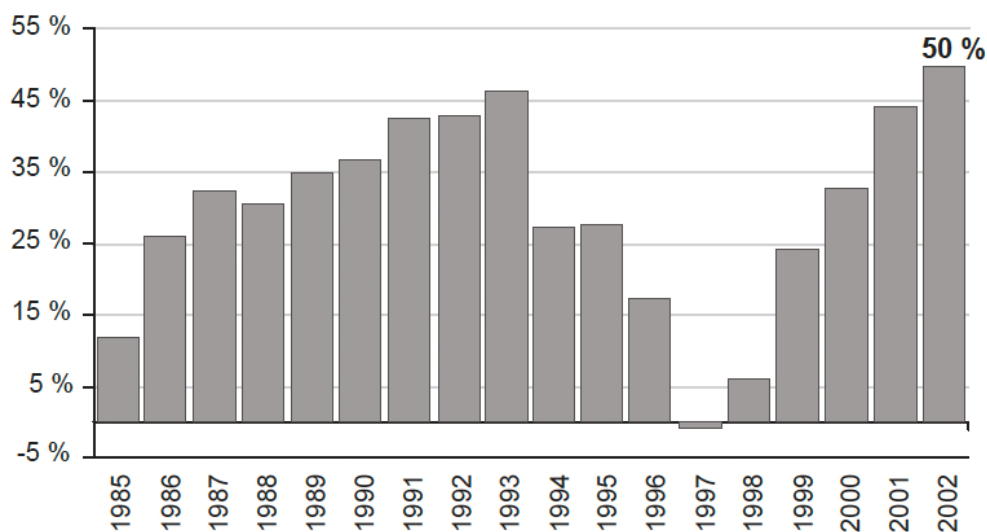


Abbildung 2: aus Gouvernement de Québec 2004: 40

Die Québecer Regierung hoffte bereits 1991, die Bevölkerung für die Wichtigkeit von Immigration sensibilisieren zu können, indem sie die möglichen Konsequenzen von Bevölkerungsrückgang darlegte (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 7). Grundsätzlicher Ausgangspunkt waren damals drei Folgeerscheinungen. Erstens wird für die Wirtschaft ein Rückgang der Produktivität befürchtet, da ja, wie oben erwähnt, u.a. mit einer kleineren Bevölkerung auch eine geringere Zahl an Arbeitskräften einhergeht. Das Bevölkerungswachstum ist zweitens auch entscheidend für den Fortbestand der Größe der Québecer Gesellschaft hinsichtlich ihres demographischen Gewichts. Dieses wiederum steht direkt im Zusammenhang mit dem politischen Gewicht der Provinz. Eine geringere Bevölkerung würde also einen politischen Verlust bedeuten, welcher mit dem dritten Faktor verbunden ist, der finanziellen Unterstützung der Provinz durch die föderale Regierung. Denn auch die monetären Mittel, die die Provinz erhält, hängen von dem Anteil seiner Bevölkerung im Vergleich zu der Bevölkerung der anderen Provinzen und Territorien ab. (vgl. a.a.O: 8)

Die gleichen Überlegungen finden sich auch in der Planung der Immigration für die Jahre 2008 – 2010 wieder (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 9ff). Hinsichtlich des Bevölkerungswachstums gehen neuere Berechnungen davon aus, dass 2030 der Scheitelpunkt mit etwas mehr als acht Millionen Leuten erreicht sein wird. Danach werde die Bevölkerung zurückgehen (vgl. a.a.O.: 9). Zahlen belegen auch, dass der Rückgang des Anteils der Québecer Gesellschaft im Vergleich zur gesamtkanadischen bereits stattfindet. 1971 lag der Anteil noch bei 27,9%. 35 Jahre später, 2006, zählte die Québecer Bevölkerung nur noch 23,9%. Man geht von einem weiteren Rückgang auf 21% im Jahr 2031 aus. Zwei Gründe werden für diese Tendenzen angegeben. Einerseits ist die Geburtenrate in Québec unter dem Durchschnitt Gesamtkanadas. Andererseits scheint Immigration als Lösung nicht so stark zu greifen wie in andern Provinzen. Hier wird sowohl die Migration zwischen den Provinzen als unter dem Durchschnitt liegend angeführt, als auch die internationale Immigration. Diese ist nämlich nach wie vor geringer, als der Vertrag zwischen Kanada und Québec es vorsieht. (vgl. Gouvernement du Québec 1998; Gouvernement du Québec 2007: 11) Betreffend die finanziellen Auswirkungen wird nicht nur die Einnahmenseite, also die geringere Unterstützung durch die föderale Regierung, sondern auch die Ausgabenseite angeführt. Dabei geht es nicht nur um den Rückgang der Bevölkerung, sondern vor allem auch um die Überalterung. Diese

wird in den kommenden Jahren vor allem die Kosten im Gesundheitswesen ansteigen lassen (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 11). Diese finanzielle Komponente wurde besonders auch 2004 von der Regierung betont, da in den Jahren davor der Anstieg der Schulden immer offensichtlicher geworden war (vgl. Gouvernement du Québec 2004: 26ff).

Gleich geblieben ist in all den Jahren die Überzeugung, dass der Wandel der Bevölkerungsstruktur nicht abwendbar ist. Geändert hat sich wohl am meisten die Annahme im Bezug auf die Geschwindigkeit der Veränderungen. Auch die Szenarien sind detaillierter ausgearbeitet. Im Dokument von 1991 schien die Situation noch nicht so dramatisch und man sprach sogar von der Möglichkeit die Bevölkerung durch Immigration zu verjüngen. Man hoffte auch das Auseinanderdriften in der Altersstruktur verringern zu können sowie das demographische Gewicht zu halten. Neben Immigration wurde aber auch noch mehr auf den Anstieg der Geburtenrate gesetzt (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 9). Gerade in diesem Punkt hat sich in den letzten Jahren eher Ernüchterung breit gemacht. Auch wenn die Geburtenrate 2006 leicht angestiegen war, wurde dies nicht als eine neue Tendenz präsentiert, die sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 13). Schon 2000 war man davon ausgegangen, dass das Schlüsselement für Bevölkerungswachstum Immigration sei, mit deren Hilfe man die negativen Effekte des demographischen Übergangs abfedern könne: „[...] la contribution de l'immigration devient un élément clé au stratégique pour mieux traverser la transition démographique qui s'amène.“ (CRI 2000: 21) Insofern ist auch verständlich, dass 2007 keines der vorgestellten Szenarien für die kommenden Jahre eine Verringerung der bereits existierenden Einwanderungszahlen vorsieht (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 13).

Über alle Jahre hinweg nimmt die demographische Herausforderung einen wichtigen Stellenwert in der Argumentationslinie für verstärkte Immigration ein. Zukunftsszenarien sollen die Dramatik der Situation unterstreichen. In den letzten Jahren werden sie für drei unterschiedlich hohe Einwanderungsniveaus berechnet. Immigration wird verwendet, um den bevorstehenden Bevölkerungsstrukturwandel zu verlangsamen und die prognostizierten negativen Konsequenzen abzufedern.

Évolution de la population du Québec 1951 à 2051

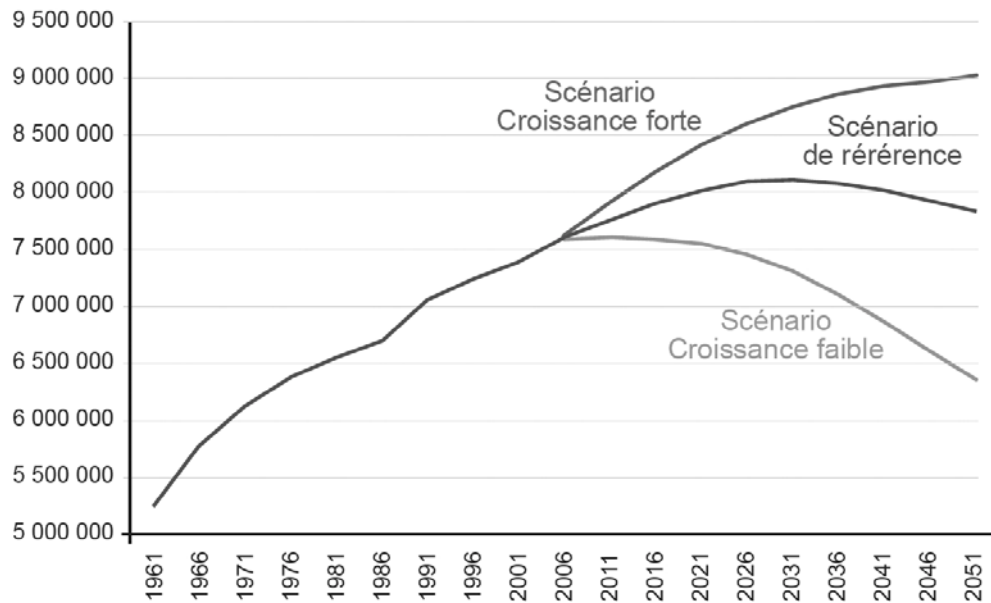


Abbildung 3: aus Gouvernement du Québec 2004: 40

4.2. L'enjeu économique

Quebec und Kanada sind sich einig, wenn es um das Ziel der Wirtschaft geht. Es soll „a strong and prosperous canadian economy“ (Gouvernement du Canada 2002) gefördert werden. Quebec betont den Faktor *prospérité économique* (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 8, 11, 21).

Die entscheidende Größe, wenn es um Immigration und Wirtschaft geht, ist der Bedarf an Arbeitskräften. Der Arbeitsmarkt wird beobachtet und analysiert, um festzustellen, wie hoch der Bedarf und besonders die Aufnahmefähigkeit von neuen Arbeitskräften aus dem Ausland in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt sind. Wichtige statistische Eckdaten hierfür sind die Anzahl der Arbeitslosen genauso wie die Arbeitslosenquote, und die Anzahl und Quote der Arbeitsplätze. (vgl. CRI 2000: 19)

Indem die Zahl der arbeitenden Immigrierenden stetig angehoben werden soll, verfolgt Quebec eine vorausschauende Strategie. Tatsächlicher Arbeitskräftemangel wurde bis jetzt nur für wenige, bestimmte Zweige, wie etwa den Pflegebereich erwähnt. (vgl. Gouvernement du Canada 2002)

Auf die Gruppe der Einwandernden aus ökonomischen Gründen kann durch die Kompetenzen Québecs der größte Einfluss genommen werden,⁴ da sie ja durch das Auswahlraster des Punktesystems bewertet werden. Wie der Vergleich der Raster gezeigt hat, setzt Québec allerdings keine speziellen Akzente im wirtschaftlichen Bereich, sondern folgt der Linie Kanadas. Das Punktesystem betrifft jedoch nur Einwandernde, die einen Antrag für einen unbegrenzten Aufenthalt gestellt haben. Gerade für die Wirtschaft spielen allerdings auch nur zeitlich begrenzt Einwandernde eine Rolle. Auch die Québecer Regierung geht davon aus, dass die notwendige Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte für den ökonomischen Bereich durch spezielle Programme erreicht werden kann, die es dem Bedarf entsprechend zu gestalten gilt (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 37f). Darum existieren schon lange Programme für kurzfristige Einwandernde, die akuten und besonders saisonal bedingten Bedarf abfedern sollen. Als Reaktion auf die ersten Anzeichen eines Mangel an Pflegepersonal etwa wurde Ende der 1990er Jahre das Programm *aides familiaux résidents – live-in caregiver* eingeführt (vgl. Gouvernement du Canada 2002), das weiterhin fortbesteht. Ferner existieren zurzeit Programme für Landarbeiter und Geschäftsleute, sowie ein Programm für Fachkräfte im Bereich der Informationstechnologie, das jedoch mit Ende 2010 ausläuft. (vgl. Gouvernement du Canada 2010a)

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, besteht eine enge Verknüpfung zwischen wirtschaftlichen Überlegungen und demographischen Faktoren. Wie für die Gesamtbevölkerung besteht auch für die arbeitende Bevölkerung die Gefahr der Überalterung. Benannte man 1990 die dadurch entstehenden Schwierigkeiten als „[...] le ralentissement de la croissance de la population active et les besoins prévus de main-d'oeuvre [...]“ (Gouvernement du Québec 1991: 11) so spricht man fast zwei Jahrzehnte später von „diminution de la population d'âge actif“ (Gouvernement du Québec 2007: 18) sowie von bedeutenden Konsequenzen für die Wirtschaft. Statistiken unterstreichen die Veränderung von einem verlangsamten Wachstum hin zu einer Abnahme der arbeitenden Bevölkerung. Ohne Immigration wäre die aktive Bevölkerung bereits zurückgegangen, denn zwischen 1991 und 2001 basierten 60% des Wachstums der aktiven Bevölkerung auf zugewanderten Arbeitskräften. Für 2011 wird prognostiziert, dass sogar 100% der Vermehrung der Arbeitskräfte auf

⁴ Das kanadische System ist generell so angelegt, diese Gruppe am meisten steuern zu können.

Immigration zurück zu führen sind (vgl. a.a.O: 23) und ein Rückgang wird nur wenige Jahre später befürchtet: 2013 (vgl. a.a.O: 24).

Weitere Verbindungen finden sich zu sozialen Überlegungen besonders in den 1980er Jahren. Man ging davon aus „[...] que le développement économique est le moteur d'une société ouverte et confiante en son avenir.“ (Gouvernement du Québec 1991: 11) So dezidiert findet sich das in späteren Dokumenten nicht mehr.

Diesem Bild des wirtschaftlichen Bedarfs stehen die Erfahrungen der Neuankommende gegenüber. Die Immigrierenden kommen mit hohen Erwartungen nach Québec, wohl auch, weil sie durch das strenge Raster des Punktesystems bewertet wurden, und treffen auf eine Situation, die nicht ihren Vorstellungen entspricht. Die starke Konkurrenz am Arbeitsmarkt trifft sie oft unvorbereitet, genauso wie der Umstand, dass eine berufliche Umorientierung ihnen nicht nur bessere Chancen bringt, sondern manchmal fast notwendig ist (vgl. CRI 2000: 27). Bereits René Trambly sprach in seiner Rede vor dem Unterhaus an, dass Immigrierenden vor ihrer Einreise nach Kanada ein adäquates Bild der Situation im Land vermittelt werden soll. Über 40 Jahre Einwanderungspolitik und sichtbare Versuche haben dies jedoch nicht maßgeblich verändern können.

Doch nicht nur geringe Bereitschaft zum Wandel steht dem wirtschaftlichen Erfolg der Neuankommenden entgegen. Auf der Seite der Regierungen und Arbeitnehmer steht vor allem das Problem der Nichtanerkennung von im Ausland absolvierten Qualifikationen. Québec präsentiert, um dem abzuhelpen, Mitte der 2000er Jahre endlich verstärkte Maßnahmen. (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 31)

Insbesondere Angehörige der *minorités visibles* – *visible minorities* sehen sich auch mit einer skeptischen Haltung der Arbeitgeber konfrontiert (vgl. CRI 2000: 28). Studien der letzten 30 Jahre hinsichtlich des wirtschaftlichen Erfolgs von Immigrierten zeigen die Folgen dieser Schwierigkeiten auf. Gibt es auch regionale Unterschiede, so finden sich die gleichen Tendenzen in ganz Kanada. Die Untersuchungen zeigen, dass Ungleichheiten sowohl gegenüber den früheren Einwanderungsgenerationen (vgl. Gouvernement du Canada 2002; Gouvernement du Canada 2008: 19f) als auch im Vergleich mit den in Kanada geborenen Arbeitskräften (vgl. CRI 2000: 25ff; Gouvernement du Canada 2002; Gouvernement du Canada 2008: 19f; Gouvernement du Québec 2007: 24) bestehen. Die

Konsequenzen, die daraus gezogen werden, zeichnen sich noch nicht sehr deutlich ab (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 21). Die Québecer Regierung schließt daraus aber nicht, dass die Einwanderungszahlen notwendigerweise gedrosselt werden müssen, sondern hat den Vorsatz, die Situation weiter genau zu analysieren und die Maßnahmen zur (wirtschaftlichen) Integration zu verstärken. (vgl. a.a.O: 24)

Die ökonomisch motivierte Immigrationpolitik beschäftigt sich also vornehmlich mit Zukunftsszenarien, die es abzuwenden gilt. Die Szenarien werden jedoch mehr und mehr detailliert ausgearbeitet. Dies ist ein Indiz dafür, dass generell die Aufmerksamkeit gegenüber den Vorteilen von Immigration für die wirtschaftliche Entwicklung gewachsen ist und spezialisierter wurde.

4.3. *L'enjeu linguistique*

Auf den ersten Blick ist die Sprache der offensichtlichste Unterschied Québecks im Vergleich zum Rest Kanadas. Québec ist die einzige Provinz im sonst offiziell zweisprachigen Kanada, die seit über 30 Jahren nur Französisch als offizielle Sprache führt. Sowohl statistische Erhebungen als auch Aussagen in den politischen Dokumenten bestätigen den ersten Eindruck: Das Französische ist ein Unterscheidungsmerkmal und wird auch als solches propagiert. 80% der Bevölkerung Québecks geben Französisch als ihre Erstsprache an (vgl. Gouvernement du Québec 2006) und außerhalb großer Städte ist die erste auch oft die einzige Sprache die beherrscht, aber vor allem im täglichen Leben verwendet wird.

Im politischen Diskurs kommt hinzu, dass es sich nicht nur um die offizielle Sprache handelt, sondern dem Französischen noch weitere Bedeutung zugeschrieben wird. Französisch ist das charakteristischste Merkmal der modernen Quebecer Gesellschaft und ist also „[...] l'élément le plus significatif“ (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 12). Weiters wird die Sprache auch als ein identitätsstiftendes Element präsentiert: „L'identité du Québec est d'abord fondée sur sa langue et sa culture.“ (vgl. Gouvernement du Québec: 2004: 173) Die Sprache ist nicht nur grundlegender Teil Québecer Identität, sondern bringt dies vor allem auch zum Ausdruck. „Élément fondateur du caractère distinct de la société québécoise, le fait français en constitue son expression la plus significative et la plus visible.“ (vgl.

Gouvernement du Québec 2007 : 25) Die französische Sprache stellt also einen der entscheidendsten Teile dar, wenn es um die Besonderheit Québecs und seiner Gesellschaft geht. Sie wird als bedeutungsvoller und auch sichtbarster Ausdruck der Andersartigkeit präsentiert. Die über die Sprache definierte Besondersartigkeit hat zwei unterschiedliche Aufgaben. Die eine ist ein verbindendes Element, denn über sie soll die Einheit der Provinz verstärkt werden. Zu diesem vereinenden Element kommt auch die klare Grenzziehung nach außen. Es soll eine dezidierte Abgrenzung gegenüber den anderen Teilen Kanadas erreicht werden. Die Besonderheit der québecer Gesellschaft wird durch die sprachliche Einzigartigkeit auf dem Nordamerikanischen Kontinent noch verstärkt. Außerhalb Québecs finden sich dort nämlich nur sehr wenige, kleine Gruppen, in denen Französisch gesprochen wird. Die Frankophonen Québecs bilden die größte Gruppe an Französischsprachigen, die noch dazu die Mehrheit in der Bevölkerung stellen (vgl. a.a.O: 1). Québec sieht sich also auch als letzte Bastion des Französischen in Nordamerika.

Zuwandernde wurden lange Zeit als Bedrohung der Eigenarten der Québecer Kultur, insbesondere der Sprache gesehen. Man ging davon aus, dass Einwanderung überwiegend den Interessen der anglophonen Bevölkerung diene. Die französischsprachige Bevölkerung sah die Gefahr, dass die frankophonen Besonderheiten in eine Minderheitensituation gedrängt würden, in Québec genauso wie im Rest Kanadas. Erfahrungen mit den wenigen, die nach Québec migrierten, schienen diese Annahmen zu bestärken. Die Volkszählung 1971 zeigte, dass Personen aus der Gruppe der allophonen Einwandernden eher englisch als französisch lernten. Zusätzlich waren sie bemüht sich in die anglophone Welt zu integrieren. Dies gelang meist sehr schnell, oft schon in der zweiten Generation (vgl. Veltman 1998: 310). Ein Grund dafür lag wohl in dem vergleichsweise geringen Status der frankophonen Wirtschaft. Weiters genoss das Französische am nordamerikanischen Kontinent eigentlich kein Ansehen. Abgerundet wurden diese beiden Faktoren dadurch, dass Québec seiner kulturellen Integrität den Vorzug gegenüber einer Offenheit für andere Traditionen und Religionen gab (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 5). Auch neuere Zahlen belegen, dass durch Migration die Vorherrschaft des Französischen ins Wanken geraten kann. Dies zeigt etwa die sprachliche Situation in Gebieten mit langer Immigrationstradition. In Québec handelt es sich hier vor allem um die Metropole Montréal sowie ihr Umland. Dieses Gebiet ist sozusagen ein Migrationsmagnet, denn der Großteil der nach

Québec Einwandernden zieht auf oder in die Nähe von *l'île Montréal*. Dieser Trend konnte auch durch Regionalisierungsmaßnahmen in den letzten Jahrzehnten nur sehr bedingt verändert werden. 1986 siedelten sich etwas mehr als 87% der Neuankommenden in diesem Gebiet an (vgl. a.a.O: 73). Mitte der 2000er Jahre waren es nur mehr 83% (vgl. Gouvernement du Québec: 2007: 37). Dies bedeutet jedoch gerade mal eine Veränderung von 4 Prozentpunkten. Zu bedenken ist weiters, dass die Anzahl der Immigrierenden in diesen Jahren stetig leicht angestiegen ist. Der starke Zuzug von internationalen aber auch interprovinziellen Einwandernden hat Auswirkungen auf der sprachlichen Ebene. In Montréal gaben nur 50% Französisch als ihre Erstsprache an, 18% zählten zur Gruppe der Anglophonen und 32% zu den Allophonen (vgl. Gouvernement du Québec 2006). Sollten sich also allophone Zuwandernde nach wie vor mehrheitlich für eine Integration in die anglophone Sprache und Kultur entscheiden, geht der Anspruch, dass Montreal mehrheitlich französischsprachig ist, nach und nach verloren.

Wenn es um Sprache und Migration in Québec geht, spielen also hauptsächlich zwei Faktoren zusammen. Einerseits macht die Sprache einen wichtigen Teil der Identität aus, andererseits kann es durch Immigration zu einer stärkeren Durchmischung mit anderen Sprachen kommen. Daher stehen Überlegungen betreffend Sprachen und Sprachenpolitik in Québec auch oft vor der Aufgabe, der Angst vor Bedeutungsverlust entgegenzuwirken.

In den letzten Jahrzehnten, besonders seit der *Révolution Tranquille* gilt vor allem ein Ziel: Französisch soll zur gemeinsamen Sprache des öffentlichen Lebens werden. So sieht etwa die *Charte de la langue française* vor, dass Französisch die Sprache des Staates, der Regierung und folglich der Gesetze ist. Französisch soll aber auch die übliche Arbeits- und Kommunikationssprache sein. Dies soll sich eben nicht nur auf die Geschäfte der Regierung, sondern auf alle Geschäfte und besonders auch auf den Handel beziehen. (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 16)

Im Kontext von Migration werden zwei Strategien verfolgt. Der Anteil derer, die schon bei ihrer Ankunft in Québec Französisch sprechen, soll gehoben werden. Außerdem wird das Erlernen des Französischen propagiert und gefördert.

Der Anteil der frankophonen unter den Immigrierenden lässt sich nur begrenzt beeinflussen. Doch Québec hat hierfür grundsätzlich zwei Ansatzpunkte. Einerseits

werden die Mechanismen des kanadischen Selektionssystems dementsprechend angepasst, genauer gesagt das Auswahlraster des Punktesystems. Wie in dem vorangegangenen Kapitel gezeigt, gilt Französisch automatisch als die erste Sprache, wohingegen Immigrierende in anderen Provinzen Kanadas die Sprache, die als erste offizielle Sprache bewertet wird, wählen können. Weiters können durch Französischkenntnisse im Québecer Raster mehr Punkte erreicht werden, nämlich 16, als durch Englischkenntnisse, nämlich nur sechs. Zusätzlich können auch Französischkenntnisse des begleitenden Partners weitere sechs Punkte einbringen.⁵ Diese Auswahlkriterien werden aber nur auf Personen angewandt, die sich bereits um Immigration beworben haben und dann auch hauptsächlich nur auf die Gruppe der Immigrierenden aus ökonomischen Gründen. Es gilt also andererseits, auch diese Gruppe mit mehr frankophonen Interessenten zu füllen, um mehr französischsprachige Einwanderer für Québec erhalten zu können. Deshalb wurden besonders in den 1990er Jahren die Beziehungen zu frankophonen Ländern verstärkt.

Pour atteindre ses objectifs ambitieux, des campagnes de recrutement ont été menées en Europe (France, Belgique, Suisse, Roumanie), en Afrique (Maghreb, Afrique francophone) ou ailleurs (Vietnam, Liban, Syrie, etc.) notamment avec l'appui de bureaux d'immigration québécoise disséminés dans le monde. (Parant 2001:14)

In die Rekrutierungskampagne wurden also durch die auswärtigen Büros gezielt Länder mit frankophoner Bevölkerung einbezogen.

Statistiken bestätigen, dass die Bemühungen auch wirklich einen Erfolg gebracht haben. Der Anteil derer, die bei ihrer Ankunft in Québec bereits französisch sprechen, ist gestiegen. Gaben Mitte der 1990er Jahre nur 40% der Neuankommenden an, über Französischkenntnisse zu verfügen, so waren es 2006 bereits 58%. Wird dieser Anstieg auch als Erfolg gewertet, so schließt Québec daraus nur, dass die Bemühungen weiter gehen müssen, damit noch mehr Einwandernde bereits über Französischkenntnisse verfügen, wenn sie in die Provinz einreisen (vgl. Gouvernement du Québec 2007: viii). Der Provinzregierung ist jedoch bewusst, dass das Kontingent an Frankophonen eher begrenzt ist. Deshalb möchte sie auch den Spracherwerb außerhalb Québecs bewerben. (vgl.a.a.O.: 32)

⁵ Vgl. die Auswahlraster im Anhang

Zu den Bestrebungen, eine mehrheitlich französischsprachige Gesellschaft zu erhalten, gehört aber eben nicht nur, möglichst viele französisch Sprechende zu motivieren, nach Québec zu migrieren. Die weitere Strategie ist, das Erlernen des Französischen in Québec zu fördern. Ein wichtiger Faktor bei der Sprachwahl von Einwandernden ist, wie rasch sie mit der Sprache der Aufnahmegesellschaft in Kontakt kommen. Für Québec bedeutet dies, dass Neuankommende möglichst schnell ans Französische herangeführt werden sollen, um die Sprachwahl zu n Gunsten zu beeinflussen. So wurden bereits Ende der 1960er Jahre die *Centres d'orientation et de formation des immigrants* geschaffen (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 58). Seit den späten 1980er Jahren war eines der expliziten Ziele auch die Entwicklung von besseren Möglichkeiten für Einwandernde, französisch zu lernen (vgl. a.a.O: 20). Dabei wird in den in den letzten Jahren versucht stärker, auf Bedürfnisse einzugehen. Zu aller erst die Bedürfnisse der Lernenden. So arbeitete man etwa mit unterschiedlichen Organisationen, (Hoch)Schulen aber auch Unternehmen zusammen, um den Zugang zu den Kursen möglichst leicht zu gestalten. Es werden Kurse über das Internet angeboten sowie mit unterschiedlicher Intensität. Aber auch auf den zeitlichen Aufwand, den die Lernenden leisten können, wird Rücksicht genommen. Die Wochenstundenzahl liegt je nach Kurs zwischen vier und 30 Stunden (vgl. Gouvernement du Québec 2009: 2ff). Zusätzlich werden auch die Bedürfnisse der Lernenden als Arbeitnehmer bedacht. So fließen auch die Bedürfnisse der Wirtschaft hinsichtlich spezieller Französischkenntnisse ein. Dementsprechend gibt es auch ein Angebot an „cours de français spécialisés“ (a.a.O: 10). Diese sollen den Lernenden auch mehr Karrierechancen bieten (vgl. a.a.O).

Karrierechancen alleine sind aber wohl nicht Anreiz genug für die Sprachwahl von Immigrierenden. Darum betont die Québecer Regierungen über all die Jahre immer wieder, dass die moderne Québecer Gesellschaft Französisch als gemeinsame Sprache des öffentlichen Lebens hat (vgl. Gouvernement du Québec 1991, Gouvernement du Québec 2004, Gouvernement du Québec 2007). Zusätzlich werden Französischkenntnisse als notwendiges Element der Integration propagiert: „québécois, l'apprentissage du français et son adoption comme langue commune de la vie publique constituent des conditions nécessaires à l'intégration.“ (Gouvernement du Québec 1991: 17) Kenntnis und Verwendung der Sprache „jouent un rôle moteur dans le processus d'intégration“ (vgl. a.a.O: 57). Die

gemeinsame Sprache ermöglicht erst die Kommunikation mit anderen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. (vgl. a.a.O)

Für eine erfolgreiche Integration ist aber die Beherrschung der Landessprache allein nicht ausreichend. Québec nimmt dies aber als Indiz dafür, dass sich die Eingewanderten der Gesellschaft zugehörig fühlen: „Pour l'immigrant, l'apprentissage du français vient appuyer le développement de son sentiment d'appartenance à la communauté québécoise.“ (a.a.O: 32) Bedenkt man die wichtige Stellung des Französischen in der Gesellschaft, so ist diese Einstellung durchaus nachvollziehbar.

Einer Politik, die so deutlich nur auf eine Sprache fokussiert, könnte vorgeworfen werden, sie schätze den sprachlichen Beitrag der neuen Mitbürger nicht wert und wolle lieber (sprachliche) Assimilation als Integration. Doch bereits mit dem ersten offiziellen Dokument zur Immigration nimmt die Québecer Regierung den Kritikern den Wind aus den Segeln indem sie folgendes klarstellt:

Cette valorisation du français comme langue officielle et langue de la vie publique n'implique toutefois pas qu'on doive confondre maîtrise d'une langue commune et assimilation linguistique. En effet, le Québec, en tant que société démocratique, respecte le droit des individus d'adopter la langue de leur choix dans les communications à caractère privé. De plus, il considère que le développement des langues d'origine constitue un atout économique, social et culturel pour l'ensemble de la population québécoise. (a.a.O: 17)

Die Bedeutung von Mehrsprachigkeit wird auch noch an anderen Stellen betont. Es geht dabei jedoch nicht immer nur um den Erhalt der ursprünglichen Sprachen, sondern besonders um Englischkenntnisse (vgl. a.a.O: 14, 32). Die Idee, dass die Beherrschung anderer Sprachen auch wirtschaftliche Vorteile für die Provinz bringen kann, bleibt bis heute bestehen. Doch der Fokus wandert von Englischkenntnissen (vgl. Gouvernement du Québec 2004: 101) in letzter Zeit auch auf andere Sprachen. Die Beherrschung der Sprache des Herkunftslandes wird als Möglichkeit präsentiert, neue bilaterale Beziehungen zu knüpfen. Hier könnten Migrierende durch ihre Sprachen und Landeskenntnisse eine zentrale Rolle einnehmen (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 23). Diese veränderte Einstellung zu den ursprünglichen Sprachen der Eingewanderten hängt wohl auch mit veränderten wirtschaftlichen Perspektiven zusammen. Indiz für die ökonomischen Interessen ist, dass nicht nur die linguistische Ebene angesprochen wird, sondern auch Kenntnisse in Bezug auf die Besonderheit der Märkte. (vgl. a.a.O.)

Bei einer oberflächlichen Betrachtung könnte der Eindruck entstehen, dass gerade die linguistische Komponente in den letzten Jahrzehnten eine Veränderung durchlaufen hat. 1991 lautete die Überschrift noch recht kämpferisch „La pérennité du fait français“ (vgl. Gouvernement du Québec 1991: IV, 12ff). Gut 15 Jahre später spricht man vordergründig von „enjeu linguistique“ (vgl. Gouvernement du Québec 2007: III, 25ff). Doch wenn es um Sprache und Immigration geht, verfolgt Québec in den letzten Jahrzehnten die gleichen Strategien: den Anteil der frankophonen Einwandernden erhöhen und die Französischkenntnisse der Neuankommenden möglichst schnell verbessern, so dass sie Teil der Québécoiser Gesellschaft werden (können), die als gemeinsame Sprache des öffentlichen Lebens das Französische hat.

Bemerkenswert ist, dass auch nach 20 Jahren die Wichtigkeit des Französischen nach wie vor sehr betont wird. Dies ist ein Indiz dafür, dass es noch immer nicht zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Auch ein Vergleich mit dem Dokument über das gesamtkanadische Einwanderungsprogramm bestätigt den Eindruck, dass in Québec die sprachliche Ebene bedeutend mehr betont wird. Dort wird die sprachliche Komponente weniger oft erwähnt und der Spracherwerb in nur einem kurzen Absatz abgehandelt (vgl. Gouvernement du Canada 2002). Weiters hat sich auch nur auf den ersten Blick die verwendete Sprache verändert, denn man spricht weiter vom Fortbestand des „fait français“ und unterstreicht die Wichtigkeit der Auswahl und der sprachlichen Integration (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 27). Es wirkt, als wäre das Québécoiser Konzept der sprachlichen Integration bis dato noch nicht vollständig aufgegangen und die Idee, dass Immigration auch eine Bedrohung für die Québécoiser Sprache und Kultur darstellt, noch nicht überwunden.

4.4. *L'ouverture vers le monde*

„Öffnung gegenüber der Welt“ bezieht sich in den Dokumenten der Provinzregierung auf gesellschaftliche Implikationen der Immigration. Dabei handelt es sich auch oft um soziokulturelle Konsequenzen. Da gerade in Québec die Kultur sehr stark mit der Sprache verknüpft ist, spielen Überlegungen der linguistischen Ebene auch in diesen Bereich hinein. Die größten gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten hundert Jahren in Québec fanden aber nicht durch Immigration statt. Bis zur Mitte des 20.

Jahrhunderts war die Québécoiser Gesellschaft sehr stark durch die Katholische Kirche geprägt. Vordergründig hatte die Kirche besonders Einfluss auf das Schul- und das Gesundheitswesen, stand aber auch in enger Verbindung mit der konservativen Partei, die wiederum den Traditionalismus und Katholizismus stützte. Dadurch waren auch die Hauptmerkmale der Québécoiser Gesellschaft geprägt: „[...] comme traits distinctifs dominaient d'abord la francité ethnique et linguistique, le traditionalisme rural et la religiosité“ (Bochmann 1997 : 9). In den 1960er Jahren fanden mit der *Révolution Tranquille* tiefgreifende Änderungen statt. Die sichtbarsten Merkmale sind die rasche Säkularisierung, verstärkte Modernisierung und Industrialisierung und damit einhergehend Verstaatlichung von Unternehmen und Industrie, aber auch des Gesundheits- und Schulwesens. Der Wandel, der zuerst auf der politischen und ökonomischen Ebene sichtbar wurde, setzte sich auch in der Gesellschaft fort. Die rasch sinkenden Geburtenraten in den 1960er Jahren sind nur ein Indiz dafür, dass auch die Bevölkerung sich von den Vorstellungen der Katholischen Kirche befreite und neue Wege einschlug. Es änderten sich also auch die Hauptmerkmale, nach denen sich die Gesellschaft ausrichtete. Dies waren von da an „[...] l'esprit modernisateur, l'effectivité économique et l'ouverture vers le monde.“ (a.a.O: 9) Die „Öffnung gegenüber der Welt“ vollzog sich besonders auch über Einwanderung, weshalb dies auch nach wie vor einer der Bereiche der Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration ist.

Um die Veränderung zu unterstreichen und die neue Québécoiser Gesellschaft hervorzuheben, wurde durch die Provinzregierung die Gesellschaft vor und nach der *Révolution Tranquille* unterschieden: „la société québécoise traditionnelle“ stand dem „Québec moderne“ (Gouvernement du Québec 1991: 18) gegenüber. Eine Definition der „beiden“ Gesellschaften fand über die jeweiligen Werte, die von der Regierung als zentral angesehen wurden, statt. Somit wurden diese zum wichtigsten Unterscheidungsmerkmal. Die ursprüngliche Gesellschaft „valorisait le partage d'un modèle culturel et idéologique uniforme par tous les Québécois.“ (a.a.O.) Für die veränderte Gesellschaft wurde vor allem das pluralistische Element hervorgehoben, doch grundsätzlich ruht *le Québec moderne* auf drei Grundsätzen: „une société francophone, démocratique et pluraliste“ (a.a.O: 20).

Als eine weitere wichtige Komponente wurde die Gesellschaft als „dynamisch“ definiert. Um Dynamik zu erhalten, braucht es aber einen Austausch

oder sogar eine Durchmischung der Bevölkerung. Dies kann vor allem durch Einwandernde erreicht werden. Die Regierung propagierte deshalb, dass selbst wenn die ökonomischen und demographischen Argumente für Zuwanderung wegfallen, Immigration trotzdem gefördert werden sollte, um die Aufnahmegesellschaft dynamisch zu halten (a.a.O: 16). Diesen Vorstellungen entsprechend sollte Québec eine Aufnahmegesellschaft sein, in der Immigration ein wichtiger Bestandteil ist. Grundlegende Werte der Gesellschaft wie Frankophonie und Demokratie sollten auch durch den Einfluss von Einwandernden nicht verändert werden können.

Anfang der 1980er Jahre wurden politischen Maßnahmen gesetzt, die sichtbar machten, dass die Provinzregierung den gesellschaftlichen Veränderungen und insbesondere der steigenden kulturellen Diversität Rechnung tragen wollte. 1981 wurden etwa die Kompetenzen des für Immigration zuständigen Ministeriums erweitert. Dementsprechend wurde auch der Name geändert auf „ministère de l'Immigration et des Communautés culturelles“ (a.a.O: 6). Durch die Bezeichnung *communautés culturelles* wird seitdem ausgedrückt, dass die Bürger der Québecer Gesellschaft aus unterschiedlichen kulturellen Traditionen stammen. Der Beziehung zwischen den frankophonen und den anderen kulturellen Gemeinschaften wird in dem im gleichen Jahre erschienenen Aktionsplan *Autant de façons d'être Québécois* diskutiert. Wichtig ist hierbei, dass als eines der Prinzipien die Konvergenz der Kulturen angesehen wird. (vgl. Erfurt 2010: 73)

Keine zehn Jahre später, im Jahr 1990, wurde als Basis des Zusammenlebens aller Québecer, egal welcher Herkunft und wie lange sie schon in der Provinz lebten, ein moralischer Vertrag (*contrat moral*) präsentiert. Neben den drei Grundsätzen der Gesellschaft, *société francophone, démocratique et pluraliste*, wurde dabei auch die Teilhabe aller betont: „[...] la participation et la contribution de tous sont attendues et favorisées[...]“ (Gouvernement du Québec 1991: 16). Die Idee die Prinzipien in Form eines Vertrages zu fixieren, brachte mit sich, dass es sich um ein Abkommen zwischen zwei Parteien handelt, die beide Rechte und Pflichten haben. Als Parteien wurden die Aufnahmegesellschaft und die Immigrierenden festgelegt. Beide Gruppen sollten die Werte der Québecer Gesellschaft respektieren, wie auch in dem Bewusstsein, dass alle Kulturen eine Bereicherung sind, auf einander zugehen. Die Einteilung in zwei Gruppen unterstrich auch ein grundlegendes Prinzip der

Integration: „l'intégration réussie se joue à deux.“(a.a.O. 19) Dadurch wurde ebenfalls propagiert, dass die Beteiligung wirklich aller Québecer gefragt war.

Ferner werden in diesem Dokument drei wichtige Schritte präsentiert, die zum Ziel haben, nicht ein Nebeneinander sondern ein Miteinander der unterschiedlichen Kulturen zu erreichen:

Développer la connaissance et la compréhension de la société québécoise chez les immigrants et les Québécois des communautés culturelles. Développer la reconnaissance de la réalité pluraliste dans l'ensemble de la population. Soutenir le rapprochement des groupes qui vivent des situations d'isolement avec la majorité francophone et favoriser la résolution des tensions intercommunautaires. (a.a.O: 88)

Bei dieser Formulierung scheint die Hauptlast der Integration, des Verstehens und des Aufeinanderzugehens bei den Neuankommenden und den *communautés culturelles* zu liegen. Natürlich werden sie von der Regierung unterstützt, doch besonders der erste Punkt zeigt, dass die Immigrierenden Interesse und Verständnis für die Aufnahmegesellschaft aufbringen sollen. Dies passt mit der Vorstellung zusammen, dass Migration nach Québec ein Privileg ist, (vgl. a.a.O: 16, 23) denn dementsprechend besteht eine Erwartungshaltung der Aufnahmegesellschaft gegenüber jenen, denen dieses Vorrecht zuteil wird. Die Haltung widerspricht aber dem ebenfalls genannten Prinzip, dass Integration immer ein Zusammenarbeiten von beiden Seiten benötigt (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 19). Alle Québecer betrifft nur, dass sie sich mit der pluralistischen Realität der Gesellschaft anfreunden sollen. Interessant ist auch der dritte Punkt. Er geht davon aus, dass Ausgrenzung nur durch die frankophone Mehrheit entsteht. Dies ist sicherlich am häufigsten der Fall, weil allein durch die größere Anzahl der Frankophonen die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass Ausgrenzung durch Französischsprachige stattfindet. Doch der Ausschluss kann auch durch das Verhalten von kleinen Gruppen erzeugt werden und Spannungen in der Gesellschaft können auch von Gruppen ausgehen, die sich in einer Gesellschaft in einer Minderheitensituation befinden.

Es überrascht also wenig, dass, wenn es um das Zusammenleben der Québecer unterschiedlicher kultureller Wurzeln geht, in letzter Zeit man von den drei Absichten nur noch eine und diese auch in veränderter Form wieder findet. Es handelt sich um die Annäherung zwischen Personen unterschiedlicher kultureller Traditionen. So spricht die Regierung in ihren Plänen für Migration für 2008 - 2010 davon „le

rapprochement et le dialogue interculturel“ zu ermutigen und zu fördern (vgl. Gouvernement du Québec 2007: ix, 37f, 57). Weggefallen ist also der Fokus, dass Schwierigkeiten und Spannungen nur mit und durch die frankophone Mehrheit entstehen. Auch dürfte angedacht sein, dass die Aufgabenverteilung in der Annäherung ausbalancierter ablaufen sollte. Die Regierung spricht von einem Dialog. Dieser Begriff weist zumindest in seinem sprachlichen Ursprung darauf hin, dass es sich um eine Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Partnern handelt. In den letzten Jahren wird auch nicht mehr so deutlich gefordert, dass die Neuankommenden sich Werte der québecer Gesellschaft aneignen. Die Gemeinsamkeit wird mehr betont, wenn es etwa heißt: „Des valeurs partagés, des intérêts communs“ (vgl. Gouvernement du Québec 2004a). Es finden sich aber immer noch Formulierungen, wo klar ausgedrückt wird, dass die Immigrierenden sich mit den Werten der Québecer Gesellschaft befassen sollten. „Le gouvernement amplifie et raffine depuis quelques années déjà les efforts de promotion et d'information sur les valeurs communes de la société québécoise auprès des personnes immigrantes.“ (vgl. Gouvernement du Québec 2008: 8) Es ist aber nur aus den Dokumenten nicht eindeutig zu bestimmen, ob in die Werte der Québecer Gesellschaft auch Werte der Immigrierten mit eingeflossen sind.

Wie oben schon angeführt, wurde zu Beginn der 1990er Jahre als eines der entscheidenden Merkmale die Gesellschaft als *société pluraliste* definiert. Diversität wird eindeutig durch Immigration verstärkt. Insofern wäre dies ein bedeutender Ansatzpunkt, welchen Beitrag Immigration für die Werte der Gesellschaft leisten kann und auch ein Argument für mehr Einwanderung. An anderer Stelle wird Pluralismus dann aber nicht mehr als Wert der Gesellschaft präsentiert, den es zu erreichen gilt, sondern als „réalité pluraliste“ (a.a.O: 88). Dies wirkt viel eher als wurde die Québecer Gesellschaft bereits durch Immigration verändert. Die politischen Maßnahmen können also nicht mehr den Wandel beeinflussen, in dem sie Immigration lenken, sondern beschäftigen sich damit, diese Entwicklungen (im Nachhinein) zu begleiten und eine noch stärkere Durchmischung der Bevölkerung möglichst reibungsfrei zu gestalten.

Dabei steht die Regierung immer wieder vor neuen Herausforderungen, muss sich mit immer neuen Themen beschäftigen. Im letzten Jahrzehnt hat die Immigration etwa auch zu einer Diversität auf religiöser Ebene beigetragen.

Des religions telles que l'islam, l'hindouisme et le bouddhisme ont multiplié leurs fidèles au Québec depuis 1991. La diversification ethnique et religieuse est appelée à s'accroître, non seulement dans la région montréalaise, mais aussi dans l'ensemble du Québec. Cette diversification présente à la fois une richesse et un défi. (Gouvernement du Québec 2004a: 79)

Die Herausforderung ist wohl umso größer, als Québec eine sehr rasche und radikale Säkularisierung erlebt hat.

Als weiterer Faktor auch die religiöse Vielfalt zu unterstreichen, passt auch in den Rahmen der Bemühungen gegen Rassismus und Diskrimination, die in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher sichtbar und detaillierter formuliert geworden sind. Anfang der 1990er wird bereits mehrfach erwähnt, dass gegen Diskriminierung und Rassismus gekämpft werden muss. Letzterer wird auch definiert als Ideologie, die auf Grund von biologischen Ungleichheiten die Überlegenheit gewisser Gruppen bestätigt. Als problematisch wird hierbei gesehen, dass so Diskriminierung legitimiert werden und ihnen eine Basis geschaffen wird (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 91). Gut zehn Jahre später enthält die Definition vor allem die Gründe auf denen Diskriminierung basieren kann. Anggeführt werden Hautfarbe, kulturelle Identität, Herkunft und eben auch religiöser Glaube – „la croyance religieuse“ (Gouvernement du Québec 2004a: 93). Auch hier werden schon Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung diesbezüglich vorgestellt. Viel massivere Bemühungen findet man aber in dem letzten Aktionsplan der Regierung, der für die Jahre 2008 - 2013 gilt. (vgl. Gouvernement du Québec 2008) Die geplanten Handlungen beziehen sich nicht mehr nur darauf, die unterschiedlichen Bereiche der Bevölkerung auf Schwierigkeiten aufmerksam zu machen. Man beschäftigt sich auch bereits mit der Unterstützung der Opfer (vgl. a.a.O.: 51ff). Dass Rassismus und Diskriminierung ein zentrales Thema der Politik ist, ist ein Indiz dafür, dass es auch ein zentrales Thema der Gesellschaft ist.

Die Häufung von solchen Spannungen ist meist ein Zeichen dafür, dass die Mitglieder der Gesellschaft die Veränderungen nicht problemlos akzeptieren, weil sie zu schnell, zu heftig auftreten und nicht von der Mehrheit getragen werden. Diese Überlegungen sind vor allem aus zwei Gründen gerade für Québec interessant. Einerseits haben in ganz Kanada Bemühungen, die Gesellschaft an diesem Veränderungsprozess teilhaben zu lassen, eine lange Tradition. Andererseits ist die Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft ein Thema, das lange und mehrfach behandelt

wurde. Neben den ökonomischen Eckpunkten zur Messung, die ich im Kapitel „L'enjeu économique“ bereits erwähnt habe, werden auch Indices auf der sozialen Ebene angeführt. Dazu gehört die Kapazität der Institutionen, die für die Unterstützung der Neuankommenden und ihrer Integration zuständig sind, sowie die verfügbaren Ressourcen. Ein wichtiger Faktor ist aber auch die öffentliche Meinung und der Wille der Gesellschaft zur Aufnahme von Immigrierenden (vgl. CRI 2000:8). Die ersten beiden Punkte liegen im Ermessen der Provinzregierung und sind in den letzten Jahren nicht thematisiert worden. Es könnte also sein, dass gerade die letzten beiden Punkte für Québec ausschlaggebend sind. Umfragen können dies jedoch nicht ganz eindeutig beweisen. Nur ein kleiner Teil der Befragten gibt an, dass die Anzahl der Eingewanderten in Québec zu hoch ist, der Großteil meint, dass die Einwanderungszahlen gleich bleiben sollen. Allerdings ist auch nur ein kleiner Anteil dafür, die Zahlen an zu heben. Diese ungefähre Aufteilung hat sich zwischen 2000 und 2005 nicht verändert (vgl. CRI 200: 9, Gouvernement du Québec 2007: 36). Wenn man jedoch mit einbezieht, wie stark Immigration in Québec regional konzentriert ist, dann sind wohl auch die weniger als 20%, die für 2005 angegeben worden sind, ein nicht vernachlässigbarer Anteil.

Wenn auch *ouverture vers le monde* und *ouverture vers la diversité* als wichtiger Bestandteil der Québecer Gesellschaft propagiert wurde und werden, so handelt es sich dabei wohl weniger um eine Öffnung, die durch die Politik gelenkt wird. Es war zwar eine politisch gestaltende Entscheidung, mehr Immigration zuzulassen, aber seit dem scheinen die politischen Maßnahmen viel eher Reaktionen der Politik auf die Entwicklungen, die bereits in Gang ist, zu sein. Dennoch sind politische Handlungen in diesem Bereich gefragt, weil sie helfen sollten, die Schwierigkeiten, die durch die größere Diversität, die Immigration mit sich bringt, gering zu halten und ein harmonisches Miteinander zu ermöglichen.

Die Bemühungen der Provinzregierung finden hauptsächlich auf zwei Ebenen statt. Auf der einen Seite geht es darum, die Integration der Neuankommenden zu unterstützen, damit sie sich möglichst bald als Teil der Québecer Gesellschaft sehen. Auf der anderen Seite ist vor allem Sensibilisierungsarbeit innerhalb der Aufnahmegesellschaft erforderlich. Dies geschieht auf unterschiedlichen Ebenen und durch verschiedene Aktionen. Eine praktizierte Strategie ist, Möglichkeiten zur Begegnung und zum Kennenlernen zu schaffen, wie dies zum Beispiel durch *la*

Semaine québécoise des rencontres interculturelles, die bereits seit 1991 existiert, geschehen soll (vgl. Gouvernement du Québec 2004a: 83⁶). Wichtig ist aber auch, den Québecern immer und immer wieder zu vermitteln wie wichtig Immigration für die Entwicklung der Gesellschaft ist. Das Selektionssystem spielt auch dabei eine Rolle: Es hilft zu vermitteln, dass die Regierung bemüht ist die „richtigen“ Immigrierenden für Québec auszuwählen. Diese Bemühungen helfen, dass die Gesellschaft weiter offen bleibt.

4.5. Veränderungen

Die Analyse der Zielsetzungen zeigt eine große Konstanz hinsichtlich der angestrebten Ziele in den letzten 30 Jahren. Die Kernideen sind gleich geblieben.

Auf der demographischen Ebene sind die verfolgten Absichten Bevölkerungswachstum und die Bevölkerung möglichst lange möglichst jung zu halten. Dies wirkt sich auch auf den ökonomischen Bereich aus. Eine junge, arbeitende und konsumfreudige Gesellschaft wird benötigt, um eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Provinz zu garantieren. In sprachlicher Hinsicht gibt es nur ein Schlagwort: *francisation*. Am ehesten lassen sich noch Unterschiede auf der gesellschaftlichen Ebene ausmachen. Unter dem Motto *ouverture vers le monde* ging es anfangs wohl wirklich noch um eine Öffnung der Gesellschaft im Sinne von Offenheit gegenüber anderen Kulturen. In den letzten beiden Jahrzehnten hat aber eine klare Durchmischung stattgefunden und es ist nun wichtig, die Offenheit zu erhalten und für die nächsten Jahre zu garantieren.

Dies soll aber nicht bedeuten, dass in diesen Kernbereichen keine Veränderungen stattfinden. Die politischen Akteure müssen sich keine neuen Ziele ausdenken, aber sind dennoch klar gefordert und zwar auf der strategischen Ebene. Da es immer auch Faktoren gibt, die nur schwer vorhersehbar oder beeinflussbar sind, ist es wichtig, die Strategien immer wieder leicht nach zu adjustieren und dann zu propagieren.

⁶ Diese Aktionswoche dürfte auch 2010 stattgefunden haben, die Dokumente auf der offiziellen Homepage (vgl. Québec interculturel) gehen jedoch nur bis 2009.

Als Lösung für die demographischen Schwierigkeiten gibt es neben Immigration ja auch die Möglichkeit, das natürliche Bevölkerungswachstum anzuregen. Die wie gezeigt gleichbleibend niedrige Geburtenrate lässt aber darauf schließen, dass politische Maßnahmen hier nicht gegriffen haben. Auch die Statistiken und Hochrechnungen des Zuwachses der aktiven Bevölkerung deuten darauf hin, dass immer mehr auf Immigration gesetzt wird.

Auf der sprachlichen Ebene setzte man bereits in den 1970er Jahren durch das Gesetz *Loi 101* einen radikalen, weitreichenden Schritt. Es sollte das Französische in Québec schützen und erhalten und erklärte Französisch zur alleinigen Sprache des Handels, der Arbeit, der Verwaltung und des Unterrichts (Meyer / Erfurt 1997: 175). Davon ist man bis heute nicht abgerückt. Für Immigrierende wurden aber das Angebot erhöht und erweitert, damit sie leichter auch Teil der frankophonen Gesellschaft werden können. Man versucht immer wieder mit dem Angebot an französischen Kursen auf die Bedürfnisse der Lernenden einzugehen. Doch die Gruppe der allophonen Immigrierenden an die französische Sprache heranzuführen, ist nur ein Teil der Strategie. Eine weitere Taktik ist, möglichst viele frankophone Immigrierende für Québec zu interessieren. Dies war auch der ursprüngliche Ansatzpunkt, da jedoch das Kontingent an Frankophonen nicht unendlich ist, wurden weitere Bemühungen unternommen, das Französische zu erhalten. So wurde entwickelte sich die Idee, dass möglichst französische Muttersprachler in Québec leben sollten, und ist heute das Bestreben das Niveau des Französischen möglichst hoch sein sollte (vgl. Gouvernement du Québec 2007: ix). Die Einwandernden sollten also diejenigen sein, „qui sont francophones, francophiles, francophonisables ou en voie de francophonisation“ (Berrouët-Oriol / Fournier 11).

Besonders viele Strategieänderungen hat es im soziokulturellen Bereich gegeben. Erfurt (2010) spricht von einem Zickzackkurs, wobei jede Wendung einen andern Schwerpunkt hat. In den 1980er Jahren ging es darum zu zeigen, dass kulturelle Verschiedenheit auch mit Nationalismus vereinbar ist. Die erste Hälfte der 1990er Jahre brachte die Vision einer zusammengehörenden Gemeinschaft. So war zentral, den Unterschied zwischen Personen verschiedener kultureller Herkunft zu verkleinern. In der zweiten Hälfte wurde betont, dass die Québecer, egal welcher Herkunft, alle Bürger Québecs sind und somit „untereinander auch staatsbürgerliche Beziehungen eingehen.“ (Erfurt 2010: 76) In den letzten Jahren steht wieder mehr

ein Bewusstsein für die Unterschiede im Vordergrund. Als Mittel zur Annäherung soll der interkulturelle Dialog dienen. (vgl. a.a.O.: 71ff)

Erfurt zeigt an diesen Beispielen sehr deutlich, dass die Vorstellungen der jeweils regierenden Partei deutlich in die Konzepte einfließt. Doch es ist fraglich, wie schnell die Ideen auch tiefer in die Vorstellung und das Handeln der Gesellschaft eindringen. Gerade in den letzten beiden Jahrzehnten wechselten die Regierungen mit fast jeder Neuwahl. Die Regierung hat also jeweils nur eine sehr kurze Periode, um ihre Ideen auch dauerhaft umzusetzen.

Schwierig ist in diesem Zusammenhang auch festzustellen, wie sehr die Konzepte der Regierungen wirklich voneinander abweichen. Im vorangegangenen Teil meiner Arbeit habe ich nur die politischen Dokumente analysiert. Dementsprechend stand im Vordergrund, wie Ideen und Ziele sprachlich präsentiert werden. Die verwendete Sprache ist aber nicht nur durch die politischen Vorstellungen geprägt. Sie wird auch durch den wissenschaftlichen Diskurs beeinflusst. So finden aktuelle Terminologien Eingang in die Dokumente, die auch als Modeerscheinungen gewertet werden können. Ändern sich die verwendeten Wörter, so heißt dies jedoch nicht notwendigerweise, dass auch die damit ausgedrückten Ideen verschwunden sind. Ein Beispiel hierfür ist das Konzept des Humankapitals. Im 2002 veröffentlichten Einwanderungsprogramm Kanadas (vgl. Gouvernement du Canada 2002) wird ausdrücklich erwähnt, dass die gesetzlichen Änderungen und das dadurch erneuerte System dem „human capital approach“ (a.a.O.) folgen. In der Version dieses Programms von 2008 wird der Ausdruck nicht mehr erwähnt (vgl. Gouvernement du Canada 2008). Das System hat sich jedoch in den Jahren kaum verändert. Die Idee des Humankapitals findet sich also nach wie vor in den Zielen und Strategien, aber wird sprachlich nicht mehr explizit ausgedrückt.

In den letzten Jahrzehnten lassen sich zwei grundlegende Veränderungen feststellen, die jedoch nicht durch die von der Regierung definierten Kernbereiche erfasst sind. Es geht dabei vielmehr um eine Einstellungsänderung. Einerseits hat sich der Schwerpunkt in der Regierungsstrategie verlagert, andererseits hat sich die Einstellung der Regierung und der Bevölkerung zu Immigration stark ins Positive gewandelt.

Wie bereits mehrfach erwähnt, erwacht Québecs verstärktes Interesse für Immigration mit den neuen kanadischen Einwanderungsgesetzen in den 1970er Jahren. Wie die zwischen Kanada und Québec abgeschlossenen Verträge zeigen, ist einer der zentralen Punkte in den ersten Jahrzehnten das Ringen Québecs um mehr Kompetenzen. Die Provinzregierung suchte möglichst großen Einfluss auf die Auswahl der Immigrierenden in ihre Region zu erlangen. Wohl auch in dem Bewusstsein, dass gewisse Faktoren nicht beeinflusst werden können, (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 22) möchte man im Rahmen des Möglichen selber entscheiden, wer sich in Québec ansiedelt. Erdenklich große Kontrolle schien auch eine Strategie gewesen zu sein, um die lange Zeit in der Bevölkerung herrschenden Zweifel und Ängste hinsichtlich Immigration zu überwinden. Im schlimmsten Fall wurde Immigration so gar als Bedrohung der frankophonen Kultur gesehen, weil die wenigen Immigrierenden nach Kanada sich meist in die anglophone Gemeinschaft integrierten und so zu ihrer Vergrößerung beitrugen. Durch genaue Selektion konnte man vermitteln, dass dieses Bedrohungsszenario nicht Wirklichkeit werden würde.

Modernisierung und Industrialisierung in Folge der *Révolution Tranquille* brachten wirtschaftliche Veränderungen. Hinzu kam ein drastischer Geburtenrückgang verstärkt auch durch den Bedeutungsverlust der Katholischen Kirche und dem damit einhergehenden Säkularisierungsprozess (vgl. Cardin / Couture 1997²: 275f). Besonders für die ökonomischen und demographischen Herausforderungen, die sich herauskristallisieren, versprach Immigration Abhilfe zu bringen. Dies trug dazu bei, dass zuerst zumindest die Québecer Regierung in den 1960er Jahren ihre zweifelnde Haltung gegenüber Immigration änderte. In den 1980er Jahren sah die Provinzregierung Immigration als notwendig, jedoch nicht mehr als notwendiges Übel an. „[...] l'immigration est un facteur nécessaire et un atout pour relever les grands défis démographique, économique, linguistique et socioculturel que doit relever le Québec à l'aube des années quatre-vingt-dix.“ (Gouvernement du Québec 1991: 16) Immigration war von da an also ein wichtiges Element für die Zukunft der Provinz.

Ende der 1980er Jahre hatte die Quebecer Regierung schon mehrere Verträge mit Kanada bezüglich Immigration getroffen. Die Schlüsselkompetenz war jedoch noch nicht erreicht: die Einwandernden selbst auszuwählen. Die erste offizielle Stellungnahme der Provinzregierung zum Thema Immigration, (vgl. a.a.O: III) die 1990, also noch vor dem Kanada-Québec Vertrag von 1991 erscheint, lässt klar

erkennen welche, Wichtigkeit der durch Québec bestimmten Selektion zugemessen wird. Im Vorwort schreibt der Premier Minister Robert Bourassa etwa:

Dans le cadre constitutionnel actuel, nous ne possédons pas tous les pouvoirs nécessaires pour atteindre seuls les objectifs du présent énoncé. C'est la raison pour laquelle nous cherchons à élargir nos compétences afin d'accroître non seulement notre capacité d'action, mais également l'efficacité de nos interventions. (a.a.O: I)

Die selbstbestimmte Auswahl soll also die Effektivität der Maßnahmen erhöhen. Weiters soll diese Art der Steuerung der Zuwanderung auch die Entwicklung einer Québecer Gesellschaft und einer erfolgreichen Wirtschaft ermöglichen. Man sieht die richtige Selektion auch als Garant dafür, dass die fundamentalen Werte der québecer Gesellschaft bestehen bleiben (vgl. a.a.O: 20). Eine Anpassung an die Bedürfnisse der sich im Aufbau befindenden Ökonomie Quebecs soll durch die Gestaltung der Kategorie der Immigranten aus wirtschaftlichen Gründen gewährleistet werden. Die durch das Auswahlraster des Punktesystems gesteuerte Selektion soll vor allem hinsichtlich des Arbeitskräftebedarfs eine äußerst rasche Lösung ermöglichen. (vgl. a.a.O: 35)

Zu Beginn des neuen Jahrtausends zeichnet sich ab, dass selbst die beste Auswahl nicht das alleinige Erfolgsrezept hinsichtlich Immigration ist. Das jetzt im Vordergrund stehende Schlüsselwort heißt Integration. Die positiven Effekte von Einwanderung können nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn die Neuankommenden wirtschaftlich, sozial und auch sprachlich in die Aufnahmegesellschaft integriert werden. Hierbei kann eine gute Selektion einen Beitrag leisten, jedoch können gezielte Programme rascher Erfolge erreichen. (vgl. CRI 2000: 8)

Anscheinend konnten die Provinzregierungen über die Jahre auch die Québecer Bevölkerung davon überzeugen, dass Immigration eine Bereicherung für Québec ist, denn Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Québecer nach wie vor Immigration befürwortet und den Beitrag, den Immigrierenden für die Entwicklung der Provinz leisten schätzt.

Es dürfte jedoch eine der Herausforderungen des nächsten Jahrzehntes sein, diese Einstellung aufrecht zu erhalten. Die Zahl der Konflikte, die durch sensible Punkte, wie kulturelle, religiöse oder ethnische Unterschiede ausgelöst worden sind, ist seit 2006 drastisch gestiegen. (vgl. Erfurt 2010: 67)

5. Kritik

Das kanadische Einwanderungssystem hat sich immer wieder verändert, um sich an die besonderen, dringenden Bedürfnisse der jeweiligen Zeit anzupassen. Dennoch finden die zahlreichen Beobachter und Analysten immer wieder Punkte, die noch zu verbessern wären. Einige davon sollen im folgenden Abschnitt behandelt werden. Die hier zusammengetragenen Kritikpunkte beziehen sich nicht auf das ganze System, da dessen Steuerung und Einteilung der gesamtkanadischen Regierung obliegt. In diesem Abschnitt werden nur die wichtigsten Punkte besprochen, die auch im Kompetenzbereich der Provinz Québec liegen.

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel angeführt ist, gibt es im Zusammenhang mit den Immigrierenden aus ökonomischen Gründen einige Schwierigkeiten. Bei dieser Gruppe der Einwandernden klaffen besonders die Erwartungen und die Realität auseinander. Auf der Québecer Seite ist die Latte der Einwanderungskriterien hoch, was zur Folge hat, dass die Latte der Erwartungen auf der Seite der Immigrierenden ebenfalls hoch ist. Wenn viel von ihnen erwartet wird, gehen sie also davon aus, dass sie im Gegenzug auch gute Bedingungen vorfinden. Doch die Erfolgchancen der Neuankommenden im Vergleich zu der in Kanada geborenen Bevölkerung und den früheren Einwanderungsgenerationen sind gering und auch die Gehaltsschere öffnet sich zum Nachteil der Immigrierenden der letzten Jahre (vgl. Gouvernement du Canada 2008: 19ff). Angeführt wird in diesem Zusammenhang auch, dass sich die mit den Immigrierenden auch ihr soziales Verhalten verändert hat. Frühere Eingewanderte waren oft bereit Opfer zu bringen, damit es die Generationen nach ihnen besser haben. Man geht davon aus, dass dieses Verhalten von der derzeit bevorzugte Einwanderungsgruppe, hochqualifizierten, unabhängigen Immigrierende, weniger erwartet werden kann. (vgl. a.a.O.: 32)

Ein wichtiger Punkt für die schlechte Ausgangslage der meist hochqualifizierten Immigrierenden, ist die Anerkennung ihrer Qualifikation. Dies ist ein Punkt, der schon lange kritisiert wird und der Provinzregierung auch bewusst ist, weshalb sie diesbezüglich auch verstärkte Maßnahmen ergreifen möchte (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 31). Wie gut die von Québec angekündigten Maßnahmen greifen werden bleibt abzuwarten.

Gerade für Québec ist es wichtig, die Eingewanderten rasch und gut in die Québecer Gesellschaft zu integrieren, denn eines der weniger oft angesprochenen Themen ist die starke Abwanderung aus Québec. Die Zahl Emigrierenden, in andere Provinzen oder andere Länder, war 2006 höher als die internationalen Immigrierenden (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 8). Da diese Zahlen aber auch die in Kanada Geborenen, die auswandern, mit einschließt, geht die Québecer Regierung davon aus, dass für Québec kein „brain drain“ stattfindet, sondern die Auswandernden durch Einwandernde ersetzt werden, (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 23) Nicht bedacht ist hier aber, dass Migrierende bereits eine hohe Mobilität vorweisen und es somit sehr wahrscheinlich ist, dass auch Immigrierte wieder abwandern. Wichtig ist also sie möglichst rasch und gut in die Gesellschaft zu integrieren. Die Integration von Hochqualifizierten dürfte auch deshalb kein wichtiges Thema sein, weil meist angenommen wird, dass diese „durch ihre professionelle Verankerung als ‚integriert‘ gelten und folglich nicht mit Integrationsproblemen in Zusammenhang gebracht werden.“ (Erfurt / Amelina 2008: 27) Die Autoren weisen aber darauf hin, dass diese Migrierenden sich sprachlich oft Jahre lang nicht an die Aufnahmegesellschaft anpassen, da ein dichtes Netzwerk und eine gute Infrastruktur auch in anderen Sprachen vorhanden sind (vgl. a.a.O: 16). Integration in die Gesellschaft außerhalb dieser Netzwerke und des Kreises der Spezialisten, Experten und Fachkräfte ist somit nicht dringend notwendig. Da der Auswahlraster des Punktesystems genau diese Gruppe bevorzugt, dürften in Integrationsbelange also neue Herausforderungen auf die Provinzregierung und die Gesellschaft zukommen.

Doch die hohe Mobilität ist nicht das einzige Verhaltensmuster, das in Québec Herausforderungen mit sich bringt. Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts ist Immigration ein urbanes, auf wenige Städte konzentriertes Phänomen. Dies bedeutet im Gegenzug, dass die ländlichen Regionen wenige Immigrierende und somit auch weniger von Immigration profitieren. Diese Gebiete trifft die Entwicklung, die durch Immigration erleichtert werden sollen, mit ungebremsster Härte. Hinzukommt, dass Immigration die bereits existierende Landflucht und Urbanisierung unterstreicht. In Québec konzentriert sich der größte Teil der Zuwandernden in Montréal. Dadurch zeigen sich in der Region rund um Montréal die positiven Auswirkungen am deutlichsten. Die starke Zuwanderung bedeutet aber auch, die Hauptlast der Integration der Neuankommenden zu tragen (vgl. Gouvernement du Québec 2007: 34). Gerade aus diesem Grund steht meist der Großraum Montréal im Zentrum der

Diskussionen und Veränderungen im Zusammenhang mit Immigration. Erfurt weißt darauf hin, dass durch diesen starken, engen Fokus aber leicht der Blick für die Situation in andern Regionen verloren geht (vgl. Erfurt 2010: 72). In der Provinzregierung wird versucht dem entgegenzuwirken, in dem Immigrationspläne auch für die jeweiligen Regionen erstellt werden.⁷

Einer der wichtigsten Bereiche für Québec wird von der Kritik auch nicht verschont: die Anforderungen und Maßnahmen der Französisierung. Auf manche der Kritikpunkte hat die Provinzregierung schon reagiert. So wurde zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Organisationen verstärkt, um den Zugang zu den Sprachkursen zu erleichtern. Die Provinzregierung ist auch bedacht, die Kurse auf die Bedürfnisse der Lernende abzustimmen (vgl. Gouvernement du Québec 2009). Angesprochen werden dabei aber hauptsächlich unterschiedliche Ansprüche das Niveau und die zeitliche Verfügbarkeit der Kursteilnehmer betreffend. Doch gerade im Bereich der Erwachsenenbildung spielen auch die verwendeten Methoden und besonders bisherige Lernerfahrungen eine entscheidende Rolle. Dabei schwingt auch eine kulturelle Komponente mit. Frühere Lernerfahrungen wurden im Herkunftsland gesammelt also in einem anderen kulturellen Kontext. Meyer und Erfurt weisen darauf hin, dass sowohl die verwendeten Methoden, das Lernklima und auch das Schüler – Lehrerverhältnis für den Lernerfolg mitentscheidend sind. Durch sehr ungewohnte Lernsituationen kann sogar mehr Verwirrung und Unsicherheit gestiftet werden, als Integration in und Kennenlernen der Québecer Kultur und Sprache (vgl. Meyer / Erfurt 2003: 172ff). Es ist auch nicht anzunehmen, dass auf alle Bedürfnisse der heterogenen Gruppe von Lernenden in gleichem Maße eingegangen werden kann.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Qualität der Sprachkurse, die sogar von der Provinzregierung selbst Anfang der 1990er Jahre als verbesserungswürdig eingestuft wurde (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 57). In den letzten wird die Qualität der Kurse nicht mehr thematisiert. Es ist jedoch ein gewagter Schluss deshalb davon auszugehen, dass diese Schwierigkeit vollkommen gelöst worden ist. Die Beobachtungen von Meyer und Erfurt weisen nämlich darauf hin, dass es sich um eine große Herausforderung handelt. Sie führen zum Beispiel an, dass es lange Zeit nicht einmal einheitliche Lehrpläne gegeben hat (vgl. Meyer / Erfurt: 170). Das ist ein

⁷ Vgl. <http://www.micc.gouv.qc.ca/fr/planification/plan-action.html>

Indiz dafür, dass es großer Anstrengungen bedarf, um das Niveau der Kurse anzuheben und eine gute Sprachausbildung aller zu ermöglichen. Es ist anzunehmen, dass sollten die Verbesserungen statt gefunden haben, dies als Erfolg auch in den Dokumenten erwähnt wird. Die Auslassung des Themas in den Berichten bekräftigt also, dass die Qualität der Kurse nach wie vor nicht vollkommen zufrieden stellend ist.

Genauso wenig dürfte die Schwierigkeit des Spracherwerbs bei Analphabeten beseitigt worden sein, obwohl sie aus den neuesten politischen Dokumenten verschwunden ist. Da es jedoch schon vorher nur ein Thema der Fußnoten war, (vgl. Gouvernement du Québec 1991: 59) und Erfurt und Meyer darlegen, dass es sich um ein vielschichtiges Thema handelt (vgl. Meyer / Erfurt 2003: 170ff), ist eher anzunehmen, dass sie verdrängt und nicht gelöst worden ist.

Die starken Bestrebungen der Französisierung rufen natürlich auch Kritiker auf den Plan, die darin die Aufforderungen zu linguistischer Assimilation aller anderen Sprechergruppen sehen. Auf den hohen Stellenwert des Französischen auch als Symbol der regionalen Identifikation wurde bereits hingewiesen. Dies ist einer der Gründe, die den ausschließlichen Charakter des Französischen in Québec verständlich machen. Doch dies ist nicht das einzige Argument, Französisch in der Provinz stark zu fördern. Es gibt mehrere Indices, die darauf hinweisen, dass eine weniger strikte Sprachpolitik und Förderung des Französischen auch zu seinem Verlust führen könnte. Die föderale Regierung in Ottawa fordert, dass auch Québec den offiziellen Bilingualismus annimmt. Dies würde aber bedeuten dem Englisch eine Minderheitensituation und die damit verbundenen Rechte einzuräumen. Beobachtungen zeigen weiters, dass dort wo zwei Sprachen auf einander treffen und keine oder nur geringe Reglementierung stattfindet, die schwächere Sprache meist verschwindet. Französisch ist in Québec die mehrheitlich verwendete Sprache ist, doch das Englische ist eine weit verbreitete Sprache, die leicht die Funktion einer *lingua franca* übernimmt. Es besteht also die Befürchtung, dass sie dominierender wird, als das Französische und dieses nach und nach verschwindet. Ferner unterstreicht die Situation der anderen französischsprachigen Gebiete die Annahme, dass Englisch in Kanada die dominante Sprache ist. Trotz eines gut geförderten Programms von Sprachunterricht, sind die Frankophonen stark im Rückgang (vgl. Castonguay 1997: 21f). Diese Beobachtungen und Annahmen bekräftigen, dass die

Bemühungen und die bevorzugte Behandlung des Französischen nötig sind, um Québec als frankophone Provinz zu erhalten. Noch dazu ist der Konsensus in der Bevölkerung die Sprache zu verteidigen und zu fördern weit größer als die Zustimmung, dass Québec ein souveräner Staat werden soll. (vgl. Bochmann 1997: 9)

6. Fazit und Ausblick

Immigration und Einwanderungspolitik hat in Québec und Kanada eine lange Tradition. Schon die ersten Siedler waren mit Schwierigkeiten konfrontiert, die durch Einwandernde erleichtert werden sollten, oder die erst durch die Ankunft von neuen Mitgliedern der Gesellschaft entstanden sind.

Schaut man heute auf die Zielsetzungen und darauf, was die Provinzregierung durch Immigration zu erreichen versucht, so wirkt es fast, als sei Einwanderung das „Allheilmittel“ des 20. Jahrhunderts. Gerade bei den schwierigsten Herausforderungen, wie zum Beispiel dem unausweichlichen Bevölkerungsstrukturwandel, wird der Immigration eine Schlüsselrolle zugedacht. Die Beweggründe dafür ist jedoch nicht klar. Einerseits könnte die letzte Hoffnung in der Immigration ruhen, weil alle anderen Methoden, versagen. So ist zum Beispiel in den letzten Jahrzehnten, gerade in Québec, das natürliche Bevölkerungswachstum fast unverändert niedrig. Es könnte andererseits auch sein, dass es sich nur um Gewohnheit handelt, denn auch in den vorigen Jahrhunderten hat Einwanderung dazu geführt, dass die gewünschten Veränderungen in der Bevölkerung – zumindest ihre Größe betreffend – vonstatten gingen.

Damals wie auch heute kann das, was wirklich erreicht werden soll recht einfach zusammengefasst werden: eine Verbesserung für Québec. Im demographischen Bereich und eng damit verbunden auch in wirtschaftlicher Hinsicht geht es darum, eine möglichst junge Bevölkerung und ein möglichst großes Bevölkerungswachstum zu erreichen. Das soll helfen, Schreckgespenster wie Überalterung, eine schrumpfende aktive Bevölkerung und daraus resultierend eine Verringerung der Produktion verbunden mit dem Rückgang der erfolgreichen Wirtschaft, die sogar zu einem geringen Wohlstand der gesamten Bevölkerung führen könnte, möglichst lange fern zu halten. Kritisch betrachtet ist Immigration dabei aber eigentlich nur die zweitbeste Lösung. Besonders die Verjüngung der Gesellschaft könnte mit steigenden Geburtenraten, über der magischen 2,1 Grenze, erreicht werden. Die Effekte würden auch länger anhalten, allein schon weil ein Neugeborener länger zur jungen Bevölkerung zählt als ein Einwandernder, selbst wenn er, wie von Québec bevorzugt, mit Anfang 20 einreist.

Für den (Arbeitskräfte-) Bedarf der Wirtschaft mag Migration die schnellste sowie auf kurze Sicht auch eine recht effektive und einfache Variante sein. Doch selbst wenn die ökonomischen Zielsetzungen eng mit den demographischen verknüpft sind, so ist zweifelhaft, ob Wirtschaft auch auf die langfristigen Konsequenzen der Bevölkerung bedacht nimmt. Den kurzfristigen, wirtschaftlichen Zielen ist sicherlich mit (zeitlich begrenzter) Immigration am schnellsten abzuhelfen.

Auf der soziokulturellen und soziolinguistischen Ebene stehen als Interessen an vorderster Front, die frankophone Gesellschaft und ihre Werte zu bewahren. Selbst wenn propagiert wird, dass es sich um eine weltoffene, pluralistische und dynamische Gesellschaft handelt, sind die Ziele mehr auf das unveränderte Beibehalten der Werte ausgerichtet. Dies deutet darauf hin, dass eigentlich der Erhalt des status quo gewünscht wird. Immigration ist hier nicht nur nicht die beste Lösung, sondern wirkt vielmehr hinderlich. Könnte sich Québec abschotten, dann würden die Werte und (kulturellen) Traditionen doch am unverfälschtesten weitergegeben werden. Auf Grund der derzeitigen demographischen Tendenzen ist dieser Gesellschaft dann jedoch kein langes Leben zu prognostizieren. Also ist auch hier Immigration wieder die Variante mit den besseren Zukunftsaussichten und den weniger negativen Konsequenzen.

Doch Einwanderung in Kanada und Québec ist nicht nur auf die nationalstaatlichen Bedürfnisse ausgerichtet, sondern hat auch eine wichtige soziale und solidarische Komponente. Kein anderes, von aktuellen Krisenherden so weit entfernt liegendes Land, nimmt jährlich eine so große Zahl an Flüchtlingen auf. Die vorteilhafte geographische Lage ermöglicht auch in diesem Bereich eine Selektion, und damit – zumindest bis zu einem gewissen Grad – die Wahrung nationaler Interessen.

Die langjährige und intensive Beschäftigung mit Migration auf vielen Ebenen der Gesellschaft, in der Politik genauso wie in Medien und Wissenschaft, hat zu einem großen Erfahrungsschatz geführt, aus dem reichlich geschöpft werden kann. Dadurch kann die Regierung rasch und wohl auch zielgerichtet auf neuauftretende Situationen reagieren. Québec hat somit einen Vorteil gegenüber anderen Ländern, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, aber, wenn es drum geht, Immigration als Lösungsweg zu nutzen, noch in den Kinderschuhen stecken und sich nicht über Strategien, Konsequenzen, Schwierigkeiten und deren komplexe Vernetzung bewusst sind.

Das Bewusstsein für die Vielschichtigkeit und Komplexität von Migrationsprozessen lässt sich für Québec auch einfach zeigen. Um bestmöglich zu garantieren, dass Immigration hauptsächlich einen positiven Beitrag für die Gesellschaft bringt, werden in den Migrationsstrategien immer drei Ebenen mit einbezogen: das Herkunftsland, die Selektion bei der Immigration und die Aufnahmegesellschaft. Es erfordert nämlich Werbung im Herkunftsland, um Immigration für den vielversprechendsten Interessentenkreis attraktiv zu machen und sicher zu stellen, dass die Immigrationswilligen nicht in ein konkurrierendes Land auswandern. Der Selektionsprozess soll helfen, die BewerberInnen auf die Bedürfnisse Québecs abzustimmen. Der letzte Schritt ist die Integration in die Gesellschaft, die sensibles Verhalten sowohl von den Neuankommenden wie auch den „alt eingesessenen“ *québécois* verlangt.

Quebec hat also eine gut durchdachte Strategie und kann auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Interessant ist jedoch zu beobachten, ob dies ausreicht, um die neuen Herausforderungen in adäquatem Maße bestehen zu können.

Eine Schwierigkeit könnte sein, dass die Provinz sehr auf sich zentriert ist. Der verweigte Blick zum Nachbarn kann auch bedeuten, die Chance zu verpassen aus dessen Fehlern für die eigenen Situation zu lernen.

So ist mir etwa aufgefallen, dass Aspekte, die im wissenschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren dominant waren und die auch für Québec Relevanz besitzen, nicht thematisiert werden. Ein wichtiges Thema sind finanzielle Transaktionen, die mit Migration entstehen. So wird geschätzt Es ist nur schwer vorstellbar, dass der Großteil der in Québec lebenden Immigrierenden sich anders verhält als Eingewanderte in anderen Ländern, wenn es um *remittances* geht. Man kann davon ausgehen, dass auch in Québec und besonders in Montréal Gruppen, Familien (-verbände), Einzelpersonen leben, die einen großen Teil ihres Gehaltes in ihr Herkunftsland zurück schicken. Damit wird nämlich auch die Schlussfolgerung, dass mehr Immigrierte auch mehr Konsum bedeuten, bis zu einem gewissen Grad in Frage gestellt oder sogar widerlegt. Es wäre also interessant zu untersuchen, wie groß der Beitrag der Immigrierten als Motor für die Québecer Wirtschaft - abgesehen von den zusätzlichen Arbeitskräften - wirklich ist.

Ein weiteres wichtiges Thema fehlt fast gänzlich in der politischen Diskussion: der Effekt, den die Emigration von Hochqualifizierten in der Herkunftsregion verursacht. Sich damit auseinander zu setzen liegt nicht nur in der moralischen Verantwortung Québecs als Empfängerland und somit von *brain-gain* profitierendem Land. Gerade weil Québec eine hohe Abwanderungsrate bei gut ausgebildeten in Québec geborenen Menschen vorweist, könnte auch die Perspektive des *brain-drain* für die Provinz wichtige Aspekte bringen.

Die Québecer Einwanderungspolitik und das Selektionssystem sind also nicht perfekt und die durch sie gelenkte Immigration hat nicht immer die angestrebten positiven Effekte. Das Immigrationssystem kann nicht garantieren, dass alle Schwierigkeiten mit Hilfe von Einwanderung gelöst werden oder davor bewahren, dass neue Herausforderungen auf die Gesellschaft zu kommen. Es kann aber sicherlich helfen Migration zu lenken und damit die negativen Konsequenzen gering zu halten. Die politische Führung hat trotz eines großen Erfahrungsschatzes, auf den sie zurückgreifen kann, nicht immer eine Lösung bereit und übersieht vermutlich immer wieder wichtige Aspekte von Einwanderung. Doch die intensive Auseinandersetzungen mit vielen (Teil-) Bereichen und Konsequenzen der Immigration, der Wille die Bevölkerung in die Veränderungsprozesse einzubeziehen und das engagierte Handeln sind eine gute Strategie dem Phänomen Migration zu begegnen. Meiner Meinung nach ist das Schlüsselement die Einstellung zur Einwanderung. Die Regierungen von Québec und Kanada sind überzeugt, dass Immigration ein entscheidender Faktor für eine positive Entwicklung des Landes ist. Dementsprechend propagieren sie die positiven Effekte und wenden viele Ressourcen zur Unterstützung und Förderung von Immigration und Integration auf. Geht man von dem Prinzip aus, dass Migration ein der Menschheit intrinsisches Phänomen ist, so bedeutet dies auch, dass sie niemals ganz gestoppt werden kann.

Es ist also klug und nachahmenswert, so wie Québec und Kanada, die transformative Kraft von Migration für das Wohlergehen eines Landes zu nutzen.

7. Literaturverzeichnis

Bei vielen der angegebenen Quellen handelt es sich um Dokumente aus Online-Bibliotheken, beispielsweise der Provinzregierung von Québec. Zusätzlich zu den üblichen Angaben werden bei diesen Dokumenten auch die Internetadressen mit angeführt. Dokumente aus anderen Onlinequellen werden separat genannt.

Sofern nicht anders angeführt, wurden alle Internetseiten kontrollweise am 31.7.2010 abgerufen.

Bochmann Klaus (1993) *Sprachpolitik in der Romania*. Berlin: de Gruyter.

Bochmann, Klaus (1997) „Société civile, identité et la « question de la langue » au Québec“. In : Budach, Gabriele / Erfurt, Jürgen (Hgg.) : *Identité franco-canadienne et société civile québécoise*. Leipzig : Leipziger Universitätsverlag, 7-12.

Bös, Mathias (1997) *Globalisierung und sozialer Wandel in Westeuropa und Nordamerika*. Opladen: Leske + Budrich.

Bumsted, J.M. (1992) *The peoples of Canada. A pre-confederation History*. Toronto: Oxford Univ. Press

Cardin, Jean-Francois / Couture, Claude et.al. (1997²) *Histoire du Canada. Espace et différences*. Les Presse de l'Université Laval : Saint-Nicolas.

Castles, Stephen/ Miller, Mark J. (2009⁴) *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. New York: The Guilford Press.

Castonguay, Charles (1997) „L'assimilation linguistique, enjeu décisif au Canada français“. In : Budach, Gabriele/ Erfurt, Jürgen (Hgg.) : *Identité franco-canadienne et société civile québécoise*. Leipzig : Leipziger Universitätsverlag, 19-25.

CRI – Conseil des relations interculturelles du Québec (2000) *La capacité du Québec d'accueillir de nouveaux immigrants en 2001,2002 et 2003*. Avis présenté au ministre des Relations avec les citoyens et de l'immigration, Août 2000

[http://www.conseilinterculturel.gouv.qc.ca/DocumentLibrary/UploadedContents/PublicationFiles/A36%20Accueillir%202001%202002%202003_0.pdf]

Erfurt, Jürgen/Amelina, Maria (2008): „Elitenmigration – ein blinder Fleck in der Mehrsprachigkeitsforschung“ In: Erfurt, Jürgen / Amelina, Maria (Hgg) *Elitenmigration und Mehrsprachigkeit*. OBST – Osnabrücker Beiträge zur Sprachentheorie, Band 75, 11-42.

Erfurt, Jürgen (2010) „Accommodements raisonnables. Welche Kultur- und Sprachkonzepte braucht eine Migrationsgesellschaft – oder: Was können wir von Québec lernen?“ In: Cichon, Peter et.al. (Hgg.) *Sprachen – Sprechen – Schreiben*. Blicke auf Mehrsprachigkeit. Wien: Praesens Verlag, 65-85.

Gerke, Miriam (2003) „Kanada.“ In: Gieler, Wolfgang (Hg.) *Handbuch der Ausländer- und Zuwanderungspolitik: von Afghanistan bis Zypern*. Münster: Lit-Verlag, 261-280.

Gouvernement du Canada - Dolin, Benjamin / Young, Margaret (2002) [1989] *Le programme canadien d'immigration* [<http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection-R/LoPBdP/BP/bp190-f.htm>]

Canada's Immigration Policy. [<http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection-R/LoPBdP/BP/bp190-e.htm>]

Gouvernement du Canada - Becklun, Penny (2008) [1989] *Le programme canadien d'immigration* [http://www2.parl.gc.ca/content/lop/research_publications/bp190-f.pdf]
Canada's Immigration program
[http://www2.parl.gc.ca/content/lop/research_publications/bp190-e.pdf]

Gouvernement du Canada - Elgersman, Sandra/ Dolin, Benjamin (2008a): *L'aide aux réfugiés parrainés par le gouvernement et choisis à l'étranger*.
[<http://www2.parl.gc.ca/Content/LOP/ResearchPublications/prb0439-f.htm>]
Assistance for Government-sponsored Refugees, Chosen Abroad.
[<http://www2.parl.gc.ca/Content/LOP/ResearchPublications/prb0439-e.htm>]

Gouvernement du Québec (1991): *Au Québec pour bâtir ensemble*. Enoncé de politique en matière d'immigration et d'intégration.
[<http://www.micc.gouv.qc.ca/publications/fr/ministere/Enonce-politique-immigration-integration-Quebec1991.pdf>]

Gouvernement du Québec – Young, Margarete (1998) *L'immigration: L'accord Canada – Québec*

[<http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection-R/LoPBdP/BP/bp252-f.htm>]

Immigration: The Canada-Quebec Accord [<http://dsp-psd.pwgsc.gc.ca/Collection-R/LoPBdP/BP/bp252-e.htm>]

Gouvernement du Québec (2004) *Briller parmi les meilleurs*. La vision et les priorités d'action du gouvernement du Québec.

[<http://collections.banq.qc.ca/ark:/52327/bs54345>]

Gouvernement du Québec (2004a) *Des valeurs partagées, des intérêts communs*. Pour assurer la pleine participation des Québécois des communautés culturelles au développement du Québec. Briller parmi les meilleurs. Plan d'action 2004-2007

[<http://www.micc.gouv.qc.ca/publications/fr/planification/PlanAction20042007-integral.pdf>]

Gouvernement du Québec (2007) *Consultation 2008-2010*. La planification de l'immigration au Québec pour la période 2008-2010. [<http://www.micc.gouv.qc.ca/publications/fr/planification/0810-planification-niveaux.pdf>]

Gouvernement du Québec (2008) *La diversité: une valeur ajoutée*. Plan d'action gouvernemental pour favoriser la participation de tous à l'essor du Québec. 2008-2013. [<http://www.micc.gouv.qc.ca/publications/fr/dossiers/PlanActionFavoriserParticipation.pdf>]

Gouvernement du Québec (2009) *Le succès parle français. À vous d'agir! Réussir au Québec*. [<http://www.immigration-quebec.gouv.qc.ca/publications/fr/langue-francaise/succes-parle-francais.pdf>]

Green, Alan G. und Green, David. A, (1995) „Canadian Immigration Policy: The Effectiveness of the Point System and Other Instruments“. In: Green, David et.al. (Hgg) *Canadian Journal Of Economics* (Revue canadienne d'économie) XXVIII(4b), 1006-1041.

Guiraudon, Virginie / Joppke, Christian (2001) (Hgg) *Controlling a New Migration World*. London, New York: Routledge.

Harzig, Christiane (2003) [1994]: „Einwanderungsrecht – Ein Instrument gesellschaftlicher Gestaltung.“ In: *Einwanderungspolitik Kanada und USA: Beispiele für die Bundesrepublik Deutschland?* Tagungen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. September 1993 und 21. Oktober 1993 in Bonn / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung. - Gesprächskreis Arbeit und Soziales, 31, Bonn, 1994.

Seit 2003 auch online: [<http://library.fes.de/fulltext/asfo/01017002.htm>]

Harzig, Christiane (2004) *Einwanderung und Politik*. Historische Erinnerung und Politische Kultur als Gestaltungsressourcen in den Niederlanden, Schweden und Kanada. Göttingen: V&R Verlag Unipress.

Hoerder, Dirk (2003) [1994]: „Kanada: Einwanderung und ethnische Gruppen.“ In: *Einwanderungspolitik Kanada und USA: Beispiele für die Bundesrepublik Deutschland?* .“ In: *Einwanderungspolitik Kanada und USA: Beispiele für die Bundesrepublik Deutschland?* Tagungen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. September 1993 und 21. Oktober 1993 in Bonn / Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung - Gesprächskreis Arbeit und Soziales, 31, Bonn.

Seit 2003 auch online: [<http://library.fes.de/fulltext/asfo/01017002.htm>]

Kostov, Chris (2008) „Canada-Quebec Immigration Agreements (1971-1991) and Their Impact on Federalism” In: *American Review of Canadian Studies*, 38:1, 91.103. [<http://www.informaworld.com/smpp/content~db=all?content=10.1080/02722010809481822>, 01.03.2010]

Mathieu, Jacques (1991): „La Nouvelle-France. Les Français en Amérique du Nord XVIe-XVIIIe siècle“. Laval: Éditions Belin (Les presses de l'Université Laval).

McNaught, Kenneth (1988): *The Penguin History of Canada*. London: Penguin books.

Meissner, Doris (et.al.) (1994) Internationale Migration: Herausforderungen einer neuen Ära. Politische Perspektiven und Prioritäten für Europa, Japan, Nordamerika und die internationale Gemeinschaft. Ein Bericht an die Trilaterale Kommission. Bonn: Europa Union Verlag.

Meyer, Sabine/ Erfurt, Jürgen (2003) „Haitianer in Montréal: Spracherwerb und Erwachsenenalphabetisierung zwischen Integration und Marginalisierung.“ In: Erfurt, Jürgen (Hg): Mehrsprachigkeit und Migration. Ressourcen sozialer Identifikation. Frankfurt/Main:Lang, 165-179.

Parant, Marc (2001): „Les politiques d'immigration du Canada: stratégies enjeux et perspectives.“ In: *Les Études du CERI*, 80, 2-36
[<http://www.ceri-sciencespo.com/publica/etude/etude80.pdf>]

Schmidt, Ronald Sr. (1998): „The Politics of Language in Canada and the United States: Explaining the Differences.“ In: Ricento, Thomas/Burnaby, Barbara: *Language and Politics in the United States and Canada*. Myths and Realities. Mahwah, NJ / London: Lawrence Erlbaum Associates, 37-70.

Trudel, Marcel (2001) *Mythes et réalités dans l'histoire du Québec*. Montréal: Édition Hurtubise - Les cahiers du Québec, 126.

Veltman, Calvin: „Quebec, Canada, and the United States: Social Reality and Language Rights.“ In: Ricento, Thomas/Burnaby, Barbara: *Language and Politics in the United States and Canada*. Myths and Realities. Mahwah, NJ / London: Lawrence Erlbaum Associates, 301-315.

Onlinequellen

Berrouët-Oriol, Robert / Fournier, Robert: L'Emergence des écritures migrantes et métisses au Québec [<http://pi.library.yorku.ca/ojs/index.php/litte/article/viewFile/26408/24404>]

Hébert, Louis: *A Legacy of Tenacity* - The Filles du Roi
[<http://www.whitepinepictures.com/seeds/i/12/sidebar.html>]

Gouvernement du Canada (2010) *Les artisans de notre patrimoine : La citoyenneté et l'immigration au Canada de 1900 à 1977*
[<http://www.cic.gc.ca/francais/ressources/publications/patrimoine/remerciements.asp>]
Forging Our Legacy: Canadian Citizenship and Immigration, 1900–1977
[<http://www.cic.gc.ca/english/resources/publications/legacy/acknowledge.asp>]

Gouvernement du Canada (2010a) *Travailler temporairement au Canada : Catégories spéciales* - Travailleurs des technologies de l'information
[<http://www.cic.gc.ca/francais/travailler/speciale-tech.asp>]
Working temporarily in Canada: Special categories - Information technology workers
[<http://www.cic.gc.ca/english/work/special-tech.asp>]

Gouvernement du Québec (2006) *La dynamique des langues en quelques chiffres: Tableaux*. [<http://www.spl.gouv.qc.ca/documentation/rapportssondagesstatistiques/dynamiquedeslangues/tableaux>]

Gouvernement du Québec (2009) [<http://www.immigration-quebec.gouv.qc.ca/publications/fr/divers/Grille-synthese.pdf>]

Statistique Canada [<http://www.statcan.gc.ca/pub/82-221-x/2009001/def/def4-fra.htm>]

United Nation: Population Division [<http://esa.un.org/migration/index.asp?panel=1>]

Québec interculturel
[<http://www.quebecinterculturel.gouv.qc.ca/fr/evenements/sqri/index.html>]

8. Anhang

8.1. Québecer Raster

GRILLE SYNTHÈSE DES FACTEURS ET CRITÈRES APPLICABLES À LA SÉLECTION DES TRAVAILLEURS QUALIFIÉS

RÈGLEMENT DU 14 OCTOBRE 2009	
POINTS MAX 107 / 123	
FORMATION Seuil éliminatoire : 2 points au critère Niveau de Scolarité	(28 max.)
Niveau de scolarité	
Secondaire général	2
Secondaire professionnel	6
Postsecondaire général 2 ans	4
Postsecondaire technique 1 an ou 2 ans	6
Secondaire professionnel 1 an ou + ou postsecondaire technique 1 an ou 2 ans ET domaine de formation à 12 points ou à 16 points	10
Postsecondaire technique 3 ans	8
Postsecondaire technique 3 ans ET domaine de formation à 12 points ou à 16 points	10
Universitaire 1er cycle 1 an	4
Universitaire 1er cycle 2 ans	6
Universitaire 1er cycle 3 ans ou +	10
Universitaire 2ième cycle 1 an ou + ou 3ième cycle	12
Domaine de formation	
Points à la partie I (diplôme étranger) ou à la partie II (diplôme du Québec ou l'équivalent) de la Liste	0, 2, 6, 12 ou 16
EXPÉRIENCE	(8 max.)
Durée de l'expérience professionnelle du travailleur qualifié	
Moins de 6 mois	0
6 mois à 11 mois	4
12 mois à 23 mois	4
24 mois à 35 mois	6
36 mois à 47 mois	6
48 mois ou +	8
ÂGE	(16 max.)
18 ans à 35 ans	16
36 ans	14
37 ans	12
38 ans	10
39 ans	8
40 ans	6
41 ans	4
42 ans	2
43 ans ou +	0
CONNAISSANCES LINGUISTIQUES	(22 max.)
Français 0 à 16	0 à 16
Anglais 0 à 6	0 à 6
SÉJOUR ET FAMILLE AU QUÉBEC	(8 max.)
Séjour au Québec	
Travailleur étranger ou étudiant étranger 6 mois ou +	5
Travailleur étranger ou étudiant étranger 3 mois à moins de 6 mois	5
Participant à un PVT aux fins de travail 3 mois ou +	5
Autres séjours 3 mois ou +	2
Autres séjours (2 semaines à moins de 3 mois	1
Famille au Québec	
Cjt, pr, mr, fr, sr, fils, fille, gp, gm	3
CARACTÉRISTIQUES DE L'ÉPOUX OU DU CONJOINT DE FAIT QUI	(16 max.)

ACCOMPAGNE		
Niveau de scolarité		
Secondaire général		1
Secondaire professionnel		2
Postsecondaire général 2 ans		1
Postsecondaire technique 1 an ou 2 ans		2
Postsecondaire technique 3 ans		3
Universitaire 1er cycle 1 an		1
Universitaire 1er cycle 2 ans		2
Universitaire 1er cycle 3 ans ou +		3
Universitaire 2ième cycle 1 an ou + ou 3ième cycle		3
Domaine de formation		
Points à la partie I (diplôme étranger) ou à la partie II (diplôme du Québec ou l'équivalent) de la Liste		0, 1, 2, 3 ou 4
Âge		
Moins de 18 ans		0
18 ans à 35 ans		3
36 ans		2
37 ans		2
38 ans		2
39 ans		2
40 ans		1
41 ans		1
42 ans		1
43 ans ou +		0
Connaissances linguistiques		
Interaction orale en français		0 à 6
OFFRE D'EMPLOI VALIDÉE		(10 max.)
Offre d'emploi validée dans la RMM		6
Offre d'emploi validée à l'extérieur de la RMM		10
SEUIL ÉLIMINATOIRE D'EMPLOYABILITÉ		42 ou 50
ENFANTS		(8 max.)
12 ans ou -	Par enfant	4
13 ans à 21 ans	Par enfant	2
CAPACITÉ D'AUTONOMIE FINANCIÈRE (ÉLIMINATOIRE) (SIGNATURE DE L'ENGAGEMENT)		1
SEUIL DE PASSAGE À L'EXAMEN PRÉLIMINAIRE	Sans conjoint / avec conjoint	49 / 57
ADAPTABILITÉ		0 à 6
SEUIL DE PASSAGE EN SÉLECTION	Sans conjoint / avec conjoint	55 / 63

Quelle: Gouvernement du Québec 2009

8.2. Gesamtkanadischer Raster

FEDERAL SKILLED WORKER SELECTION GRID GRILLE DE SÉLECTION DES TRAVAILLEURS QUALIFIÉS (FÉDÉRAL)

EDUCATION/ÉTUDES	Maximum 25
University Degrees/Diplômes universitaires	
Ph.D., or Masters <i>AND</i> at least 17 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Doctorat, ou maîtrise <i>ET</i> au moins 17 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	25
Two or more university degrees at the Bachelor's level <i>AND</i> at least 15 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Deux diplômes universitaires ou plus au niveau du baccalauréat <i>ET</i> au moins 15 années d'études complètes à temps plein ou l'équivalent temps plein	22
A two year university degree <i>AND</i> at least 14 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Un diplôme universitaire obtenu après deux années d'études <i>ET</i> au moins 14 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	20
A one year university degree <i>AND</i> at least 13 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Un diplôme universitaire obtenu après une année d'études <i>ET</i> au moins 13 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	15
Trade or non-university certificate or diploma/ Certificat ou diplôme de compétence non-universitaire	
A three year diploma, trade certificate or apprenticeship ⁽¹⁾ <i>AND</i> at least 15 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Un diplôme, certificat de compétence ou d'apprentissage ⁽¹⁾ reçu après trois années <i>ET</i> au moins 15 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	22
A two year diploma, trade certificate or apprenticeship <i>AND</i> at least 14 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Un diplôme, certificat de compétence ou d'apprentissage obtenu après deux années <i>ET</i> au moins 14 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	20
A one year diploma, trade certificate or apprenticeship <i>AND</i> at least 13 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Un diplôme, certificat de compétence ou d'apprentissage obtenu après une année <i>ET</i> au moins 13 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	15
A one year diploma, trade certificate or apprenticeship <i>AND</i> at least 12 years of completed full-time or full-time equivalent study/ Un diplôme, certificat de compétence ou d'apprentissage obtenu après une année <i>ET</i> au moins 12 années d'études à temps plein complètes ou l'équivalent temps plein	12
High School Diploma/Diplôme d'études secondaires	
Secondary School educational credential/ Diplôme d'études secondaires	5
OFFICIAL LANGUAGES/LANGUES OFFICIELLES <i>Applicants are rated on the ability to speak, listen, read or write Canada's two official languages.</i> <i>Le candidat est évalué sur les aptitudes suivantes : parler, comprendre, lire ou écrire les deux langues officielles du Canada</i>	
Maximum 24	
1st Official language/ 1^{er} langue officielle	
High proficiency (per ability)/ Bonne connaissance (par aptitude)	4
Moderate proficiency (per ability)/ Connaissance moyenne (par aptitude)	2
Basic proficiency (per ability)/	1 to max. 2/

Connaissance de base (par aptitude)	de 1 à 2
No proficiency/Connaissance nulle	0
Possible maximum (all 4 abilities)/ Maximum possible (pour les 4 aptitudes)	16
2 nd Official language/ 2 ^e langue officielle	
High proficiency (per ability)/ Bonne connaissance (par aptitude)	2
Moderate proficiency (per ability)/ Connaissance moyenne (par aptitude)	2
Basic proficiency (per ability)/ Connaissance de base (par aptitude)	1 to max. 2/ de 1 à 2
No proficiency/Connaissance nulle	0
Possible maximum (all 4 abilities)/ Maximum possible (pour les 4 aptitudes)	8
EXPERIENCE/EXPÉRIENCE	Maximum 21
1 year/Une année	15
2 years/Deux années	17
3 years/Trois années	19
4 years/Quatre années	21
AGE/ÂGE	Maximum 10
21-49 years at time of application/ 21-49 ans au moment de la présentation de la demande	10
Less 2 points for each year over 49 or under 21/ 2 points de moins pour chaque année au-dessus de 49 ou en-dessous de 21	
ARRANGES EMPLOYMENT IN CANADA/EMPLOI RÉSERVÉ AU CANADA	Maximum 10
HRDC confirmed permanent offer of employment Offre d'emploi à durée indéterminée approuvée par DRHC	10
Applicants from within Canada and holding a temporary work permit that is: Demande présentée au Canada par le titulaire d'un permis de travail temporaire qui :	
HRDC opinion obtained, including sectoral confirmations A fait l'objet d'un avis par DRHC, incluant les approbations sectorielles	10
HRDC opinion exempt under NAFTA, GATS, CCFTA, or significant economic benefit (i.e., intra-company transferee) Fait l'objet d'une dispense d'avis de DRHC en vertu de l'ALENA, de l'AGCS ou de l'ALECC ou pour motif d'effets économiques importants (mutation interne)	10
ADAPTABILITY/CAPACITÉ D'ADAPTION	Maximum 10
Spouse's/common-law partner's education/ Études de l'époux ou du conjoint de fait	3-5
Minimum one year full-time authorized work in Canada ⁽²⁾ / Au moins une année d'emploi à plein temps au Canada en vertu d'un permis de travail ⁽²⁾	5
Minimum two year full-time authorized post-secondary study in Canada ⁽³⁾ / Au moins deux années d'études post secondaires à plein temps au Canada en vertu d'un permis d'études ⁽²⁾	5
Have received points under the Arranged Employment in Canada factor/ Points attribués pour un emploi réservé au Canada	5
Family relationship in Canada ⁽²⁾ / Parenté au Canada ⁽²⁾	5
TOTAL	Maximum 100

(1) "Diploma, trade certificate or apprenticeship" refers to a post-secondary educational credential other than a university educational credential.

(1) « Diplôme, certificat de compétence ou d'apprentissage » réfère à un diplôme d'études post secondaires autre qu'un diplôme universitaire.

(2) Applies to either principal applicant or accompanying spouse or common-law partner.

(2) S'applique tant au demandeur principal qu'à son époux ou conjoint de fait qui l'accompagne.

Quelle: Gouvernement du Canada 2002

8.3. *Abbildungsverzeichnis*

Abbildung 1:

Évolution de l'indice synthétique de fécondité Québec 1956 – 2006

aus Gouvernement du Québec 2007: 7 47

Abbildung 2:

Part de la croissance de la population attribuable au solde migratoire 1985 à 2006

aus Gouvernement de Québec 2004: 40 48

Abbildung 3:

Évolution de la population du Québec 1951 à 2051

aus Gouvernement du Québec 2004: 40 51

8.4. Résumé

La migration est un phénomène aussi ancien que l'histoire de l'Homme, un phénomène intrinsèque de l'humanité. Pourtant, durant les dernières décennies, la sédentarité est le principe dominant. Comme des statistiques de l'ONU révèlent, seulement trois pour cent de la population globale sont considérés être des migrants. Même si les chiffres absolus ont augmenté dans les dernières années, le pourcentage reste assez stable par rapport à la population globale qui augmente. Cependant, le faible taux ne diminue pas l'importance de la migration, car elle a des conséquences sur quasiment tous les pays.

La migration moderne est un phénomène très complexe et diversifié. Le discours scientifique des flux migratoires touche plusieurs disciplines et offre ainsi de nombreux aspects pour des études. Je m'intéresse surtout aux réactions des pays confrontés à la migration et aux conséquences sur leurs sociétés. Chaque pays et chaque société connaît des aspects différents, éprouve des répercussions différentes. Par conséquence, les réponses varient aussi d'un pays à l'autre. Ce travail se concentre sur les réactions politiques, car la politique devrait guider la société et donc prendre la réaction de la société en considération et réagir en conséquence. Parlant de l'effet de la migration et le développement social, l'intérêt focalise en général sur les pays d'origine des migrants. Cependant, les conséquences ne sont pas seulement perceptibles dans ces pays mais peuvent être observées de la même dimension dans des pays d'accueil. Le sujet de cet exposé est un des « pays d'accueil classique » : le Canada. La définition de « pays d'accueil classique » souligne que la plupart de la population de ces pays est le résultat des traditions de l'immigration et de l'histoire migratoire.

Le Canada n'as pas seulement une histoire d'immigration de plusieurs décennies mais reste jusqu'à présent un pays qui accueille un grand nombre d'immigrants. Ce n'est pas la seule raison qui fait du Canada un pays de recherche intéressant. La politique d'immigration canadienne des dernières 50 années est particulière. Après la Deuxième Guerre Mondiale, la politique a beaucoup changé. Peu à peu, le gouvernement fédéral a aboli les lois discriminatoires et a introduit un nouveau système. En même temps que les changements au niveau juridique on peut aussi constater un changement d'attitude dans la société canadienne, attitude qui devient

plus positive. Le gouvernement canadien a propagé la nécessité de l'immigration pour le développement de la nation et a réussi à changer le comportement de la majeure partie de la population. L'immigration est devenue un élément clé de l'identité canadienne et est fortement liée à son développement. Ce changement était acquis surtout en raison des mesures politiques. Non seulement que le gouvernement canadien a perpétuellement souligné la nécessité de l'immigration et de lui donner une connotation positive, mais il a aussi essayé de contrôler l'immigration. Durant les années 1960 et 1970, des lois fédérales étaient votées qui encadraient la sélection des immigrants selon certains critères. Le but était de choisir de nouveaux citoyens qui correspondaient aux besoins du Canada.

Les lois fédérales introduites dans les années 1970 ont aussi créé la possibilité pour toutes les provinces de participer et de prendre des responsabilités concernant la migration. Le Québec était la première province à réaliser cette option en signant un traité avec le gouvernement fédéral. Jusqu'à présent le gouvernement de province et le gouvernement fédéral ont signé en tout quatre contrats. Le Québec est donc la province qui détermine le plus ses propres règles sur la migration. La compétence que le Québec a acquise à travers ces contrats est une des raisons pour laquelle on peut considérer le Québec comme une province unique. Cependant, la particularité de la province n'était pas issue des contrats, mais elle en était plutôt la raison de ces mêmes contrats. Le gouvernement du Québec a donné comme argument que la situation de la province est si unique qu'elle méritait un statut privilégié concernant l'immigration vers le Québec et ce dans le but de garder la particularité de la société québécoise. Jusqu'à présent certaines priorités du Québec s'écartent des priorités d'immigration canadiennes. Le but de ce travail est donc de décrire les domaines les plus importants dans la politique d'immigration du Québec et les objectifs et les changements que l'immigration contrôlée par des mesures politiques devrait produire. Enfin, mon travail tentera de révéler comment la force transformative de l'immigration est utilisée au Québec.

Le travail commence par une brève partie historique qui identifie des objectifs de la politique migratoire depuis le 17^{ème} siècle. Cette partie historique montre d'abord les différences de cette politique pratiquée par les deux nations - dites nations fondatrices du Canada : les francophones et les anglophones et puis la formation du système actuel, sa structure et ses mécanismes sont expliqués.

Ensuite, j'analyserai les motivations qui ont conduit aux changements des dernières décennies. Cette analyse s'appuie sur des documents politiques.

Depuis plus des 400 ans, des immigrants de toutes les régions du monde marquent le territoire qui est actuellement le Canada. Cependant, même quand les premiers Européens sont arrivés, le territoire était habité par des peuples des Premières Nations. Ce fait souligne que la société canadienne était très variée depuis son début. Ce travail ne peut pourtant pas traiter tous les groupes d'immigrés, mais se concentre seulement sur le Québec et les immigrants francophones. Pour faciliter la compréhension, j'utilise une catégorisation de la population canadienne selon les groupes linguistiques, à savoir en trois parties : francophone, anglophone, allophone.

Les premiers immigrants européens qui devenaient peu à peu des colons, arrivaient déjà au 15^{ème} siècle sur la côte atlantique. A partir de 1600, les pionniers conquéraient des territoires plus à l'ouest, surtout en suivant le fleuve St. Laurent. Ils commençaient aussi bientôt à établir des places fortes, p.ex. en 1608 Jacques Champlain a fondé la ville de Québec. Les territoires conquis par les pionniers français formaient la colonie *Nouvelle France*. Son étendue arrivait à son maximum à la fin du 17^{ème} siècle et au début du 18^{ème} siècle. Au cours du 18^{ème} siècle, les territoires français étaient petit à petit conquis par les anglophones. Ce n'est pas seulement en raison des événements qui se passaient aux colonies mais aussi à cause des conflits et guerres entre l'empire britannique et l'empire français en Europe. Finalement, la France a perdu ses territoires canadiens en 1763 par le traité de Paris.

En *Nouvelle France* des événements importants liés à l'immigration se passaient déjà cent ans plus tôt. Au milieu du 17^{ème} siècle, la colonie ne connaît pas le succès souhaité. L'économie était plutôt faible et la population s'accroissait à peine. Cette situation venait du fait, que la plupart des premiers arrivants étaient des hommes, la colonie connaît un grand manque des femmes. Ainsi, les colons n'avaient pas de famille, pas de descendants. Ainsi, ils manquaient aussi de motivation pour bâtir une colonie forte pour les générations à suivre. Le roi Louis XIV jugeait que la structure de la population est l'élément clé. C'est la raison pour la quelle il encourageait et supportait par des mesures financière la traversée des femmes françaises. Entre 1663 et 1673 un centaines de femmes en âge de se marier qu'on appelait les filles du roi arrivaient en Nouvelle France. Elles constituaient une contribution importante

pour le développement de la colonie. Le taux de natalité augmentait considérablement dans les années à suivre. Déjà à la fin du 17ème la proportion entre femmes et hommes était quasiment équilibrée. Cet exemple montre que l'immigration était déjà contrôlée par la politique et poursuivait des objectifs concrets, comme la croissance de la population et un changement démographique.

L'immigration aux territoires anglophones connaît aussi des événements clés qui montrent des objectifs de l'immigration mais aussi des conséquences qui étaient différents des conséquences de l'immigration francophone. Les premières vagues d'immigrants qui jouaient un rôle important, arrivaient après l'indépendance des treize colonies américaines au 18ème siècle. Des groupes de loyalistes fuyaient les colonies désormais indépendantes et se réfugiaient au Canada. Ils étaient les bienvenus, entre autre car ils restaient fidèles au roi anglais, tout comme les anglophones canadiens. Leur fidélité était si grande qu'ils auraient été prêts à se battre dans une guerre. Ce fait concordait avec les priorités canadiennes. Le gouvernement canadien voulait se distinguer des colonies américaines. En plus, il lui fallait des personnes prêtes à défendre les territoires. Toutefois, les immigrés n'étaient pas seulement des anglais mais aussi des alliées qui s'étaient lancés dans la bataille avec les loyalistes anglais cherchant à s'installer au Canada. Il y avait surtout des colons de différents pays européens, des membres des tribus d'indiens et des esclaves affranchis. Déjà les premiers colons venant de l'empire britannique ne formaient pas un groupe homogène car ils étaient d'origine galloise, écossaise, irlandaise et anglaise et ils cultivaient leurs traditions culturelles différentes. Ainsi, les immigrants de la première grande vague qui étaient de diverses origines, faisaient augmenter l'hétérogénéité des colons anglophones. C'est une des différences par rapport à l'immigration francophone. Comme les filles du Roi venaient toutes de France, elles soutenaient les traditions françaises, par conséquence les colons francophones formaient un groupe bien plus homogène.

Une autre période d'immigration importante montre encore plus clairement les motivations pour encourager l'immigration. Pendant la deuxième moitié du 19ème siècle on voulait unir la confédération canadienne, ce que signifiait surtout de rapprocher l'est et l'ouest. La pairie présentait un des plus grands défis car elle n'était quasiment pas peuplée et il prenait beaucoup de temps de la traverser. Par conséquence, la construction du chemin de fer devenait un des projets clés. La main

d'œuvre du Canada ne suffisait pas pour réaliser ce projet, donc on acceptait des travailleurs immigrés. On favorisait des immigrants européens, surtout de l'Europe de l'ouest, mais on accueillait aussi des personnes de l'Europe de l'est et du Sud ainsi que des pays asiatiques. Une fois le chemin fer achevé, il fallait aussi des colons pour peupler ce vaste territoire. Par conséquence, le gouvernement encourageait encore davantage l'immigration. L'argument principal pour l'immigration était donc d'abord le manque de main d'œuvre, un argument économique, et puis le peuplement du territoire, donc une croissance de la population ce qui est un argument démographique.

Même si les politiques anglophones et francophones utilisaient des stratégies différentes et si les conséquences pour les sociétés étaient différentes, les arguments utilisés pour encourager l'immigration sont quasiment identiques. Les exemples montrent aussi qu'en général plusieurs aspects s'accumulent dans les argumentations pour l'immigration.

La politique d'immigration actuelle est basée sur des lois fédérales entrées en vigueur en 1978. Cependant, déjà les décennies qui précèdent cette loi sont importantes, car la loi sur l'immigration est seulement le point final des changements qui se réalisaient petit à petit. Les premiers développements peuvent déjà être observés après la Deuxième Guerre mondiale quand le Canada a découvert son nouveau rôle comme nation de médiation internationale. L'engagement international n'était pas en accord avec les lois sur l'immigration de cette époque. Elles basaient la sélection des immigrants sur l'origine ethnique, donc elles étaient discriminatoires, à la limite même du racisme. Peu à peu, les gouvernements du Canada se sont mis à changer cette divergence, d'abord en abrogeant les règles les plus discriminatoires.

Les étapes les plus importantes sont sûrement la publication du livre blanc et du livre vert sur l'immigration. Un livre blanc est un document à travers lequel le gouvernement canadien donne sa position concernant un certain sujet. *Le livre blanc sur l'immigration : la politique d'immigration du Canada* était publiée en 1966. Le document a exprimé les deux aspects les plus importants. D'un côté le gouvernement déclarait que l'immigration est nécessaire pour le développement du Canada. De l'autre côté il est conscient que l'immigration peut aussi avoir des effets négatifs, surtout pour la société. Ainsi, il fallait un système qui tend vers une minimalisation des difficultés. Ce document constituait la base d'un discours sur

l'immigration et invitait toute la population canadienne à participer à la discussion. A la suite de la publication du livre blanc, un comité mixte spécial composé de membres du Sénat et de la Chambre des communes a été constitué. Ce comité était chargé d'assurer la contribution des citoyens canadiens à la discussion. Il organisait des auditions où surtout des représentants des différentes organisations ont exprimé leurs idées, leurs inquiétudes et critiques concernant l'immigration. Ce procès jouait un rôle important parce qu'il a mené à davantage de démocratisation et plus d'intégration la voix populaire dans le discours politique sur l'immigration. Le résultat était surtout un rapport qui menait à une commission qui a finalement introduit la sélection basée sur le système de notation par points, similaire aux anciennes lois sur l'immigration.

Presque dix ans plus tard, le gouvernement demandait aux experts de publier un livre vert sur l'immigration. Le document contient des statistiques et d'autres informations et analyses ainsi que les options du gouvernement du Canada concernant l'immigration. Encore une fois, un comité était fondé et organisait des consultations pour inciter les citoyens canadiens à s'exprimer. Le rapport du comité considère plusieurs aspects de l'immigration. En outre, il présente les principes fondamentaux de la politique d'immigration et constitue ainsi la base pour la nouvelle loi sur l'immigration. Les principes sont combinés avec des aspects les plus importants et correspond à des composants clés. Un de ces composants est le regroupement familial, qui constitue donc l'aspect social. Ainsi, la politique d'immigration encourage que les familles sont réunies au Canada. En plus, la politique d'immigration doit aussi perpétuer la tradition humanitaire du Canada. Bien sûr, le développement du Canada, de son économie et sa population doit également être pris en considération. La politique d'immigration devrait s'adapter selon les besoins économiques et démographiques. Il est aussi très important que les lois ne soient plus discriminatoires et que la sélection se passe le plus objectivement possible et en toute transparence.

L'attitude du gouvernement concernant l'immigration est très claire : immigrer au Canada est un privilège. Ainsi, le gouvernement prend des mesures pour choisir les personnes qu'il juge dignes de ce privilège et veille également que la bonne volonté d'accueillir des immigrants ne soit pas abusée. Par ailleurs, le gouvernement est

conscient que l'immigration est une nécessité pour Canada. Sans elle, le développement et surtout le développement économique risque de stagner.

La loi créait des possibilités pour les provinces de s'engager davantage dans la politique d'immigration. Le Québec était la première province à réaliser cette option et jusqu'à présent a signé quatre traités concernant la politique d'immigration. La province a essayé d'augmenter sa compétence peu à peu. Elle voulait surtout influencer sur le choix des immigrants. Le gouvernement du Québec argumentait que la situation au Québec est très particulière, que la culture et les traditions sont uniques et que les besoins économiques et démographiques méritent un traitement spécial. Le premier contrat date déjà de 1971. Il accordait au gouvernement du Québec d'envoyer des agents dans les bureaux d'outre-mer qui faisaient la sélection des immigrants. Cependant, la compétence des agents sur site était très limitée. Ils pouvaient seulement donner des informations sur la vie au Québec à des personnes déjà choisies par les agents canadiens. Le traité suivant celui de 1971 augmentait les compétences des agents québécois dans les bureaux d'outre-mer : ils étaient des conseillers pour les agents canadiens. Les québécois pouvaient donc recommander des personnes qu'ils jugeaient correspondre aux besoins de leur province. Le troisième contrat ne se limitait plus aux agents. Le Québec pouvait adapter la grille du système à points selon les besoins de la province. En 1991 le gouvernement fédéral et le gouvernement du Québec ont signé le dernier contrat concernant l'immigration. Ce contrat n'accorde pas seulement des compétences élargies aux bureaux d'outre-mer, mais aussi sur le territoire canadien. Le Québec peut définir le nombre d'immigrants qu'il souhaite accueillir. La sélection est effectuée surtout selon la grille du système à points que le Québec peut modifier. En plus, le gouvernement de la province est responsable pour toutes les mesures d'installation et d'intégration des nouveaux arrivants et reçoit une compensation financière du gouvernement fédéral.

Cependant, aucune des provinces ne peut modifier les mécanismes de sélection. Ils étaient introduits en 1976 par la loi fédérale sur l'immigration et seulement des changements mineurs étaient faits dans les trois mécanismes de base.

D'abord, le gouvernement du Canada stipule le nombre maximum d'immigrants par année. Le nombre que le Québec souhaite accueillir est fixé par un pourcentage du nombre déclaré par le gouvernement fédéral.

Ensuite le deuxième volet de sélection est la catégorisation des immigrants. Il y a trois catégories principales. Les conditions que les immigrants doivent remplir varient selon la catégorie. Le groupe le plus favorisé par le gouvernement est celui des immigrants rentrant dans la catégorie de la famille. Les membres de la famille nucléaire peuvent immigrer sans application de la grille à points. Il existe aussi la possibilité de parrainer un parent plus éloigné : un citoyen canadien s'oblige à assumer financièrement le nouvel arrivé de sa famille. La deuxième catégorie est le groupe des réfugiés et cas assimilés. Le statut d'un réfugié est défini par la Convention de Genève. Le Canada élargit cette catégorie aux personnes qui ne sont pas protégées par la Convention mais se trouvent dans des situations semblables. Ils ne sont pas toujours jugés par le système des points, mais depuis 2002, tous les immigrants de ce groupe doivent avoir un parrainage qui garantit la prise en charge pour au moins une année. La troisième catégorie est l'immigration économique, qui est répartie en sous-groupes : les travailleurs qualifiés, les hommes d'affaires. Cette dernière catégorie regroupe des investisseurs, des entrepreneurs et des travailleurs indépendants. Les personnes de cette catégorie ne peuvent être sélectionnées que par le système des points. La possibilité d'un parrainage n'existe pas pour ces immigrants.

Le troisième mécanisme est le système à points. A l'aide d'une grille, certaines caractéristiques des candidats à l'immigration sont identifiées et évaluées par des points. La grille évalue le niveau de formation, les qualités professionnelles, la compétence en langue et d'autres traits distinctifs, des facteurs à faciliter l'intégration. L'idée en est, que les critères de sélection sont objectifs et qu'ils empêchent la discrimination selon l'origine ethnique. En plus, la grille devrait aider à trouver les immigrants qui conviennent aux besoins de l'Etat ou de la province. Ainsi, la grille du Québec et du reste de Canada diffère un peu, p.ex. le Québec favorise des immigrants plus jeunes que le reste du Canada. Les immigrants âgés de 18 à 35 ans reçoivent un maximum de points dans la grille appliquée par le Québec. Le reste du Canada accorde un maximum de points aux immigrants qui ont entre 21 et 49 ans. Au Québec, la connaissance de la langue française est plus importante que dans les autres provinces du Canada, où les immigrants peuvent déterminer eux-mêmes si le français ou l'anglais est leur première langue. Au Québec, le français est automatiquement fixé comme première langue. La comparaison des autres critères révèle, que la capacité d'adaptation est jugée comme très important. Elle est

beaucoup plus importante que p.ex. l'expérience professionnelle. La grille québécoise attribue jusqu'à 42 points à cette capacité d'adaptation. L'expérience professionnelle ne vaut que jusqu'à huit points.

En 1991, le gouvernement du Québec publie le premier document important qui traite de l'immigration : *Au Québec pour bâtir ensemble. Énoncé de politique en matière d'immigration et d'intégration*. Cet énoncé reste un document clé jusqu'à présent. Le gouvernement définit entre autres quatre catégories comme défi et de ce fait comme des domaines centrales de la politique d'immigration. Les quatre domaines n'ont pas changés jusqu'au jour d'hui. Il s'agit de : l'enjeu démographique, l'enjeu économique, l'enjeu linguistique et l'ouverture vers le monde.

Les difficultés au secteur démographique soulignent que Québec fait face aux mêmes problèmes que d'autres pays industrialisés. Le plus grand défi pour les décennies à venir est le rapide vieillissement de la population. Il est mesuré par deux paramètres : l'âge moyen de la population et la comparaison de certains groupes d'âge comme p.ex. les plus jeunes et les plus âgés. Tous les deux montrent que la population québécoise a vieilli durant les dernières décennies et indiquent que le vieillissement progressera très rapidement. Le changement dans la structure de la population a surtout deux raisons : l'augmentation de l'espérance de vie et la baisse du taux de natalité. La dernière était très prononcée à partir années 1960, donc à partir de la Révolution Tranquille. Depuis les années 1970, le taux de natalité se situe en-dessous de 2,1 enfants par femme, taux qui représente le seuil de remplacement. Un autre défi démographique est la croissance réduite de la population. Quand le taux de mortalité est plus élevé que le taux de natalité, il n'y a plus de croissance naturelle. Par conséquent, il faut d'autres sources pour augmenter le niveau de la population, tel que l'immigration. Actuellement, la population croît toujours, mais des estimations montrent qu'une baisse de la population se réalisera très probablement dans les deux décennies à venir. Il est important pour le Québec de maintenir le poids démographique pour maintenir son poids politiques et également pour recevoir les subventions du gouvernement fédéral. Il est fort probable que le Québec va faire face à ces difficultés plus tôt que les autres régions du Canada, car le taux de natalité est plus bas qu'au reste du Canada et l'immigration semble ne pas avoir le même effet positif que dans les autres régions canadiennes qui accueillent un grand nombre d'immigrants. Pendant les dernières

décennies, les scénarios ont changé seulement un peu, car déjà en 1991 on savait que le changement de la structure était inévitable. Cependant, on pensait d'abord que l'immigration pouvait rajeunir la population. Depuis, on parle de l'immigration comme d'un élément important pour faciliter la transition démographique en cours.

L'enjeu économique est lié au défi démographique. La baisse et le vieillissement de la population se passe aussi dans la population active et la baisse de cette population active signifie moins de disponibilité de main d'œuvre. C'est une des raisons qui font craindre que la production se réduisant, l'économie perdra sa prospérité. L'économie actuelle est utilisée comme argument majeur pour déterminer la capacité d'accueil des nouveaux arrivants. Des paramètres économiques comme le pourcentage de chômage et le nombre des nouveaux postes de travail aident à analyser combien de travailleurs pourraient être intégrés au marché de travail. L'intégration au marché de travail est un facteur important pour l'intégration en général. Cependant, les paramètres ne semblent pas suffisants. Durant les dernières années, ils indiquaient que le Québec pouvait accueillir encore plus d'immigrants, mais des études montrent que les nouveaux arrivants ont des problèmes à s'intégrer au marché de travail. En outre, les plus récentes générations d'immigrés ne connaissent pas le même succès que les immigrés des années 1970 ou des années précédentes.

Le trait distinctif du Québec le plus visible est la langue. Le Québec est la seule province canadienne qui n'a instauré que le français comme langue officielle. Le français est l'élément le plus significatif et fondateur d'identité québécoise et le gouvernement propage le français comme langue commune de la vie publique. De cette façon, l'immigration non francophone était longtemps jugée d'être une menace pour le caractère unique du Québec. Jusqu'à présent, le gouvernement favorise l'immigration francophone. Toutefois, les immigrants ayant de bonnes connaissances en français ne sont pas assez nombreux pour atteindre le nombre d'immigrants souhaités. Ainsi, il ne suffit pas d'essayer de recruter des immigrants francophones pour maintenir le caractère francophone du Québec. Le gouvernement fait des efforts différents p.ex. concernant l'apprentissage du français. D'un côté il encourage et soutient l'apprentissage du français dans les pays d'origine des immigrants. De l'autre côté, il y a un grand nombre des cours de français pour les nouveaux arrivés au Québec. Même si la politique soutient surtout le français, il essaye aussi de

propager que la connaissance des autres langues peut être un atout, dans la vie professionnelle et aussi pour le Québec.

Le quatrième secteur, l'ouverture vers le monde, traite des implications de l'immigration sur la société. Les efforts politiques se concentrent sur le support de la compréhension et le rapprochement entre les québécois de différentes origines. Les développements récents, et en particulier l'augmentation du nombre des *accommodements raisonnables*, indiquent qu'encore davantage d'efforts seront nécessaires pour maintenir une intégration harmonieuse des nouveaux immigrants.

Les objectifs liés à l'immigration n'ont pas beaucoup changé pendant les dernières décennies et l'objectif principal est facile à résumer : l'amélioration pour le Québec. Dans les documents politiques l'immigration est présentée comme « la panacée » pour les plus grands défis du 21^{ème} siècle. Cependant, on peut constater que les effets positifs de l'immigration ne sont pas toujours aussi forts que souhaités. En plus, l'immigration amène et renforce aussi les enjeux. Certes, le système d'immigration aide à modérer l'immigration et ainsi à diminuer les conséquences négatives, mais il ne peut pas tous les résoudre. Il est sûr que le système canadien n'est pas parfait, mais la volonté de s'engager, de chercher la participation de la population semble une bonne stratégie de confronter l'immigration. À mon avis, l'élément clé est l'attitude envers l'immigration. Les gouvernements du Québec et du Canada sont convaincus que l'immigration est un facteur crucial pour le développement positif du pays. Ainsi, ils propagent les effets positifs et font de grands efforts pour dynamiser l'immigration et l'intégration. Partant du principe que la migration est un phénomène intrinsèque à l'humanité, qu'on ne réussira jamais à faire cesser complètement, il est donc plus que logique de vouloir la mettre au profit d'un pays et de sa société.

8.5. Kurzzusammenfassung

Moderne Migrationsbewegungen sind vielschichtig und hochkomplex und eröffnen dadurch ein interessantes Forschungsgebiet, das die Untersuchung unterschiedlicher Aspekte ermöglicht. Der Fokus dieser Arbeit liegt auf der Entwicklung, die durch politisch gesteuerte Immigration in der Zielregion, in diesem Fall der Franko-kanadischen Provinz Québec erreicht, angestrebt wird.

Kanada wird als traditionelles Einwanderungsland definiert, weil der Großteil der derzeitigen Bevölkerung das Ergebnis von einer Jahrhunderte langen Tradition der Einwanderung ist. Die ersten Einwandernden, die auch auf dem Gebiet des heutigen Kanadas siedelten, kamen bereits im 17. Jahrhundert aus dem französischen bzw. britischen Reich. Unterschiedliche Motive und Strategien für Immigration lassen sich von Anfang an feststellen. Ein wichtiger Aspekt dabei war das Bevölkerungswachstum, welches mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Kolonien und der nationalen Sicherheit gekoppelt war. Die Einwanderungsgesetzgebung hat sich über die Jahrhunderte hinweg mehrmals stark geändert. Der letzte entscheidende Einschnitt geschah in den 1960er und 1970er Jahren. Die damals eingeführten Mechanismen zur Selektion von Einwandernden und die ihnen zu Grunde liegenden Prinzipien, wie etwa die humanitäre und soziale Komponente von Immigration, gelten bis heute. Das System soll nicht nur eine Steuerung der Anzahl der Immigrierenden, sondern auch eine Anpassung an die Bedürfnisse Kanadas ermöglichen. Die Gesetze sehen auch das Mitwirken der jeweiligen Provinzen im Bezug auf Einwanderung vor. Quebec hat durch insgesamt vier Verträge mit der gesamtkanadischen Regierung seine Kompetenz v.a. hinsichtlich der Auswahl der Immigrierenden und ihrer Integration ausgebaut. Eines der Hauptargumente der Provinzregierung in diesem Zusammenhang ist die Besonderheit der Gesellschaft, die auch eine spezielle Auswahl erfordert.

Diese Diplomarbeit konzentriert sich auf vier Gebiete, die in den letzten Jahrzehnten von politischen Akteuren als Herausforderungen im Zusammenhang mit Immigration angeführt wurden. Die Bereiche sind Demographie, Ökonomie, Sprache sowie die Offenheit der Bevölkerung. Québec erwartet, wie viele andere westliche Regionen auch, eine Veränderung in der demographischen Struktur der Bevölkerung auf Grund der Überalterung der Bevölkerung. Ein Hauptargument für Immigration ist, dass eine relative hohe Anzahl Einwandernder den demographischen Übergang erleichtern

kann. Die Überalterung findet auch in der erwerbstätigen Bevölkerung statt und betrifft somit die Wirtschaft, denn es wird befürchtet, dass dadurch die Produktivität verringert wird. Bei der Auswahl der Immigrierenden legt Québec auch großen Wert auf den sprachlichen Hintergrund, denn Französisch ist nicht nur die einzige offizielle Sprache, sondern auch ein entscheidendes Element der Québécois Identität. Der frankophone Charakter der Gesellschaft soll durch Immigration nicht nur behalten, sondern auch gestärkt werden. Die Offenheit der Gesellschaft ist einerseits ein wichtiger Bestandteil für die Integration von Neuankommenden, wird aber andererseits durch Immigration auch immer wieder auf die Probe gestellt. Ihre Wichtigkeit und gleichzeitige Fragilität macht sie zu einem wichtigen Aspekt der Québécois Immigration, der durch Politik verändert werden soll.

Der abschließende Teil der Arbeit besteht aus einer kritischen Analyse der davor präsentierten Ziele von politisch gesteuerter Immigration nach Québec. Diese geht vor allem der Frage nach, wie die transformative Kraft von Einwanderung zur Bewältigung der Schwierigkeiten und Herausforderungen in einer westlichen Gesellschaften wie Québec genutzt werden kann.

8.6. Abstract

Modern international migration is a highly complex phenomenon. Within its scope, it offers an abundance of very interesting research questions of interdisciplinary character. To narrow them down, this thesis focuses on developments which are the goal of politically guided migration in the hosting society of the French-Canadian province Quebec.

Canada is a "classical immigration country", as the majority of its current population is the outcome of several hundred years of immigration. The first immigrants to become settlers on the territory of today's Canada came from Europe, mainly the French and British empire in the 17th century. Already at this time, objectives for immigration as well as different strategies were apparent in the policies of the government. The main motive was to increase the population which was linked to economic success of the colonies and their protection. Since then, the Canadian immigration policies have been altered several times. The biggest changes occurred in the 1960s and 70s, when the basis of the current system was established. It includes the most important selection mechanisms, e.g. the point system as well as

the basic principles for immigration mainly in terms of social and humanitarian values. The structure aims to not only allow to regulate the number of immigrants but also to match the profile of immigrants to the needs of the country. The new laws established in the 1970s were followed by several contracts concerning the subject of immigration between the federal and the Quebecois government, which wanted to gain more influence on the selection of immigrants settling in the French-speaking province. The major argument was that Quebec's society is different, thus has different needs and therefore requires a different focus when selecting new citizens. This diploma thesis focuses on four main categories which have been presented in political papers in the last years as the most important areas that can and shall be influenced by immigration: demography, economy, linguistic structure and social-cultural openness of the society. As many other western regions, Quebec faces changes in the demographic structure mainly due to the increasingly fast aging of the population, which occurs even more rapidly than in the rest of Canada. It is presumed that a relatively high level of rather young immigrants will lessen the impact of this development. The aging of the population is also linked to the apprehension that the active population will decrease which might result in less productivity. When selecting new citizens their language skills play an important role as French is the only official language in Quebec and also an important factor for the Quebec identity. Therefore, the francophone characteristic shall be kept and strengthened also through immigration. Another important aspect that is influenced through Quebec's (immigration) policies is the openness of society, which is needed for integration of immigrants, while it is at the same time also challenged by immigration.

The final chapters of this thesis critically analyze the previously described goals and achievements of politically guided migration in Quebec. More specifically it is addressed whether immigration can in fact serve as the universal remedy for the problems and challenges a modern western society like that of Quebec faces.

8.7. Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Familienname: Satlow
Vorname: Hannah Dorothea Elisabeth
Geburtsdatum: 30. 01. 1982
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

Schulausbildung: 1988 – 1992 Volksschule in Wien (14., Diesterweggasse)
1992 – 1994 Gymnasium in Wien (14., Goethegymnasium)
1994 – 2000 Gymnasium in Kärnten (Villach, St. Martin)

Universitäre Ausbildung: 2000 Immatrikulation an der Universität Wien
Inskription der Studienrichtung Rechtswissenschaften
Ab 2001 Diplomstudium Französisch
Ab 2005 Diplomstudium „Internationale Entwicklung“

Auslandsaufenthalte

Teilnahme am AFS Familien- und Schulprogramm	August bis November 1998 in Genf am „College de Stael“
Sprachaufenthalt	Juli 1999 in Cannes
Au-pair-Aufenthalt	August 1999 in Genf
Stipendium Joint Study	August 2007 bis August 2008 in Montréal an der Université de Montréal

8.8. Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei den vielen Menschen bedanken, die mich in meiner Studienzeit begleitet haben und besonders bei jenen, die mein Interesse für das Thema Migration geweckt und stetig genährt haben.

Mein besonderer Dank gilt jenen, die mich beim Erstellen der Diplomarbeit unterstützt haben. Allen voran danke ich Univ.-Prof. Dr. Petra Dannecker und o.Univ.-Prof. Dr. Georg Kremnitz, für ihre fachliche Begleitung und anregende Kritik während des gesamten Prozesses.

Frau Professor Dr. Dannecker danke ich vor allem für ihre Hilfe, den richtigen Fokus meiner Arbeit zu finden.

Herrn Professor Dr. Kremnitz danke ich besonders, dass er mich mit Humor und Geduld motiviert und unterstützt hat. Ich konnte auf seine fachliche Kompetenz, mit der er die kleinen Fragen und großen Brocken beantwortet hat, immer zurückgreifen. Danke, dass Sie mir „Oberschlumpf“ verlässlich wie ein Fels in der Brandung geholfen haben.

Natürlich gilt ein besonderer Dank den Mitgliedern meiner Familie. Eure Unterstützung, Kritik und Geduld, sowie euer Verständnis waren immer wieder ein Ansporn und haben ermöglicht, dass „gut Ding Weile braucht“ und doch zu einem Abschluss kommt. Last but not least gilt mein Dank Katharina, meiner „bridge over troubled water“, für die fürsorgliche Infrastruktur.